



Plenarprotokoll

80. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 19. Februar 2003

Gemeinsame Beratung	5992	Renate Gröpel [SPD]	5997
a) Regierungserklärung zur aktuellen Situation bei HDW	5992	Dr. Heiner Garg [FDP]	5999, 6020
b) Volle Wettbewerbshilfe für schleswig-holsteinische Werften	5992	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6002, 6018
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2429		Anke Spoorendonk [SSW]	6005, 6010
c) Weiterführung von Landesbürgerschaften für Schiffbau und Schifffahrt	5992	Thomas Stritzl [CDU]	6007
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2434		Wolfgang Kubicki [FDP]	6008, 6014
d) Situation der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie	5992	Ursula Kähler [SPD]	6009
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 15/2491		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	6011
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	5992, 6013	Manfred Ritzek [CDU]	6012
Martin Kayenburg [CDU]	5995, 6017, 6019	Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]	6013
		Rainer Wiegard [CDU]	6015
		Uwe Greve [CDU]	6016
		Holger Astrup [SPD]	6018, 6020
		Beschluss: 1. Annahme des Antrages Drucksache 15/2434	
		2. Annahme des Antrages Drucksache 15/2491 mit Änderungen	6020
		Heide Simonis, Ministerpräsidentin, persönliche Bemerkungen	6020

Fahrradverkehr und -tourismus in Schleswig-Holstein	6020	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6039
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Anke Spoorendonk [SSW].....	6041
Drucksache 15/2049		Ute Erdsiek-Rave [SPD]	6042
Antwort der Landesregierung		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6045
Drucksache 15/2400		Beschluss: 1. Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	6020	2. Überweisung der Anträge Drucksachen 15/2492 und 15/2430 an den Bildungsausschuss	6046
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6022	Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und der Ganztagschulen in Schleswig-Holstein bei Umsetzung der Vorhaben der Bundesregierung	6046
Hans-Jörn Arp [CDU]	6023	Landtagsbeschluss vom 12. Dezember 2002	
Hermann Benker [SPD]	6025	Drucksache 15/2300	
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP].....	6026	Bericht der Landesregierung	
Lars Harms [SSW]	6027	Drucksache 15/2417	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6029	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6047
Werner Kalinka [CDU]	6030	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	6048
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	6030	Dr. Henning Höppner [SPD].....	6050
Gemeinsame Beratung	6030	Sylvia Eisenberg [CDU]	6051
a) Ausgestaltung des Regierungsprogramms „Einführung der verlässlichen Grundschule“	6030	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6052
Antrag der Fraktion der FDP		Silke Hinrichsen [SSW]	6053
Drucksache 15/2430		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung	6054
b) Verfahren zur verlässlichen Grundschule	6030	Einsatz der Bundeswehr im Innern	6054
Antrag der Fraktion der CDU		Antrag der Fraktion der FDP	
Drucksache 15/2439		Drucksache 15/2427	
Antrag der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Wolfgang Kubicki [FDP].....	6055, 6060
Drucksache 15/2488		Thomas Rother [SPD].....	6056
Antrag der Fraktion der CDU		Heinz Maurus [CDU].....	6057
Drucksache 15/2492		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6058, 6063
Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung.....	6031	Silke Hinrichsen [SSW]	6059, 6063
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/2488	6031	Joachim Behm [FDP].....	6060
Bericht der Landesregierung		Joachim Wagner [CDU].....	6061
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ..	6031	Dr. Johann Wadepful [CDU].....	6061
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	6033, 6044	Klaus Buß, Innenminister	6062
Birgit Herdejürgen [SPD]	6035	Beschluss: Annahme.....	6064
Sylvia Eisenberg [CDU]	6037, 6044		

Strandbeparkung St. Peter-Ording 6064

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2440

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2489

Ursula Sassen [CDU] 6064, 6077

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] 6065, 6076

Veronika Kolb [FDP] 6067

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN] 6069

Lars Harms [SSW] 6070

Klaus Müller, Minister für Umwelt,
Naturschutz und Landwirtschaft 6072

Hans-Jörn Arp [CDU] 6073

Konrad Nabel [SPD] 6074

Günther Hildebrand [FDP] 6075

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN] 6077

Beschluss: Annahme des Antrages 15/2489 6077

Anke Spoorendonk [SSW], zur Ge-
schäftsordnung 6078

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz
und Landwirtschaft

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr

Heide Moser, Ministerin für Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Ich zitiere:

„Wortprotokoll der 34. Tagung des ersten
gewählten Schleswig-Holsteinischen Land-
tages am 3. Mai 1950.

(10:15 Uhr: Glocke des Präsidenten)

Präsident Ratz: Meine Damen und Herren!
Ich eröffne die 34. Tagung des Schleswig-
Holsteinischen Landtages. Es ist mir eine be-
sondere Freude, Sie heute in unseren neuen
Landtagsräumlichkeiten begrüßen zu dürfen.
Das Wandern des Schleswig-Holsteinischen
Landtages ist nun vorbei; wir haben unseren
eigenen Plenarsaal. Ich hoffe, daß wir in die-
sem Saal eine fruchtbringende Arbeit für un-
ser Land leisten können.“

Meine Damen und Herren, heute, nach knapp
53 Jahren, werde ich die 31. Tagung des 15. ge-
wählten Schleswig-Holsteinischen Landtages eröff-
nen. 53 Jahre Parlamentsgeschichte gehen mit dieser
Tagung vorbei, 53 Jahre - ich denke, das kann man
sagen -, wie Präsident Ratz wünschte, fruchtbrin-
gende Arbeit für das Wohl unseres Landes, für das Wohl
unserer Bürgerinnen und Bürger. Es wird im Proto-
koll wieder heißen: Glocke des Präsidenten,
10:05 Uhr, Protokoll der 31. Tagung, 15. Legislatur-
periode des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Die
Glocke ist dieselbe, der Präsident hat gewechselt, der
Ort ist das letzte Mal derselbe.

Ich eröffne die 31. Tagung des Schleswig-Holsteini-
schen Landtages und begrüße Sie alle sehr herzlich.

(Beifall)

Erkrankt sind die Abgeordneten Herr Hay, Frau Ro-
dust, Herr Plüschau, Herr Eichstädt und noch Herr
Geißler. Ich wünsche allen von dieser Stelle in Ihrem
Namen gute Genesung.

(Beifall)

Die Frau Ministerpräsidentin hat mir mit Schreiben
vom 28. Januar unter anderem mitgeteilt, dass Sie mit
Wirkung vom 1. Februar 2003 Frau Mathilde Diederich
zur Staatssekretärin im Ministerium für Justiz,
Frauen, Jugend und Familie und mit Wirkung vom
15. Februar 2003 Herrn Dr. Hellmut Körner zum
Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissen-
schaft, Forschung und Kultur sowie ebenfalls mit
Wirkung vom 15. Februar Herrn Peter Knitsch zum
Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Natur-
schutz und Landwirtschaft ernannt hat. - Frau Staats-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

sekretärin, meine Herren Staatssekretäre, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit eine glückliche Hand und alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 6, 11, 12, 14, 21, 24, 28 bis 30, 33, 38 bis 44, 50, 51, 53 und 54 ist eine Aussprache nicht geplant. Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 13 - „Mit weniger Geld teurer einkaufen müssen? Nein, danke!“ - wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ferner ist folgende Änderung der Tagesordnung zu verzeichnen: Nach Absprache der Fraktionen wird die eingereichte Fragestunde am Freitag um 10 Uhr aufgerufen. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 34, 45 und 52. Außerdem müssen wir Tagesordnungspunkt 7 - Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik - absetzen, da entgegen der Absprache noch nicht alle Länder das Abkommen unterzeichnet haben.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 31. Tagung mit der eben vermerkten Änderung. Wir werden unter Einschluss einer zwei-stündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich darf Besucherinnen und Besucher begrüßen: Auf der Tribüne haben Mitglieder der Berufsvorbereitung Eckernförde sowie Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte der Realschule Malente Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

In der Loge haben Mitglieder des Betriebsrates von HDW Platz genommen, die ich an dieser Stelle ebenfalls herzlich willkommen heiße.

(Beifall)

In der Loge begrüße ich außerdem unseren ehemaligen Kollegen, Dietrich Wiebe. Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Tagesordnung. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a, 19 und 22 auf, sowie den nachgereichten Antrag der Fraktionen von CDU und FDP:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zur aktuellen Situation bei HDW****b) Volle Wettbewerbshilfe für schleswig-holsteinische Werften**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2429

c) Weiterführung von Landesbürgschaften für Schiffbau und Schifffahrt

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2434

d) Situation der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 15/2491

Wortmeldungen zur Begründung der Anträge sehe ich nicht. Dann erteile ich zur Regierungserklärung der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Dienstag voriger Woche hat die Unternehmensführung von HDW angekündigt, die fast unglaubliche Zahl von 750 Arbeitsplätzen im Wesentlichen im Bereich Handelsschiffbau abbauen zu wollen. Das ist eine schlimme Nachricht für Kiel und den Schiffbaustandort Schleswig-Holstein. Immer noch bewegt das Schicksal dieser alten traditionsreichen Werft, die 1838 in Dietrichsdorf gegründet wurde, die Menschen bei uns in Schleswig-Holstein, auch wenn sie in der Zwischenzeit mit Werften direkt gar nichts mehr zu tun haben. Ich hoffe für die Werft und für Kiel, aber vor allem für die betroffenen Mitarbeiter und ihre Familien, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Von einem Besuch beim Betriebsrat weiß ich, dass man sich dort sehr sorgfältig vorbereitet, um in den Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung darauf hinzuweisen, wo das Konzept in sich nicht stimmig ist.

Ich finde es gut und richtig, dass der Landtag dieses Thema heute ganz nach vorn gerückt hat, denn es geht hier um ein Stück der maritimen Verbundwirtschaft in Schleswig-Holstein. Es geht um eines der wichtigsten Unternehmen in der Landeshauptstadt; es geht um ein gewachsenes Stück Kiel. Ich kann die

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Wut und das Unverständnis der HDW-Beschäftigten über die angedrohten **Massenentlassungen** gut nachvollziehen. Ich weiß auch, dass sie besondere Folgen - insbesondere für das Kieler Ostufer - hätten. Ich sage der HDW-Belegschaft heute: Die Landesregierung wird alles tun, um eine Entlassungswelle in der angekündigten Größenordnung mit verhindern zu helfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden uns nach Kräften einmischen und HDW helfen, wie wir das zum Beispiel auch beim Druckmaschinenhersteller Heidelberg machen. Wir können aber nichts - beziehungsweise fast nichts - gegen die Unternehmensführung bewirken. Sie muss am selben Strang ziehen, und zwar in die gemeinsame Richtung, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu retten.

Der Plan des HDW-Vorstandes, den **Handelsschiffneubau** massiv zurückzufahren, hat externe und interne Gründe. Zunächst zu den internen: Es ist kein Betriebsgeheimnis, dass HDW beispielsweise beim Bau der Superfast-Fähren Verluste gemacht hat. Das deutet auf der einen Seite auf Mängel in der internen Organisation und auf **Fehlentscheidungen im Management** hin. Hier gegenzusteuern, ist Aufgabe der Unternehmensleitung und nicht der Politik.

Auf der anderen Seite fehlt es an Aufträgen. Ob es hier Versäumnisse in der weltweiten Akquisition gab, entzieht sich meiner Beurteilung. Wir wissen heute aber auch, dass die Rücklagenbildung des Unternehmens von der ehemaligen Mutter Babcock nicht honoriert wurde, um es vorsichtig auszudrücken. Im Gegenteil: Über 500 Millionen € sind der HDW im so genannten Cashpool quasi entzogen worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr Freund Friedel Neuber!)

Auch der ständige **Managementwechsel** konnte nicht zu einer soliden langfristigen Perspektive für diese Werft führen. Klar ist aber: Die beste Werftenhilfe nützt nichts, wenn keine Aufträge da sind. Ich sage ganz deutlich: Wegen mangelnder **Wettbewerbshilfe** ist in Kiel noch kein Auftrag verloren gegangen, und zwar weder bei HDW noch bei Lindenau. Dies gilt auch dann, wenn die Wettbewerbshilfe nicht in vollem Umfang zur Verfügung stand.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sehen die aber ganz anders!)

Schwarze Zahlen schreibt HDW überwiegend im Marineschiffbau. Hier gibt es allerdings große Schwankungen, sowohl bei der Akquisition neuer Aufträge als auch bei der Auslastung einzelner Pro-

duktionsbereiche. HDW will daher am **Konzept der Universalwerft** in dem Sinne festhalten, dass bei HDW auch weiterhin Handels- und Kreuzfahrtschiffe, Fähren, Megayachten und Elemente für Offshore-Windparks gebaut werden können.

Beim Bau von **Handelsschiffen** will sich die Werft auf den Bau von Spezialschiffen konzentrieren. Das ist bestimmt wichtig und richtig für die weitere Entwicklung. Ob das vorgelegte Konzept des Vorstands mit dem massenhaften Abbau von Stellen allerdings diesem Ziel zuträglich ist, darf bezweifelt werden, denn damit droht der Verlust genau des breiten Know-hows, das HDW braucht, um als Universalwerft überleben zu können. Der beabsichtigte Personalabbau deutet darauf hin, dass die Führung des Unternehmens den Handelsschiffbau eher schwächt als stärkt. Es geht darum, auch im Handelsschiffbau nicht nur die Engineering-, System- und Ausrüstungskompetenzen zu erhalten, sondern auch - gegebenenfalls auf geringerem Niveau - Entwurf, Konstruktion und Fertigung. Das heißt: HDW muss nicht das gesamte Spektrum an Schiffstypen bauen können, aber HDW muss neben U-Booten und Überwasserschiffen der Marine auch zivile Spezialschiffe in eigener Regie bauen können.

Die Landesregierung unterstützt die Belegschaft der HDW und die IG Metall in ihren Bemühungen, das Konzept des Vorstands in diesem Sinne kritisch zu überprüfen. Dabei gilt: Entlassungen müssen vermieden werden. Bevor es dazu kommt, müssen alle anderen Rationalisierungsmöglichkeiten sorgfältig von Vorstand und Betriebsrat gemeinsam ausgelotet werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier gibt es durchaus viele kreative Ideen der Belegschaft, zum Beispiel um Arbeitszeitmodelle zu finden, die sowohl den unternehmerischen Interessen als auch denen der Mitarbeiter gerecht werden. Die Belegschaft hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie sich **flexiblen Arbeitszeitregelungen** aus betrieblichen Gründen nicht verschlossen hat. Ganz im Gegenteil: Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Unsummen von Überstunden angesammelt. Heute aber scheint es so, als hätte die Unternehmensführung dies nicht honoriert. Eine solche Haltung ist natürlich kein gutes Signal für eine gemeinsame Zukunft. Eine Anpassung der Arbeitszeiten an die Auftragslage zählt zum betriebswirtschaftlichen Einmaleins. Wir

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

stehen hinter dem Betriebsrat, der konstruktiv in diese Richtung arbeitet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An dieser Stelle gestatten Sie eine Bemerkung zur Kreativität und Flexibilität der Opposition, insbesondere der Herren Kayenburg und Kubicki. Bisher waren wir uns weit gehend darüber einig, dass Unternehmen privat geführt werden sollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir führen eine Diskussion darüber, was vielleicht besser in privater Regie gemacht werden kann. Herr Kayenburg und Herr Kubicki, bisher herrschte unter den im Landtag vertretenen Parteien auch Einigkeit darüber, dass eine privatwirtschaftliche Organisation von HDW richtig und sinnvoll ist. Dies galt bis zu Ihrer Pressemitteilung, Herr Kayenburg, vom 11. Februar 2003 und der heutigen von Ihnen, Herrn Kubicki. Sie schreiben:

„Mit der leichtfertigen Veräußerung von HDW-Anteilen des Landes im Jahre 1991 zur Sanierung des Landeshaushalts verlor das Land seinen Einfluss auf dieses schleswig-holsteinische Traditionsunternehmen.“

Ich frage mich ernsthaft, was Sie dabei geritten hat, so etwas zu schreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass das Geld in die Gründung der Technologiestiftung geflossen ist. Dies wurde damals von Ihnen ausdrücklich begrüßt. Auch wundere ich mich darüber, dass Sie den Verkauf der HDW-Anteile plötzlich für falsch halten, wo Sie sonst für die Privatwirtschaft mit Fahnen auf den Barrikaden stehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben das Wohnungsbauvermögen der HDW preisgegeben!)

Plötzlich scheinen Sie für eine Verstaatlichung von Unternehmen zu sein. Plötzlich, knapp zehn Jahre nachdem die DDR mit ihrem Beispiel untergegangen ist, entdecken Sie den Charme einer staatlich gelenkten Wirtschaft. Das ist gegenüber den Arbeitnehmern nicht fair, die besser als Sie wissen, dass der Werft durch eine Verstaatlichung nicht geholfen werden kann. Die Probleme liegen nicht hier.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat gar keiner gewollt! Erklären Sie, wo das Wohnungsbauvermögen der HDW geblieben!)

Die HDW-Werft ist für Kiel nicht nur eine traditionsreiche Werft. Sie ist auch ein Wahrzeichen für die **maritime Verbundwirtschaft** und für die Stadt der bedeutendste Arbeitgeber. Es liegt in unserem Interesse, die Landeshauptstadt als leistungsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten. Hier haben wir in der Vergangenheit viel investiert. Viele Millionen Euro flossen in die Werftenhilfe, den Ausbau des Ostufershafens, aber auch in Forschungseinrichtungen oder Bildungsstätten, wie zum Beispiel den Multimedia-Campus. Die Landesregierung wird trotz des finanziell engen Landeshaushalts weiter den **Wirtschaftsstandort Kiel** unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Die Krise bei HDW ist natürlich auch durch den **unfairen Wettbewerb im Weltschiffbaumarkt** begründet. In Europa werden immer weniger Tanker und Containerschiffe gebaut. In Asien sind es dagegen immer mehr. Diese Marktentwicklung ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis einer gezielten industriepolitischen Strategie. Insbesondere die südkoreanischen Werften haben immer wieder Finanzspritzen erhalten und damit enorme Kapazitäten für Kosten sparende Serienfertigungen aufgebaut und somit massive **Wettbewerbsverzerrungen** erzeugt. Dazu kommt eine Europäische Union, die zwar gern verbal Unterstützung leistet, aber ansonsten - statt Gegenmaßnahmen gegen das südkoreanische Preisdumping zu ergreifen - untätig ist. Ihre Generaldirektion Wettbewerb behindert den Schiffbau in der EU sogar noch mit Querschüssen. Das Hickhack um die Landesbürgschaften für Schiffbau und Schifffahrt sind ein neues Beispiel hierfür. Sie sind auch ein Beispiel dafür, dass die rechte Hand in Brüssel nicht weiß, was die linke tut. Die eine Seite setzt auf Werften, die andere tut es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe auf die Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Entwurf, der auf den Erhalt der Schiffsbürgschaften abzielt. Die Landesregierung hat die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, dieses gemeinsame Ziel der Küstenländer mit Nachdruck an die EU-Kommission heranzutragen. In der Zwischenzeit haben wir uns auch an den Kommissionspräsidenten Romano Prodi gewandt, um ihm klarzumachen, was dies für die norddeutschen Küstenländer bedeutet. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von HDW und der Unternehmensleitung wünsche ich bei der

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Bewältigung der schweren Aufgaben, die vor Ihnen liegen, viel Kraft und gutes Gelingen!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lauter hohle Worte!)

Wir stehen an der Seite der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es geht um ihre beruflichen Perspektiven; es geht um die Sicherung der Lebensgrundlagen von vielen Familien hier bei uns in Kiel. Dafür lohnt sich ein gemeinsamer Einsatz, den ich, Herr Abgeordneter Kubicki, nicht mit hohlen Worten bezeichnen würde, wie Sie das getan haben. Das, was Sie mit der Verstaatlichung gemacht haben, sind auch hohle Worte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, das war eine wirklich brave Rede. Sie haben uns nur nicht gesagt, wie Sie den Mitarbeitern von HDW, wie Sie den Werften und wie Sie der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie wirklich helfen wollen.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es! - Beifall bei CDU und FDP)

Stattdessen - das akzeptiere ich ja - ein paar pflichtgemäße Angriffe auf den Oppositionsführer, aber kein Konzept, keine Lösung, keine konkreten Maßnahmen. Dabei haben wir doch bereits im Sommer vergangenen Jahres in einer Aktuellen Stunde über den Werftenstandort Schleswig-Holstein diskutiert. Auch über HDW wurde damals - allerdings unter anderen Vorzeichen - diskutiert.

Der Wirtschaftsminister hatte damals noch die optimistische Auffassung vertreten, dass durch den Verkauf an OEP der HDW-Standort Kiel „sicherer“ gemacht werde und „die finanziellen Grundlagen dafür gelegt“ seien.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Leider hat sich die Realität dieser optimistischen Einschätzung, Herr Minister, nicht angepasst. Aber offenbar passieren dem Wirtschaftsminister solche Fehleinschätzungen in letzter Zeit des Öfteren, wie auch die aktuelle Entwicklung des Multimedia-Campus in der Nachbarschaft von HDW zeigt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, 750 Arbeitsplätze sollen nach den Plänen der Unternehmensführung wegen Auftragsmangels im Überwasserschiffbau wegfallen. 750 Mitarbeiter und 750 Familien stehen deshalb vor einer ungewissen Zukunft. Sie haben unsere Unterstützung und unsere Solidarität. Wir sollten aus diesem Grunde die Debatte angemessen und nicht mit Wahlkampfangementen führen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Deswegen will ich auch auf die beckmesserischen Vorwürfe von Frau Simonis im Einzelnen gar nicht eingehen. Aber, Frau Simonis, hinsichtlich der leichtfertigen Veräußerung müssen Sie sich doch fragen lassen: Sind Sie wirklich der Auffassung, dass Sie die Anteile zu einem angemessenen Preis veräußert haben? Haben Sie HDW einschließlich des Wohnungsbestandes nicht vielmehr verscherbelt? War es nicht ein handwerklicher Fehler, keine Nachbesserungsklausel aufzunehmen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Sind Sie nicht blauäugig auf mündliche Zusagen hereingefallen? Haben Sie sich nicht allzu gern mit dem früheren Management gezeigt, dem man nunmehr zu Recht handwerkliche Fehler vorwirft? Ich glaube, Frau Simonis, Ihnen ist gar nicht klar geworden, dass ein **Rüstungsunternehmen** anders als ein anderes Unternehmen zu betrachten ist,

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es! - Beifall bei CDU und FDP)

denn es ist in seiner Entwicklung von politischen Entscheidungen abhängig. Möglicherweise ist Ihnen auch entgangen, Frau Ministerpräsidentin, dass das Wirtschaftsministerium in Berlin sagt, dass es im sensiblen Bereich der Rüstungsindustrie darum gehen müsse, diese vor Übernahmen durch ausländische Unternehmen zu schützen und einen Abfluss des Know how zu verhindern. Das ist die Realität in der Rüstungsindustrie. Wenn Sie einmal Herrn Clement fragen, dann würde auch Ihre Auffassung ein bisschen anders klingen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unabhängig von Ihren Fehleinschätzungen muss es aber natürlich darum gehen, möglichst viele **Arbeitsplätze** zu erhalten und das Unternehmen langfristig zu sichern. Allerdings dürfen wir, Frau Simonis, in der Diskussion über HDW an dieser Stelle auch nicht die **Leiden des Mittelstandes** insgesamt vergessen, die weniger spektakulär eben nicht die Schlagzeilen der Zeitungen füllen. 1.380 Unternehmensinsol-

(Martin Kayenburg)

venzen im vergangenen Jahr! Diese mögen im Einzelfall nicht so schwer wiegen wie die Entlassungen bei HDW, bei MobilCom, bei Bayer, bei der SCHLESWAG, bei BC-Components, bei Ison oder auch bei den Heidelberger Druckmaschinen - übrigens ein Beispiel, das ich an Ihrer Stelle nicht angeführt hätte, denn das Ergebnis ist ja nun mehr als peinlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich auch nicht! - Beifall bei CDU und FDP)

Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass jeder Verlust eines Arbeitsplatzes einen Menschen, eine Familie trifft, egal ob in einem Großunternehmen oder in einem Kleinbetrieb.

Zudem bedeuten Insolvenzen die Vernichtung von Vermögen und von Wachstumschancen. Und die Insolvenzen haben sich bei uns verdoppelt. Die Unternehmensinsolvenzen sind um mehr als 30 % gestiegen. Das ist die wirkliche wirtschaftliche Lage in Schleswig-Holstein.

Doch zurück zur Situation bei HDW. In diesem großen und symbolträchtigen schleswig-holsteinischen Unternehmen gibt es seit längerer Zeit Probleme im Bereich des **Handelsschiffbaus**. Selbstverständlich hat HDW unter der weltweiten Konkurrenz und unter den Dumpingpreisen insbesondere koreanischer Schiffswerten zu leiden. Aber wir sind uns doch wohl darin einig, dass diese Art aggressiver Wirtschaftspolitik abzulehnen und anzuprangern ist. Deswegen müssen wir gemeinsam - das Land und der Bund - bei der EU vorstellig werden, damit die EU genau an dieser Stelle endlich Maßnahmen ergreift. Es kann doch nicht sein, dass die Werftarbeiter auf dem Kieler Ostufer zum Spielball internationaler Interessen gemacht werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen aber auch deutlich formulieren, was Bundes- und Landesregierung wollen, welche Bedeutung wir dem Schiffbau in Deutschland beimessen und mit welchen Mitteln der Werftenstandort Deutschland in welcher Größenordnung erhalten bleiben soll. Das ist unsere nationale Aufgabe. Deswegen fordern wir eine **Werftenkonferenz**, an der auch Bundesminister Clement teilnehmen muss. Alle norddeutschen Länder sollten dort ihre Stimme einheitlich abgeben - und das bedeutet Abstimmung, Frau Simonis. Dabei ist mir durchaus bewusst, dass HDW hinsichtlich der Wettbewerbshilfe in jüngster Zeit nicht zu den Nutznießern gehört hat. Die Werfrenthilfe ist also nicht primär das Problem von HDW. Jedoch sollten wir die Situation auch nutzen, um die schwierige und zum Teil hoffnungslose Situation der

anderen Werften hier im Lande anzusprechen. Die muss wieder in unser Bewusstsein.

Wenn Sie, Frau Simonis, am 11. Februar als Reaktion auf die Situation bei HDW ausdrücklich das Angebot der Landesregierung erneuern, den Handelsschiffbau von HDW mit Mitteln der Wettbewerbshilfe und Landesbürgschaften zu stützen, dann sage ich: Landesbürgschaften sind gut, nur, was haben Sie sich denn bei der Wettbewerbshilfe gedacht? Ist Ihnen nicht klar, dass dort überhaupt keine förderfähigen Schiffe gebaut werden? Da haben Sie eine Nullaussage getätigt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dennoch müssen Sie sich fragen lassen, warum denn das Land die Wettbewerbshilfe in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft hat. Es hat wirklich den Anschein, als ob Sie Arbeitslosigkeit lieber durch die Bundesanstalt für Arbeit finanzieren lassen wollen, als Arbeit selbst zu finanzieren. Damit haben wir unser Problem.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im letzten Jahr über die Flender-Werft diskutiert. Dabei ist deutlich geworden, dass Sie selbst in Ihrem „Maritimen Bericht“ geschrieben haben, dass nach dem Auftragsvolumen die doppelte Förderung der Wettbewerbshilfe gerechtfertigt gewesen wäre. Nur, wann endlich lassen Sie Ihren markigen Worten auch Taten folgen?

(Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

- Ich habe dies nicht speziell für Flender angesprochen, sondern generell gemeint, Frau Gröpel. Aber erklären Sie doch heute öffentlich, ob die Werften in Schleswig-Holstein noch die Restmittel aus der 8. Fortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms bekommen. Bundesmittel stehen noch zur Verfügung.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Frau Simonis, sagen Sie uns heute, was Sie für das neue Programm der Wettbewerbshilfe ab Oktober letzten Jahres endlich an konkreten Mitteln bereitstellen wollen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Situation ist so - jedenfalls für die kleineren Werften in Schleswig-Holstein - nicht länger tragbar. Neu zu akquirierende Aufträge sind nicht möglich, weil im Landeshaushalt keine Mittel vorhanden sind. Sie können deswegen den Werften heute gar keine finanzielle Hilfe versprechen, Frau Simonis. Ich habe

(Martin Kayenburg)

den Eindruck, das war Ihnen bei HDW überhaupt nicht klar.

Eines will ich Ihnen auch noch sagen: Eine Mittelvergabe nach Gutsherrenart hilft nicht weiter. Schaffen Sie endlich Planungssicherheit für alle Werften hier im Lande!

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn, Frau Simonis, das sollten wir gemeinsam wissen: Politik ist für die Rahmenbedingungen zuständig, und Werftenpolitik ist Bestandteil dieser Rahmenbedingungen. Wir dürfen also, wenn wir seriös bleiben wollen, den Betroffenen und ihren Familien nicht vorgaukeln, dass die Landespolitik schnell und effektiv in unternehmerische Entscheidungen eingreifen oder gar direkt Arbeitsplätze schaffen könnte. Genau dies ist nicht der Fall.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber Sie tun es doch!)

Und genau deswegen, Herr Neugebauer, müssen wir mit dem begrenzten politischen Instrumentarium der Wettbewerbshilfe und Landesbürgschaften zur Unterstützung des Werftenstandorts Schleswig-Holstein effektiv und klug umgehen. Als politische Verantwortliche sollten wir gemeinsam streiten um die besten Konzepte für den Erhalt des Werftenstandorts Schleswig-Holstein, aber auch Einigkeit in dem Ziel erkennen lassen: HDW muss als **Universalwerft** erhalten bleiben!

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Gröpel.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kayenburg! Ihre Forderung nach einer **Werftenkonferenz** ist eigentlich überflüssig, weil der Termin für die maritime Konferenz schon lange feststeht: im Mai in Lübeck.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, im Mai, aber nicht jetzt, wenn Not am Mann ist! Jetzt muss sie stattfinden!)

Dort wird das Thema Werften auch gebührend behandelt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir debattieren heute zum Thema Werftenpolitik nicht nur, weil in Kiel 750 Stellen bei HDW abgebaut werden sollen, nicht nur,

weil 750 Arbeitsplätze weniger für die Landeshauptstadt Kiel eine nach den Entscheidungen bei Heidelberger und anderen Firmen besonders bittere Pille sind, nicht nur, weil von einem solchen Stellenabbau Familien und viele Zulieferer betroffen wären, und hoffentlich nicht, weil wiederum eine Wahl bevorsteht, sondern weil HDW ein Symbol ist für den Erhalt des Werftenstandortes Deutschland und für den Erhalt des Werftenstandorts Kiel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns gemeinsam mit den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Toll! - Martin Kayenburg [CDU]: Was wollen Sie denn dafür tun?)

Wir scheuen uns auch nicht, mit der CDU an einem Strang zu ziehen, wenn es darum geht, für eine 50-%-Beteiligung des Bundes an der Wettbewerbshilfe zu streiten.

(Martin Kayenburg [CDU]: In Berlin haben Ihre Leute vorgestern dagegen gestimmt!)

- Ich habe Ihnen auch zugehört, Herr Kayenburg.

Nach monatelangen Gerüchten gab es nun in der letzten Woche die bittere Gewissheit, dass bis Mai 2004 750 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Erklärt wird dies als Reaktion auf die **Krise im Handelsschiffbau**. Wer sich jedoch die Entwicklung von HDW in den vergangenen zwei Jahren anschaut, der ahnt, dass es um mehr geht als um eine Krise im Handelsschiffbau. Hier gab es auch eindeutig **Krisen im Bereich des Managements**.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wiederum die Arbeitnehmer als erstes die Last auf die Schulter gebürdet bekommen, ist dabei keine Überraschung. Manager, die heute Schwierigkeiten in ihren Unternehmen haben, reagieren zur Freude der Analysten mit dem Reflex, erst einmal Arbeitnehmer zu entlassen. Das führt zumindest zu kurzfristigen Kursgewinnen, spricht jedoch nicht unbedingt für verantwortliches Handeln der Führungskräfte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch an die Führung der HDW in den letzten Jahren muss es erlaubt sein die eine oder andere Frage zu stellen. Wenn die Ministerpräsidentin zu Recht die Perspektive von HDW als **Universalwerft** aufzeigt,

(Renate Gröpel)

so muss gefragt werden, ob die Entscheidungen der letzten Jahre immer dazu angetan waren, eben dieses Ziel mit dem unternehmerischen Nachdruck zu verfolgen. Das erklärte Ziel des Vorgängers des jetzigen Vorsitzenden Burmester, Herrn Lederer, war es doch, HDW für die Zukunft fit zu machen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mit tatkräftiger Unterstützung der Landesregierung!)

Warum, so frage ich, hat dann Babcock 500 Millionen € aus dem Unternehmen gezogen? Warum, so frage ich, gibt es ein Vorstandsmitglied, das seit mehreren Jahren für die Akquisition von Handelsschiffen zuständig ist, aber nicht einen einzigen Auftrag an Land gezogen hat?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Und was hat die Landesregierung getan?)

Und wenn man sich die Erklärungsversuche von Klaus Lederer für das Abziehen von 525 Millionen € von HDW auf der Zunge zergehen lässt, wächst das Vertrauen in deutsche Unternehmer nicht unbedingt. Und es hilft heute HDW wenig zu wissen, dass der inzwischen insolvente Babcockkonzern 525 Millionen € Schulden bei HDW hat. Ein weiteres Beispiel dafür, dass Verantwortungsgefühl nicht für irgendein Unternehmen, sondern für die Menschen, die in einem Unternehmen arbeiten, bei deutschen Unternehmern immer unterentwickelt ist. Lassen Sie mich dies als Lübeckerin an dieser Stelle sagen: Auch der Niedergang von Flender ist letztlich im Kern durch das Missmanagement der Unternehmensführung entschieden worden.

(Beifall bei der SPD - Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Renate Gröpel [SPD]:

Es ist nicht so, wie es heute auch wieder bei Herrn Kayenburg anklang und wie die Opposition glauben machen will, dass diese Situation durch eine **zu geringe Werftenhilfe** entstanden wäre. Das ist nicht wahr. Aus vielen Gesprächen vor Ort weiß ich, dass das auch so gesehen wird, und ich weiß auch, dass die über 800 Beschäftigten der Flenderwerft, die von der Insolvenz betroffen sind und um den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten, sehr gut nachvollziehen können, wie ihren Kollegen bei HDW jetzt zumute ist.

Der Bezirksleiter der IG-Metall, Frank Teichmüller, hat deutlich gemacht, dass die Überlegungen der Unternehmensführung von HDW, die jetzt zur Entlassung von 750 Mitarbeitern führen sollen, in keinem Fall schlüssig sind. Er hat sicherlich Recht, wenn er feststellt, dass der Marineschiffbau allein nicht ausreicht, eine Werft auszulasten. Er hat sicherlich auch Recht, wenn er im Bereich von kleinen Kreuzfahrtschiffen, Luxusyachten und Roll-on-Roll-off-Fähren auf die Konkurrenz in der Bundesrepublik hinweist. Auch sein Fazit ist richtig, dass die Werft mit der Entscheidung für den **Arbeitsplatzabbau als Universalwerft** gefährdet wird. Und wenn man weiß, dass die Belegschaft 550.000 Stunden auf Arbeitszeitkonten angespart hat, dann ist es auf den ersten Blick bei diesem Volumen, das 370 Arbeitsplätzen für ein Jahr entspricht nicht schlüssig, zuerst an Entlassungen zu denken. Bedenkenswert dürfte der Vorschlag sein, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich von 35 auf 30 Stunden zu verringern, damit die Flexibilität zu erhöhen und gleichzeitig zu einer Qualifizierung der Beschäftigten beizutragen.

Meine Damen und Herren! Es liegt im Interesse einer starken Industrienation, eigenständigen Schiffbau aufrecht zu erhalten. Von daher ist die Bundesregierung aufgefordert, ebenfalls die Idee eines **Werftenverbundes** für die nächsten Jahre mit zu unterstützen. Dies kann auch dadurch geschehen, dass man sowohl unserer als auch der neuen Forderung der CDU zustimmt und der Bund wiederum 50 % der Wettbewerbshilfen übernimmt. Diese konkrete Forderung vermissem ich im Übrigen in Ihrem gemeinsamen Antrag.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben doch Ihre Kollegen gerade abgelehnt!)

Bedauerlicherweise, Herr Kubicki, ist dies nach 1998 durch die Bundesregierung nicht geschehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und vorgestern abgelehnt!)

Aber dass in den Jahren zuvor die **Wettbewerbshilfe** des Bundes unter Regierungsverantwortung von CDU/CSU und FDP von 63 auf 50 % und schließlich auf ein Drittel zurückgeführt wurde, daran wird man ja wohl auch heute noch einmal erinnern dürfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Sachen Wettbewerbshilfe haben wir in den vergangenen Jahren das getan, was uns möglich war, und dies war nicht wenig. Von 1987 bis 2001 hat das Land Schleswig-Holstein für die Werften rund 236 Millionen € Wettbewerbshilfe aufgebracht. Wenn die

(Renate Gröpel)

FDP nun heute wieder fordert, die Möglichkeiten der Wettbewerbshilfe voll auszuschöpfen, so ist dies in der Tat billig. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen. Wenn Sie in den Artikel der „Lübecker Nachrichten“ gucken, können Sie dort lesen, wie die Auftragslage bei den anderen Werften ist. Wenn Sie bei FSG, bei Lindenau und bei anderen sehr gut ist, dann hängt das nicht ursächlich mit dem Bereitstellen der Wettbewerbshilfe zusammen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben einmal wieder nicht richtig gelesen! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, meine Damen und Herren, Sie machen heute Morgen sehr fleißig Zwischenrufe. Lassen Sie sich bitte sagen: Dieser Plenarsaal hat 594.000 Zwischenrufe gehört.

(Martin Kayenburg [CDU]: Vielleicht kriegen wir die 600.000 noch voll, Herr Präsident!)

Stellen Sie Ihren Ehrgeiz ein, 600.000 werden Sie nicht schaffen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Renate Gröpel [SPD]:

Deswegen werden wir auch bei dem von CDU und FDP nachgereichten Antrag um alternative Abstimmung zu unserem Antrag bitten. Denn die SPD-Fraktion hat einen Antrag in Richtung Bundesregierung eingebracht, in dem wir fordern, dass sich diese bei der EU-Kommission für die Beibehaltung der Landesbürgschaften für Schiffbau und Schifffahrt einsetzt.

Hier zeigt sich, dass bedauerlicherweise die Zögerer und Zauderer auf der EU-Ebene nicht nur ohne Courage sind, gegen die Dumping-Preise in Südkorea vorzugehen, nein, sie betreiben gleichzeitig auch eine widersprüchliche Politik, wenn sich ein EU-Kommissar um das Überleben der Werften sorgt, während ein anderer prüfen lässt, ob **Landesbürgschaften** weiterhin erfolgen dürfen. Wer die Landesbürgschaften für den Schiffbau ernsthaft infrage stellt, der stellt die Existenz des deutschen Schiffbaus infrage.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Ein erheblicher Teil der in Deutschland gebauten Schiffe wird während der Bauphase oder während ihres späteren Einsatzes durch Bürgschaften gedeckt,

soweit es sich um volkswirtschaftlich förderwürdige und betriebswirtschaftlich tragfähige Projekte handelt. Ein Wegfall oder eine wesentliche Verschlechterung des Bürgschaftsinstrumentariums würde in Deutschland viele Werften und Tausende von Arbeitsplätzen in der maritimen Wirtschaft gefährden.

Wir fordern die EU auf, endlich wirksame Maßnahmen zur Förderung der maritimen Wirtschaft in Europa und zum Abbau der Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau zu ergreifen. Wir hoffen, dass von der Welthandelsorganisation endlich gegen den unfairen Wettbewerb aus Südostasien entschieden wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich richte an die Unternehmensführung von HDW den Appell, auf den Betriebsrat und die Gewerkschaft zuzugehen und die Vorschläge von dieser Seite gemeinsam zu überprüfen. Eines muss mit allem Nachdruck festgestellt werden: Die Mitarbeiter von HDW haben mehrfach ihren Beitrag zur dauerhaften Sicherung des Unternehmens geleistet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt ist die Unternehmensführung gefordert, mehr vorzuschlagen als nur eine fragwürdige Entlassung von 750 Arbeitnehmern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden gemeinsam mit der Landesregierung das in unseren Kräften Stehende tun, um die HDW als Universalwerft zu stützen. Wir werden auch national jede Zielsetzung fördern, den Werftenstandort Deutschland durch einen Werftenverbund unter deutscher Führung langfristig zu sichern. Meine Damen und Herren der Opposition, lassen Sie uns dieses Ziel gemeinsam verfolgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie haben so schön gesprochen.

(Frauke Tengler [CDU]: Finden Sie?)

(Dr. Heiner Garg)

Wissen Sie, was mir am besten gefallen hat? - Es haben immer die anderen Schuld. Nie haben Sie Schuld. Sie müssen nie die Konsequenzen Ihrer Politik tragen. Es sind immer andere, nur nicht Sie daran schuld. Das finde ich, ehrlich gesagt, ein bisschen merkwürdig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich finde das, offen gestanden, auch ein bisschen sehr traurig, wenn wir heute Morgen von Ihnen eine Regierungserklärung präsentiert bekommen, ohne ein klares Bekenntnis entweder zum zivilen Schiffbau hier in Schleswig-Holstein, hier in Kiel, oder ein klares Bekenntnis dafür, dass sie ihn nicht mehr haben wollen. Für eines von beiden müssen Sie sich entscheiden. Das müssen Sie hier auch ganz deutlich sagen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sehr geehrte Frau Kollegin Gröpel - ist sie noch da? -

(Renate Gröpel [SPD]: Ja!)

Sie haben hier lauter Fragen gestellt. Die hätten Sie einmal vor einem Jahr stellen sollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wir haben Ihnen nämlich schon vor einem Jahr gesagt, was passieren könnte insbesondere im Hinblick auf den Geldabfluss. Da haben Sie laut: „Buh!“ geschrien zu dem, was der Kollege Kubicki, was die Kollegin Aschmoneit-Lücke dazu gesagt haben. Da haben Sie wild den Kopf geschüttelt. Ich sage Ihnen, die traurige Nachricht vom vermutlichen Verlust von 750 Arbeitsplätzen bei HDW führt uns eben auch die katastrophale Werftenpolitik Ihrer Landesregierung vor Augen, Frau Simonis. Da können Sie gern hochgucken. Von dort werden Sie auch keine Hilfe bekommen.

(Zurufe von der SPD)

Bis zu 750 Menschen werden ihre Arbeit verlieren - mit allen schlimmen Folgen für ihr Selbstwertgefühl. - Da können Sie noch so laut brüllen. Ich kann ja verstehen, dass Sie das nicht hören wollen. Es sind im Übrigen nicht nur 750 Menschen, die ihre Arbeit verlieren, sondern an jedem dieser Arbeitsplätze hängen drei Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Menschen werden ihre Arbeit verlieren mit allen schlimmen Folgen für ihr Selbstwertgefühl, ihren Lebensstandard und die Zukunftsaussichten dieser Menschen und ihrer Familien.

Selbstverständlich kann man nicht jeden bereits verlorenen und vermutlich wegfallenden Arbeitsplatz bei HDW -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es ist zu unruhig im Haus.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

- und den anderen schleswig-holsteinischen Werften direkt auf den unzureichenden Einsatz der Landesregierung zurückführen. Aber eine Verbindung abzustreiten, das ist die typisch rot-grüne Verweigerungshaltung, wie wir sie heute von der Ministerpräsidentin und Frau Gröpel wieder vorgeführt bekommen haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Immer wenn es darum geht, die Verantwortung für Ihre Politik zu übernehmen, ziehen Sie den Kopf ein und zeigen mit dem Finger auf andere, auf den Oppositionsführer, auf die EU, auf die Bundesregierung und auf wen auch immer, nur nicht auf sich selbst.

(Rolf Fischer [SPD]: Sie wollen doch jede Subvention streichen! Das ist doch Ihre Politik!)

- Lieber Herr Kollege Fischer, ich sage Ihnen eines: Wir können sowieso nicht alles auf die Landesregierung abschieben, denn die regierungstragenden Fraktionen, zu denen auch Sie gehören, sitzen im gleichen Boot, wobei für mich schwer zu erkennen ist, ob überhaupt jemand in diesem Boot sitzt und es steuert. Denn es ist der Landtag, Herr Kollege Fischer, der den Landshaushalt mit den Stimmen von Rot-Grün beschlossen hat und den Werften die zulässige Hilfe seit Jahren in großem Maße vorenthält.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diejenigen Mitglieder der regierungstagenen Fraktionen, die jetzt ihr tiefes Bedauern bekunden, sind ganz direkt mitverantwortlich für den Abwärtstrend der schleswig-holsteinischen Werftindustrie.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist unerhört, was Sie hier sagen!)

Es wäre zumindest ehrlich und stünde auch Ihnen gut zu Gesicht, Herr Kollege Neugebauer,

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört ist das!)

hier öffentlich zu sagen, dass Sie bereit waren und offensichtlich weiterhin bereit sind, mittelbar mehr Arbeitsplätze auf den schleswig-holsteinischen Werf-

(Dr. Heiner Garg)

ten geopfert zu haben und weiterhin zu opfern, als es bei voller Wettbewerbshilfe notwendig gewesen wäre und notwendig ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie können gern weitermachen und weiterhin alles auf die Unternehmensführungen, auf die Bundesregierung, auf die Europäische Union, auf die Weltwirtschaft und auf die Koreaner schieben, die Unternehmensführungen - da sind wir uns einig -, weil Sie einige falsche Entscheidungen getroffen haben, die Bundesregierung, weil Sie nicht 50 % der Wettbewerbshilfe bezahlen will, die EU, weil einige Mitgliedstaaten ein WTO-Verfahren verzögert haben, die Weltwirtschaft, weil die Nachfrage nach Schiffen gesunken ist, und die Koreaner, weil die koreanischen Steuerzahler für den dortigen Schiffbau zahlen müssen. All diese Faktoren - das sage ich ganz deutlich - spielen bei der Krise der schleswig-holsteinischen Werften eine mehr oder minder große Rolle.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Wenn Sie jetzt aber behaupten, die Landespolitik habe überhaupt nichts damit zu tun und sie könnte auch nichts dagegen tun, dann würden Sie Ihre eigene Werftpolitik als reine Alibiveranstaltung offenbaren.

(Beifall bei der FDP - Günter Neugebauer [SPD]: Wir haben Hunderte von Millionen geleistet!)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Werftpolitik die Lage und die Chancen unserer Werften beeinflussen. Ich bin auch davon überzeugt, dass die Landesregierung und die Koalition durch ihre halbherzige Politik den schleswig-holsteinischen Werften geschadet haben und weiterhin schaden werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unglaublich!)

Es ist unmöglich, die Zahl derer zu beziffern, die möglicherweise wegen Ihrer Politik demnächst ihren Job bei HDW verlieren. Es würde auch niemanden trösten, diese Zahl zu kennen.

(Zurufe von der SPD)

Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite, sind mitverantwortlich dafür.

(Beifall bei der FDP - Jutta Schümann [SPD]: Die Kommunalwahl lässt grüßen! Unverantwortlich ist das! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind guter parlamentarischer Brauch. Aber bitte nicht ins Pöbeln ableiten.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Lassen Sie nur, Herr Präsident! - Damit es nicht so weitergeht, fordern wir Sie heute erneut und zum wiederholten Mal auf, die Möglichkeiten der **Wettbewerbshilfe** für unsere schleswig-holsteinischen Werften wenigstens ab jetzt voll auszunutzen. Wir haben im Rahmen unserer Änderungsanträge für den Haushalt 2003 aufgezeigt, wie dies bei den vom Finanzministerium veranschlagten Einnahmen tatsächlich möglich ist.

In diesem Rahmen - das will ich ganz deutlich sagen - haben wir uns über den Antrag der Koalitionsfraktionen zu den **Landesbürgschaften** gefreut. Denn die Wettbewerbshilfe und die Bürgschaften müssen zusammen betrachtet werden. Die Wettbewerbshilfe erleichtert es unseren Werften, Aufträge zu bekommen, und die Bürgschaften helfen den Werften, diese Aufträge finanziell abwickeln zu können. Genau deswegen hat sich meine Fraktion gestern Abend mit der Union geeinigt, dass wir das in einen gemeinsamen Antrag packen.

Das ändert allerdings nichts an unserer Kritik zu Ihrer Politik bei der Wettbewerbshilfe.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie sind der letzte Stamokap im Landtag!)

- Vielleicht sollten Sie einfach einmal zuhören. Herr Neugebauer, es tut Ihnen ganz gut, vielleicht auch einmal etwas Neues zu lernen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vielleicht verstehen Sie das nicht; deshalb sage ich Ihnen das noch einmal.

Die Bürgschaften können nur helfen, wenn die Werften auch Aufträge bekommen. Ohne Aufträge brauchen sie Bürgschaften nämlich nicht.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Hierbei sind unsere Werften in Deutschland, in Europa, in der Welt benachteiligt. Der scharfe Wettbewerb auf dem Weltmarkt wird insbesondere durch das **süd-koreanische Dumping** verzerrt. In Europa sind deutsche Werften benachteiligt, weil Deutschland nur 7 % Wettbewerbshilfe gewährt statt der in Europa zulässigen 9 %. In Deutschland sind schleswig-holsteinische Werften benachteiligt, weil die Regie-

(Dr. Heiner Garg)

rungskoalition nur die Hälfte der in Deutschland zulässigen 7 % Wettbewerbshilfe zahlt. All diese Zahlen gelten für das auslaufende Hilfsprogramm. Es ist leider nicht zu erkennen, dass sich die rot-grüne Praxis bei den neu zugelassenen Abwehrbeihilfen ändert. Ich würde mich außerordentlich freuen, Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie uns gleich das Gegenteil beweisen würden, aber dann bitte mit Zahlen und nicht einfach nur mit dem Hinweis, wie schlimm das alles sei und dass Sie schon alles getan hätten.

Ich will Ihnen auch ganz klar die Antwort geben, warum ausgerechnet wir Liberalen in diesem Fall mehr Unterstützung für private Unternehmen fordern. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hart erarbeitetes und weltweit anerkanntes schleswig-holsteinisches Vermögen erhalten, Vermögen vor allem im Sinne von „etwas zu leisten vermögen“. Denn die schleswig-holsteinischen Werften sind auf vielen Gebieten technische Vorreiter. Das gilt bei HDW insbesondere für die U-Boot-Technik, die heute aber nicht zur Debatte steht. Es gilt ganz besonders für den zivilen Schiffbau und genau der steht heute zur Debatte. Beim FSG in Flensburg werden die modernsten RoRo-Schiffe und RoPax-Fähren entwickelt und gebaut. Lindenau hier in Kiel ist technischer Weltmarktführer bei Doppelhüllentankern und Chemietankern mit redundantem Antrieb. Die Kröger-Werft und HDW Nobiskrug sind führende Spezialschiffbauer. Diese Werften sind weltweit führend in einer Hightech-Branche. Die haben mit vielen bereits angesprochenen Problemen zu kämpfen. Wir möchten, dass das Know-how, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Werften hier in Schleswig-Holstein erarbeitet haben und weiter erarbeiten werden, auch hier in Schleswig-Holstein bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Wir möchten, dass die Wertschöpfung weiter hier in Schleswig-Holstein bleibt. Wir möchten, dass so viele Werftarbeitsplätze wie nur irgend möglich in Schleswig-Holstein bleiben. Deswegen fordern wir Sie auf, über die Entwicklung und die Krise der Werften nicht nur zu reden, sondern die Landesregierung auch in die finanzielle Lage zu versetzen, die Möglichkeiten der Wettbewerbshilfe nach dem alten und dem neuen Programm voll auszunutzen. Ansonsten, sehr geehrter Herr Kollege Neugebauer, bleibt von all Ihren heute bekundeten Beileidsadressen an die Menschen, die bei HDW demnächst auf der Straße stehen, nur ein fahler Nachgeschmack.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nicht ernsthaft die Politik der Sozialdemokratie in diesem Hause sein, hier große Reden zu

schwingen und dann nach Hause zu gehen und nichts getan zu haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich will abschließend sagen: Wenn Sie den gemeinsamen Antrag von Union und FDP ablehnen, dann werden wir unseren weiterhin aufrechterhalten und danach hilfsweise zur Abstimmung stellen. Ich fordere Sie auf, dem Antrag von Union und FDP zuzustimmen, denn da haben Sie alles drin. Packen Sie es endlich an, damit wir der Tragödie, die sich da drüben abspielt, nicht weiter tatenlos zusehen müssen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede, die ich für diesen Anlass geschrieben habe, begann damit, dass ich davon ausgegangen bin, dass in diesem Landtag ein breiter Konsens darüber besteht, die für Schleswig-Holstein wichtige industriepolitische Branche des Schiffbaus und der maritimen Verbundwirtschaft zu unterstützen. Angesichts Ihrer Rede, Herr Garg, hätte ich es als konsistent empfunden, wenn ich diese Rede von einem PDS-Vertreter gehört hätte, der ein Zurück zur Verstaatlichung der Industriebetriebe gefordert hätte.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie wissen wieder nicht, wovon Sie reden! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das will doch gar keiner! Wo leben Sie eigentlich! Das ist nur noch peinlich!)

Dies kommt aber von einer Partei, die in Berlin ununterbrochen Subventionsabbau predigt und selber dafür verantwortlich war, dass im Zusammenhang mit dem Subventionsabbau immer wieder auch die Werftenhilfe thematisiert worden ist. Gerade diese Partei tritt dann hier im Landtag als Obersubventionierer auf. Ich komme in diesem Zusammenhang mit der Frage: „Was soll der Staat leisten und was soll der Staat nicht leisten?“ auf Sie zurück. Wir werden heute Nachmittag über das Tarifreugesetz reden. Da werden wir über hunderttausend Arbeitsplätze in vielen kleinen Branchen in Schleswig-Holstein reden, wo wir eine kleine Hilfestellung leisten müssen, damit dort überhaupt noch nach Tarifvertrag bezahlt werden

(Karl-Martin Hentschel)

kann, und wo Sie verweigern, dass der Staat überhaupt noch in irgendeiner Weise tätig wird.

(Beifall bei der SPD)

Hier treten Sie so auf, als müsste der Staat jetzt selber die Werften übernehmen, und werfen Heide Simonis, was HDW angeht, eine Entwicklung vor, die ich persönlich nur kriminell nennen kann.

(Heinz Maurus [CDU]: Unerhört! - Martin Kayenburg [CDU]: Eine Unverschämtheit! Herr Hentschel, Sie sind unwürdig im Parlament!)

- Herr Kayenburg, ich empfehle Ihnen, den Pressepiegel der Landesregierung und des Landtages vom heutigen Tage zu lesen. Da werden Sie lesen können, dass gestern eine bundesweite Razzia beim Babcock-Konzern, gegen Manager von TUI, und der Westdeutschen Landesbank stattgefunden hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gegen den SPD-Genossen Friedel Neuber! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Alles Freunde von Heide Simonis!)

Herr Kayenburg, sind Sie noch in der Lage zuzuhören?

(Zurufe von der CDU)

Versprechen Sie jetzt einmal, ein bisschen zuzuhören, dann bin ich bereit, weiter zu lesen.

(Lachen bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Das ist keine Karnevalsveranstaltung, sondern eine ernste Veranstaltung!)

Ich finde, der Anlass ist ernst genug, dass wir uns auf einen ernsthaften Gedankenaustausch einlassen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Er ist zu ernst, um das übliche Kaspertheater aufzuführen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das machst du doch selber!)

Herr Kayenburg, es geht darum, dass der HDW 520 Millionen € liquide Mittel entzogen worden sind, Mittel, die aus Vorauszahlungen des Bundes oder ausländischer Auftraggeber für U-Boot-Lieferungen im Militärsektor geleistet worden sind. Anders als im Handelsschiffbau, wo es keine Vorauszahlungen gibt und wir immer Bürgschaften geben müssen, ist die Situation im Marineschiffbau so, dass immer im großen Umfang **Vorauszahlungen** geleistet werden. Diese Vorauszahlungen sind dem Unternehmen offensichtlich entzogen worden. Wir reden hier über

750 Arbeitsplätze. 520 Millionen € bedeuten, dass diese Menschen, über deren Arbeitsplätze wir reden, 20 Jahre lang problemlos ihr gesamtes Einkommen hätten bekommen können. Ich sage dies, damit die Größenordnung klar wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

520 Millionen € sind doppelt so viel, als von 1987 bis Ende 2002 insgesamt als Werftenhilfe in Schleswig-Holstein geflossen sind, das waren nämlich 260 Millionen €.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die doppelte Summe dessen ist einem Konzern wie HDW durch Übertragung von Unternehmensanteilen entzogen worden. Über diesen Vorgang muss man tatsächlich ernsthaft nachdenken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sagen nur „WestLB“! Ihre Freunde von der WestLB!)

Dies ist kein Fehler der Landespolitik und von Heide Simonis, wenn Sie dies sagen wollen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

sondern das sind Machenschaften, angesichts deren wir ernsthaft darüber nachdenken müssen, was in der deutschen Unternehmenskultur los ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Betriebsratsvorsitzende von HDW, Ernst-August Kiel, hat mir gestern erzählt, dass er vorher noch nie so wenig in ein Strukturkonzept eingebunden war. Wir haben in der Vergangenheit eine gute Unternehmenskultur in Deutschland gehabt. Viele wichtige Entscheidungen für Umstrukturierungen in der Industriegeschichte Deutschlands sind von Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam durchgeführt worden. Auch HDW hat durchaus schmerzhafteste Prozesse durchgemacht. Der Betriebsrat hat Betriebsvereinbarungen unterzeichnet, mit denen die Beschäftigten auf Einkommen verzichtet haben. Sie sind mit ihren Arbeitsplätzen ins Risiko gegangen. Sie haben sich verpflichtet, bei Schiffen bestimmte Stundenzahlen einzuhalten und, wenn sie sie nicht einhalten, hinterher kostenlos weiter zu arbeiten. Es sind Zigtausende von Arbeitsstunden nicht bezahlt worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist gar nicht wahr! Das ist auf ein Arbeitszeitkonto gegangen! Verbreiten Sie nicht solchen Unsinn!)

Die Belegschaft von HDW ist ins Risiko gegangen und weiß nicht, ob sie das wieder bekommt. Dies

(Karl-Martin Hentschel)

muss man einfach feststellen. Andere Werften haben dies übrigens auch gemacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Unterschied liegt darin, dass es das sehr kreative Management in Flensburg zum Beispiel geschafft hat, in einer Serie das zehnte von zehn Schiffen in einem Drittel der Zeit des ersten zu bauen, und anschließend die Arbeitnehmer davon noch Vorteile hatten. Dagegen war es bei HDW so, dass die Planungen schlecht waren. Das muss man einfach sagen. Wenn es so ist, dass Fregatten gebaut werden - wie mir gesagt wurde - und in Hamburg und in Emden mit dem Bau dieser Fregatten Gewinne erzielt werden können, bei dem Bau der gleichen Fregatte bei HDW aber Verlust gemacht wird, dann liegen **Managementfehler** vor, über die wir ernsthaft nachdenken müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Der Betriebsrat hat Ihnen allen - Herr Kayenburg, das wissen Sie sehr gut, Sie waren auch auf der Werft - gesagt, dass es hier nicht um die Frage der Werftenhilfe geht, sondern tatsächlich um Managemententscheidungen. Ich habe sehr viel darüber nachgedacht, was da eigentlich los ist. Und meine Überzeugung ist, dass in diesem Konzern folgende Situation vorherrscht: Es gibt zum einen den **Marineschiffbau**, der Milliardenaufträge - ich glaube, sie liegen zurzeit bei 3 Milliarden € - einführt. Diese Milliardenaufträge verdrehen natürlich jedem Manager die Augen. Das ist so, das ist klar. Das ist auch der Grund, warum ausländische Firmen, wie die OEP aus den USA, bereit sind, in einen solchen Konzern einzusteigen, denn sie hoffen, bei solchen Aufträgen Geld herauszubekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zum anderen gibt es den zivilen Schiffbau, der in den letzten Jahren häufig Defizite eingefahren hat. Mein Eindruck ist, das gesamte Interesse des Managements und die gesamte Konzentration der Aktivitäten lagen auf dem Marineschiffbau. Dabei ist versäumt worden, zu erkennen, dass der Handelsschiffbau eine ganz wichtige Sparte ist, die durchaus Chancen bietet. Das zeigen die Erfahrungen mit anderen Werften. Ich bin der Überzeugung - und das zeigen auch gut geführte Werften in Deutschland -, dass die deutschen Werften mit einer entsprechenden Spezialisierung, mit einer entsprechenden effizienten Unternehmensorganisation und -struktur, mit modernsten Methoden und mit den modernsten Technologien - Deutschland ist ein Hightechnologieland und der Werftenbau ist heute eine Hightechnologiebranche - in der Lage sind, in-

ternational konkurrenzfähige Schiffe zu bauen - auch heute. Das haben Werften auch immer wieder bewiesen, wie die Werften in Flensburg, wie die Meyer-Werft in Papenburg oder auch die Tochter von HDW, Nobiskrug. Das ist HDW nicht gelungen. Die Kosten liegen bei HDW teilweise - weil man immer weiter reduziert und riesige Investitionen getätigt hat - beim Doppelten des Weltmarktpreises. Das ist eine Folge davon, dass in diesem Bereich das Management nicht intelligent gehandelt hat. Das, was auf anderen Werften gemacht worden ist, nämlich das Know-how der Belegschaft zu nutzen, um die Werft durchzurationalisieren, die Effektivität zu steigern und die Pläne so zu organisieren, dass tatsächlich Gewinne erwirtschaftet werden können, ist versäumt worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann waren Sie das letzte Mal auf einer Werft, Herr Hentschel!)

Es ist wichtig, dass wir in der Politik, wenn wir Gespräche führen und arbeiten, das mit berücksichtigen. Es gibt eine Reihe von wichtigen Menschen, die im Aufsichtsrat von HDW sitzen. Ich denke an den ehemaligen Chef der Landesbank, der ein sehr kluger Mensch ist. Sie alle müssen darauf hinwirken, dass über genau diese Fragen nachgedacht wird und daraus Konsequenzen gezogen werden. Das muss der erste Schritt sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Und in zweiter Linie geht es dann erst um die Hilfe des Landes, um die Werftenhilfe und so weiter.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, es tut mir Leid, dass meine Rede so lang ist. Aber ich musste einige Dinge sagen, die ich ursprünglich nicht geplant hatte.

Ich glaube, es kommt in erster Linie darauf an, die Managementstrukturen bei HDW ins Reine zu bringen. Der Betriebsrat hat völlig Recht, wenn er diesen Punkt in den Vordergrund stellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

An zweiter Stelle wird das Land selbstverständlich

(Karl-Martin Hentschel)

bereit sein, das Notwenige zu tun, um die Werften zu unterstützen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach, hohles Geschwätz!)

Deswegen haben wir auch einen Antrag gestellt, der deutlich macht, dass wir für die Werftenhilfe sind, dass wir die Werften mit Bürgschaften unterstützen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann tun Sie das doch endlich!)

Es müssen aber Konzepte vorgelegt werden und es können nicht Defizite weiter unterstützt werden. Man darf nicht hinterher das Land mit einer Bürgschaft beanspruchen, aber die Arbeitsplätze sind verloren. Das kann keine Werftenpolitik sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie bitte wirklich zum letzten Satz!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Solidarität, die Solidarität meiner Fraktion, gilt den Werftarbeitern und ihren Familien bei HDW.

(Klaus Schlie [CDU]: Das haben wir gemerkt!)

Ich wünsche ihrem Kampf und ihren Auseinandersetzungen für ein neues Konzept bei HDW ganz viel Erfolg und werde alles tun, um sie zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann stimmen Sie bestimmt unserem Antrag zu, wenn Sie alles tun!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg: Lieber Kollege Garg, manchmal ist weniger mehr.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, die FDP ist immer noch nicht die Arbeitnehmerpartei. Das werden wir vielleicht bei späteren Tagesordnungspunkten, Stichwort Tariftreuegesetz, Stichwort Kündigungsschutz, zu diskutieren haben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Es lebe der SSW!)

Was letzte Woche bei der Kieler HDW-Werft bekannt wurde, kommt einem Schicksalsschlag gleich - und betroffen ist nicht nur die Landeshauptstadt, sondern Schleswig-Holstein insgesamt und der Werftenstandort Deutschland. Die angekündigte Entlassung von 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, also knapp 25 % der Belegschaft der Werft, ist natürlich insbesondere vor dem Hintergrund der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage und der vielen Betriebs-schließungen für die Betroffenen und ihre Familien ein schwerer Schock.

Gerade Kiel hat in den letzten Monaten viele Arbeitsplätze verloren - Stichwort Druckmaschinenhersteller Heidelberger - und im Mai 2004 werden jetzt weitere 750 folgen. Die Überschrift „Katastrophe für Kiel“, die vielfach in den Zeitungen zu lesen war, hat hier ihre Berechtigung. Denn nicht nur die Arbeitsplätze bei HDW, sondern auch viele Zulieferer in der Region sind betroffen, wenn HDW jetzt verstärkt mit Fremdvergabe, zum Beispiel nach Polen, arbeiten will.

Die Entscheidung des Vorstandes hat aber auch eine hohe Symbolkraft für die allgemeine Situation im Schiffbau. Denn aus schleswig-holsteinischer Sicht ist sie leider nur der vorläufige Höhepunkt in der **Krise** der europäischen und deutschen Werften. Wenn man bedenkt, dass noch Anfang der 70er-Jahre 10.000 Mitarbeiter bei HDW in Kiel beschäftigt waren, sieht man das ganze Ausmaß der Entwicklung im deutschen Schiffbau in den letzten 30 Jahren. Das Gleiche gilt nicht nur für die HDW und andere deutsche Werften, sondern auch für nahezu alle europäischen Werften. Ein Blick nach Norden über die Grenze zeigt fast die gleiche Entwicklung. In Dänemark gibt es nur noch sehr wenige Werften mit begrenzter Belegschaft und spezieller Fertigung. Selbst die traditionsreiche Kopenhagener Werft „Burmeister & Wain“ musste vor einigen Jahren Konkurs anmelden.

Wir alle kennen die Ursachen dieser Krise. Angesichts der weltweiten Überkapazitäten macht die **asiatische Billigkonkurrenz**, insbesondere im **Handels-schiffbau** bei den Serienschiffen den europäischen Werften den Garaus. Wir haben diese asiatische Herausforderung, die in den letzten Jahren von Korea ausgeht, schon mehrfach im Landtag diskutiert. Ich

(Anke Spoorendonk)

möchte in Erinnerung rufen, dass sich auch der Finanzausschuss des Landtages mit dieser Frage vor ein paar Jahren befasst hat, als der Finanzausschuss in Brüssel tagte. Dabei muss man feststellen, dass es nicht darum geht, den internationalen Wettbewerb zwischen den Werftnationen zu verhindern, es geht vielmehr darum, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Obwohl sich die Europäische Union mit der WTO und Korea seit Jahren um diese Zielsetzung bemüht, ist es aus unserer Sicht immer noch nicht gelungen, die massiven staatlichen Subventionen der asiatischen Länder für ihre Werften zu unterbinden. Anders ist es trotz der erheblichen Lohnunterschiede kaum zu erklären, warum diese Länder weiterhin Schiffe unter dem Selbstkostenpreis der europäischen Werften anbieten können. Und gerade die Gespräche vor Ort in Brüssel haben uns gezeigt, dass vonseiten der EU nicht mit einer Zunge geredet wird.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich vor diesem Hintergrund für eine **Weiterführung der Werftenhilfe** auf europäischer und damit auch auf deutscher Ebene ausgesprochen. Diese Forderung gilt nach wie vor. Solange die asiatischen Länder staatliche Subventionen zahlen, müssen auch die europäischen Länder ihre Werften finanziell unterstützen. Es ist also auch eine Frage des politischen Willens, ob Europa weiterhin selbst Schiffe bauen kann und will.

Obwohl Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten Millionenbeträge für den Schiffbau im Lande aufbringt, haben wir das besondere Problem, dass das Land nicht die volle Werftenhilfe ausnutzt, die durch den Bund und die EU ermöglicht wird. Bei allem Verständnis für die finanziellen Probleme des Landes und trotz der Tatsache, dass der Bund eigentlich zwei Drittel der Werftenhilfe übernehmen sollte, kann es nicht angehen, dass unsere Werften im Verhältnis zu den Werften der anderen norddeutschen Bundesländer einen Wettbewerbsnachteil haben.

(Beifall bei SSW und FDP)

Daher unterstützt der SSW aus prinzipiellen Gründen den Antrag der FDP. Wir haben das immer getan und tun es auch heute, wissen aber natürlich um die Schwierigkeiten im Detail. Allerdings - das muss ich auch hinzufügen - gefällt uns der Ton in der Begründung des Antrages nicht, wo unterstellt wird, dass den Werften durch das Verhalten der Landesregierung in dieser Frage Aufträge entgangen seien.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Unseres Wissens gibt es keinen solchen Fall. Daher muss man, denke ich, schon aufpassen, wie man seine Anträge öffentlich begründet.

(Beifall beim SSW)

Nun weiß ich natürlich, weil auch ich den Pressespiegel gelesen habe, dass die Lindenau-Werft in den letzten Tagen etwas anderes geäußert hat. Ich denke mir, dies müsste im Ausschuss noch einmal geklärt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht ein anderes Instrumentarium an: die **Landesbürgschaften** für Schiffbau und Schifffahrt. Es ist schon fatal, dass die EU-Kommission, ähnlich wie bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten in Deutschland, unter Berufung auf den fairen Wettbewerb gegen die Vergabe von Schiffsfinanzierungskrediten zu Felde zieht. Insoweit kann ich nur das unterstützen, was die Kollegin Gröpel vorhin sagte.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Deutschland muss jetzt also nachweisen, dass die Bürgschaften zu marktüblichen Konditionen vergeben werden. Sonst will EU-Kommissar Monti ein formales Prüfverfahren einleiten. Zu Recht weist der Hauptgeschäftsführer des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik, Werner Schrötteldreyer, darauf hin, dass die Folge Prämien erhöhungen für die Werften sein könnten, und dies sei Gift für die deutschen Werften. Auch der SSW fordert daher, dass dieses Instrument weiterhin EU-konform eingesetzt werden kann. Wir können daher auch den Antrag der Regierungsfractionen unterstützen. Man darf dennoch nicht übersehen, dass mit der Gewährung von Bürgschaften nicht das zu erreichen ist, was durch die Werftenhilfe erzielt wird.

Leider hätte die geforderte Erhöhung der Werftenhilfe in diesem konkreten Fall den massiven Arbeitsplatzabbau bei HDW aller Wahrscheinlichkeit nach nicht verhindert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben den Antrag ja auch vorher gestellt!)

Denn die **Krise des Handelsschiffbaus** hat inzwischen - ich sagte es bereits - enorme Ausmaße angenommen. Man darf nicht vergessen, dass ein Teil der Krise bei HDW wirklich hausgemacht und durch **Managementfehler** verursacht worden ist. Auch das ist ja heute schon mehrfach hervorgehoben worden. Das Experiment mit den Superfast-Fähren ist nicht erfolgreich gewesen und hat zu finanziellen Verlusten geführt. Auch die vielen Eigentümerwechsel haben nicht gerade zu Kontinuität in der Leitung dieser modernen Werft geführt. Da ist es kein Wunder, dass der Betriebsrat und mit ihm die Mitarbeiterinnen und

(Anke Spoorendonk)

Mitarbeiter mit den Plänen des Vorstandes unzufrieden sind, die sie unverständlicherweise auch aus den Medien erfahren haben.

(Rolf Fischer [SPD]: Unmöglich!)

Insbesondere geht es um die zentrale Frage, ob HDW in Zukunft weiterhin eine **Universalwerft** bleibt oder auf eine reine Marinewerft ohne längerfristige Überlebenschancen reduziert werden soll. Zurzeit ist die Auslastung der U-Bootfertigung mit 4,7 Milliarden € zwar auf Jahre gesichert, aber die Zukunft des Handelsschiffbaus ist durch die Vorstandsentscheidung mehr als unsicher.

Vor Jahren noch wurde der Handelsschiffbau durch Quersubventionen vom Marineschiffbau unterstützt. Damals galt die Regel, dass auf den **Handelsschiffbau** nicht völlig verzichtet werden könne, um Auftragslöcher im Marineschiffbau überbrücken zu können. Diese Quersubventionierung ist von den neuen Eigentümern nicht mehr erwünscht, auch weil das so genannte Shareholder value, also die kurzfristige Maximierung des Gewinns und damit des Aktienkurses, leider wichtiger geworden ist als langfristige strategische Überlegungen.

(Beifall bei SSW und FDP sowie einzelner Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf das hinweisen, was vonseiten der IG-Metall und des Betriebsrats zu eben diesem Problem gesagt worden ist, und zwar unter der Überschrift, dass die Braut HDW jetzt hübsch gemacht werden solle für die Hochzeit mit Thyssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Diese bedauerliche Entwicklung hat jetzt einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Frage ist, in welche Richtung sich HDW weiterentwickeln soll. Der SSW unterstützt die Forderung des Betriebsrates, HDW als Universalwerft einschließlich des Handelsschiffbaus zu erhalten.

(Beifall beim SSW sowie einzelner Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja. - Der Vorstand sollte daher schnellstmöglich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Konzept erarbeiten. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Prozess positiv zu begleiten und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um so viel Arbeits-

plätze wie irgend möglich bei HDW und ihren Zulieferfirmen zu erhalten.

Einen Satz noch zu den vorliegenden Anträgen, die alternativ abgestimmt werden können. Wir können den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP in vielerlei Hinsicht unterstützen, werden aber keinen Antrag mit unterstützen, aus dem hervorgeht, dass die Tarifautonomie beeinträchtigt werden soll. Das, denke ich, ist etwas, was vor Ort diskutiert werden muss.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es stimmt: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei HDW, aber wahrscheinlich auch für jeden von uns in diesem Hause und für die Öffentlichkeit ist es belastend zu hören, dass das Management in einer, wie ich finde, sehr überraschenden Art und Weise des Vorgehens öffentlich verkündet hat, 750 Arbeitsplätze bei HDW abzubauen. Das ist für die Betroffenen eine schlichte Katastrophe. Ich hoffe, dass sowohl Management als auch Arbeitnehmervertreter auf der Werft einen vernünftigen Weg des gemeinsamen konsensualen Vorgehens finden.

Ich gebe Ihnen Recht, Frau Ministerpräsidentin: Die internationale **Wettbewerbsverzerrung** auf der einen und sicherlich auch **Managementfehler** bei der HDW auf der anderen Seite haben zur jetzigen Situation bei HDW mit beigetragen. Aber eine vollständige Bezeichnung der Verantwortung für die Zustände, wie sie herrschen, hätte natürlich auch bedeutet, sich die Zeit zu nehmen, einmal darüber nachzudenken, wo die politische **Verantwortung dieser Landesregierung** und Ihre eigene Verantwortung liegt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Ich erinnere daran, dass bei der Veräußerung des HDW-Anteils von 25,1 % an Preussag, an Herrn Frenzel und an Herrn Neuber - -

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist doch ein alter Hut!)

- Frau Kollegin, damals betrug der Wohnungsbestand bei HDW über 8.000 Wohnungen. Wenn Sie 25 % eines Unternehmens veräußern, gehören Ihnen 25 %

(Thomas Stritzl)

dieses Wohnungsbestandes nicht mehr. Nach Aussage des damaligen Vorstandes war dies das Polster für HDW. Wenn Sie wissen wollen, was 1.000 Wohnungen wert sein können, dann fragen Sie einen Unternehmer aus Hamburg, der diese für 100 Millionen erworben hat. Das ist die Situation, um die es geht. Dieser **Wohnungsbestand** wurde gegenüber dem Land für Null bewertet. Wir haben nichts dafür bekommen. Er wurde über Nacht von der HDW zur Preussag Immobilien GmbH übertragen. Das war aus der Sicht der Preussag wie bei Fielmann: Keinen Pfennig dazubezahlt. Die Zeche hat die Werft gezahlt, die Zeche hat das Land gezahlt. Denn am Land ist diese Entwicklung vorbeigegangen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man hat einen weiteren Schritt der Entpolsterung ermöglicht, indem man zugelassen hat, dass die HDW erkennbarerweise zum Spielball im Konzernmonopoly der West LB wurde. Heute wissen wir, dass die Staatsanwaltschaft wegen dieser Geschichten einschreitet, weil der Verdacht besteht, dass bei Babcock - auch hier ist ja wieder die West LB führend - Konkursverschleppung stattgefunden hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Man hat Cash-clearing zulasten von HDW zugelassen.

Wir haben auf beide Entwicklungen, einerseits die Verscherbelung der Wohnungen zu Null und andererseits die Frage des schädlichen Einflusses im Rahmen des Konzernmonopolys der West LB, hingewiesen. Wir sind von Ihnen dafür immer wieder verlacht worden. Heute - leider - belegt die Situation unsere vorangegangene Kritik

Wenn die politische Verantwortung, für diese beiden schweren Fehler, nichts zu tun beziehungsweise wegzuschauen, bei der Landesregierung verbleiben wird, glaube ich schon, dass die jetzige Situation dazu angetan ist, ein Stück Gemeinsamkeit in der jetzigen Stunde zu zeigen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Stritzl, kommen Sie bitte zum Schluss.

Thomas Stritzl [CDU]:

Ja. - Das heißt, wir sollten gemeinsam beim Bund für eine Vereinfachung zur Richtlinien die Förderung der Werften antreten und entschlossen gegenüber der Bundesregierung für den Erhalt der Landesbürgerschaft

ten plädieren. Hier muss sich der Kanzler gegenüber der EU stärker einsetzen als bisher. Wir brauchen ferner eine Harmonisierung der europäischen Rüstungspolitik und wir brauchen eine Veränderung des Wettbewerbshilfeforderschlüssels hin zu 50:50 zwischen Bund und Land. Herr Kollege Fischer, ich finde es prima, wenn wir das heute gemeinsam beschließen, aber bitte sorgen Sie dafür, dass Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag nicht wieder dagegen stimmen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Haben Sie heute den ehrlichen Mut zur Fehleranalyse, aber auch den Mut zur Gemeinsamkeit! Ich glaube, dass hier Parlament und Regierung zur Gemeinsamkeit aufgefordert sind. Ich würde mich freuen, wenn die Ministerpräsidentin diese Kraft zur Gemeinsamkeit im Interesse der Arbeitsplätze in Kiel und in Schleswig-Holstein hätte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein Satz zu der Legendenbildung, wie die Ministerpräsidentin sie wieder betreiben will. Die FDP ist selbstverständlich nicht für eine Verstaatlichung.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, da hat Herr Garg aber etwas anderes erzählt!)

- Das Bedauerliche an Ihnen ist, dass Sie entweder nicht zuhören oder nicht verstehen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich höre zu und verstehe es auch!)

Möglicherweise wollen Sie auch beides nicht. Aber darauf kommt es gar nicht weiter an.

Entscheidend ist, dass aus dem verkürzten Satz in den „Lübecker Nachrichten“ das nicht geschlossen werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielmehr hat der Kollege Stritzl zu Recht darauf hingewiesen, wo überall der Fehler liegt. Er liegt auch in der Politik der Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki)

1991 beim Verkauf von HDW sind industriepolitische Überlegungen in die Verhandlungen nicht eingeflossen, man hat nichts festgeschrieben, man hat sich auf die Worte von Herrn Frenzel verlassen, die anschließend, weil sie nicht kodifiziert worden sind, nicht mehr gegolten haben. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, dass das freundschaftliche Verhältniss zu Friedel Neuber oder zur Preussag auch dem ehemaligen Chef der Staatskanzlei möglicherweise die Hand geführt hat. Jedenfalls ist hier die Ursache dafür zu suchen, dass eine Entwicklung in Gang gekommen ist, unter der die Menschen bei HDW heute leiden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wenn der Kollege Hentschel darauf hinweist, dass ich will den Begriff gar nicht gebrauchen - das Management möglicherweise kriminell gehandelt hat, dann muss man sagen, das **Management** fällt doch nicht vom Himmel, Herr Kollege Hentschel. Es wird von den Anteilseignern eingesetzt. Da müssen wir uns einmal fragen, wer Anteilseigner ist. Wer bestimmt die Politik auf dieser Werft? Da fallen wir immer wieder über den gleichen Namen: Das ist Friedel Neuber gewesen, ein persönlicher Freund der Ministerpräsidentin,

(Beifall bei FDP und CDU)

der ja nichts anderes im Kopf hatte, als sozialdemokratische Industriepolitik über die WestLB zu betreiben.

Vor dem Trümmerhaufen stehen wir heute. Wenn wir heute darüber reden, dass Thyssen-Krupp - Herr Minister, Sie werden sich an unser Gespräch von vor zwei Jahren erinnern - den Handelsschiffbau wahrscheinlich übernehmen will, dann war das mit der Übertragung der Anteile von der Preussag auf die Babcock, die gar kein Interesse am Schiffbau hatte, sondern nur an den Beteiligungen, nur ein Vermögenstransfer aus Schleswig-Holstein nach Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben uns doch bereits vor zwei Jahren darüber unterhalten, was mit dieser Entwicklung vorgezeichnet wird, nämlich dass HDW als **Handelsschiffbauunternehmen** nicht mehr zu erhalten sein wird. Jedenfalls haben wir damals die Befürchtung geäußert - Sie in gleicher Weise. Wir sehen heute die Ergebnisse.

Man kann nicht so tun, Frau Ministerpräsidentin, als habe man damit nichts zu tun. Sie sind mit dafür verantwortlich. Der Kollege Peer Steinbrück, der Minis-

terpräsident von Nordrhein-Westfalen, der hier Wirtschaftsminister war, ist mit dafür verantwortlich, dass politische Rahmendaten gesetzt worden sind, die zu dem Ergebnis führen, vor dem die Menschen auf dem Ostufer jetzt stehen. Vor dieser Verantwortung können Sie sich nicht drücken. Das kann nicht sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn Sie alle es ernst meinen - das unterstelle ich -, dann fordern Sie mit uns gemeinsam die **Fortsetzung der Wettbewerbshilfe**. So lange der Bund die 50:50-Regelung noch nicht übernimmt, müssen wir den Anteil Schleswig-Holsteins auf die entsprechende Höhe heraufzusetzen. Alles andere ist Augenwischerei und hohle Erklärung. Sorgen Sie mit uns gemeinsam dafür, dass der Bund gezwungen wird, seinen Anteil auf 50 % heraufzusetzen. Wir können das schaffen. Wenn die schleswig-holsteinischen Abgeordneten von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag dem Antrag von FDP und CDU/CSU zustimmen, haben wir eine Mehrheit und können erreichen, dass das, was wir gemeinsam wollen, umgesetzt wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, will ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben Platz genommen Schüler und Lehrkräfte der Berufsfachschulklassen der Beruflichen Schulen Bad Segeberg, der Jugendweihegruppe Bad Bramstedt sowie Mitglieder des Betriebsrates von HDW. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile zu einem Kurzbeitrag der Frau Abgeordneten Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde diese Debatte teilweise sehr verlogen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte den Herrn Kollegen Kubicki einfach einmal bitten, die Wortprotokolle beziehungsweise die Protokolle des Finanzausschusses aus dem Anfang der 90er-Jahre, als die FDP hier in den Landtag gekommen ist, nachzulesen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Ursula Kähler)

- 92! Sie haben damals eine völlig andere Position geäußert, was diesen Verkauf der Wohnungsanteile angeht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Sich hier hinzustellen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da waren wir noch gar nicht im Landtag!)

- Doch, ihr seid seit 92 im Landtag.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 91!)

Das weiß ich. Aber es ist auch 1992 immer noch ein Thema gewesen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie hätten lieber einmal in die Protokolle geguckt, Frau Kollegin!)

wie es auch heute immer noch ein Thema ist. Es scheint modern geworden zu sein, sich in historischen Entscheidungen wohl zu fühlen und sich hier pharisäerhaft zu gerieren, anstatt dort, wo es wichtig wäre zu sagen: Okay, dieses Problem gibt es, es werden sehr wahrscheinlich 750 Arbeitsplätze verloren gehen. Das Signal an diese Mitarbeiter bei HDW sollte sein: Der Landtag insgesamt wird sich - so wie das die Frau Ministerpräsidentin auch gesagt hat - in Berlin, in Brüssel gemeinsam dafür einsetzen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann stimmen Sie unserem Antrag zu! Dann haben wir das!)

dass es eine Korrektur der Entscheidungen gibt, die übrigens FDP, CDU und CSU getroffen haben. Es hat keinen Zweck, Schuldzuweisungen zu machen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ach nee!)

Ich finde es wirklich absolut pharisäerhaft, hier so zu tun, als ob diese Landesregierung Schuld daran sei, dass es ein **Missmanagement** gibt. Man kann natürlich die SPD auch noch für das Wetter verantwortlich machen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich hätte mir gewünscht, das Signal an die Mitarbeiter von HDW wäre heute zumindest ein einheitliches gewesen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie verhindern das doch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

- Herr Kayenburg, ich bitte Sie: Sie sind doch auch nicht besser.

(Lachen bei CDU und FDP - Holger Astrup [SPD]: Besser als die FDP, meint die Kollegin!)

Wie viele Vorschläge haben Sie sich denn in den letzten Jahren „geleistet“, die Sie in irgendeiner Form auch noch finanziell nachbessern konnten beziehungsweise bei denen Sie Alternativen gefunden haben, wie denn bitte schön Wirtschaft für die Zukunft gestaltet werden soll.

(Zurufe von CDU und FDP)

Wenn die FDP, vertreten durch den Kollegen Garg, sich heute hinstellt und massiv die Regierung auffordert, zusätzliche Werftenhilfen zur Verfügung zu stellen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, nur die zulässige!)

dann möchte ich nur daran erinnern, dass es insbesondere die FDP gewesen ist, die einen radikalen Abbau von Subventionen gefordert hat. Das ist alles, was ich im Moment noch dazu sagen möchte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahrsagen ist schwierig, insbesondere wenn es die Zukunft betrifft. - Daher - so denke ich mir - hätten wir uns diese Diskussion um das, was 1992 diskutiert wurde - Verkauf des Wohnungsbaubestandes an die Preussag -, heute sparen können. Ich kann mich darüber ärgern, dass ich nicht daran gedacht habe, dass diese alten Kamellen noch einmal aufkommen. Sonst hätte ich wirklich die Protokolle aus dem Finanzausschuss mitgebracht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kein Problem!)

- Lieber Kollege Kubicki, aus diesen Protokollen aus der letzten Legislaturperiode geht hervor - ich habe das noch ganz gut im Ohr -, dass alle, mit Ausnahme des Kollegen Stritzl, gesagt haben, die Situation 1992 war anders. Auch Sie haben das gesagt. 1992 wurde nicht infrage gestellt, was verkauft wurde. Der Kollege Stritzl hat den Ausschuss dermaßen genervt, weil er immer wieder anfing, diese Frage zu stellen, und

(Anke Spoorendonk)

nicht akzeptieren wollte, dass die Situation im Nachhinein anders war als damals.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Bleiben wir doch bitte auf dem Teppich! Auch ich finde Geschichte wichtig; aber Geschichtsklitterung ist nicht wichtig.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort und weise auf § 58 der Geschäftsordnung hin. Wir eröffnen damit eine neue Runde. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Vielen Dank, Herr Präsident! Es sitzen einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier, die von unserem hohen Hause erwarten, dass wir ihnen sagen, was konkret passieren soll.

(Beifall)

Herr Kubicki, Herr Garg, Herr Stritzl und andere, Sie finden es vielleicht hilfreich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn wir ihnen sagen, dass sie noch einmal mit Friedel Neuber reden sollen. Ich bin nicht der Meinung, dass das hilfreich ist, ebenso wie die Anmerkungen, die zum Thema One Equity gekommen sind. Dann müssen Sie einmal sagen, worin der Fehler von One Equity lag. Nach wie vor ist das Engagement richtig; es besteht ja auch noch, lieber Herr Kayenburg. Aber ich schiebe das jetzt einmal beiseite.

Die Ministerpräsidentin hat heute eine Regierungserklärung abgegeben mit Hilfsangeboten erstens für HDW - darum geht es heute primär - und zweitens für alle anderen schleswig-holsteinischen Werften, von denen hier heute auch einige vertreten sind. Wir dürfen zwei Probleme nicht durcheinander bringen: Wir dürfen nicht die Frage der Wettbewerbshilfe mit den **Problemen bei HDW** vermischen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Probleme, die bei HDW entstanden sind, haben viele Ursachen. Das ist heute von verschiedenen Rednern richtig gesagt worden. Sie liegen nicht im U-Bootbau. Der U-Bootbau bei HDW ist Spitze. Sie

liegen nicht primär im Überwasserbereich, sondern sie liegen primär im Handelsschiffbau. Die Probleme im **Handelsschiffbau** versuchen wir mit Bürgschaften und Wettbewerbshilfe zu mindern. Im Falle von HDW war das in den letzten Jahren nicht möglich. Das halten wir gemeinsam fest. HDW hat in den Fällen, in denen Wettbewerbshilfe gegeben werden konnte, teilweise die volle Wettbewerbshilfe bekommen

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

und teilweise eine partielle Wettbewerbshilfe bekommen, jedenfalls im Durchschnitt eine Wettbewerbshilfe, die bei etwa Zweidrittel lag. Für HDW war das immer eine wichtige Unterstützung, aber niemals die entscheidende.

Viel wichtiger für HDW und - ich behaupte - wichtiger auch für Lindenau, die Flensburger Schiffbauergesellschaft und andere ist unser **Bürgschaftsinstrumentarium**. Wir sind seit 1988 über eine Milliarde Obligo für Bürgschaften eingegangen - übrigens leider auch mit Verlusten, wie wir gerade im Fall Flander gemeinsam diskutiert haben. Das hat uns belastet. Das ist das wichtigste Instrumentarium und das ist zurzeit bedroht. Wir sind bereits tätig geworden, die Ministerpräsidentin und ich, auf verschiedenen Kanälen Richtung Bundesregierung in Richtung EU, das Bürgschaftsinstrumentarium nicht in der Weise anzutasten, dass es für die Werften de facto schwierig wird, von uns überhaupt vernünftige Bürgschaften zu erhalten. Darin sind wir uns hoffentlich alle einig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es bringt auch heute nichts, über die EU-Aktivitäten in Sachen Dumping weiter zu reden; die haben nämlich nicht das gebracht, was sie bringen sollten. Sie wissen, dass wir uns alle eingesetzt haben, aber ohne Erfolg. Darüber lange zu lamentieren, bringt nichts.

Es bringt etwas, darüber zu reden - nicht heute, aber im Hintergrund -, wie wir den **Marineschiffbau** bei HDW politisch unterstützen. Das tut man aber nicht durch solche Debatten hier, sondern das tut man, indem man Gespräche mit den Verantwortlichen in Berlin und anderswo führt. Auch das tun die Ministerpräsidentin, ich und andere.

Im Kern geht es um die Frage, wie wir jetzt den **Arbeitsplatzverlust** bei HDW so gering wie möglich halten können. Da geht die Aufforderung an die Geschäftsleitung von HDW, mit dem Betriebsrat zusammen Versuche zu machen, den Arbeitsplatzabbau zu begrenzen. Die Landesregierung - die Ministerprä-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

sidentin hat das sehr deutlich gesagt - hat dazu Angebote gemacht.

Erstens stehen wir bereit, wenn es gelingt, einen Handelsschiffbauauftrag hereinzuholen, der durch Wettbewerbshilfe förderfähig ist. Er müsste förderfähig sein. Es gibt bestimmte Aufträge, die förderfähig sind. Dafür haben wir übrigens auch Geld eingestellt, meine Damen und Herren von der Opposition.

Zweitens stehen wir bereit für das Bürgschaftsinstrumentarium.

Drittens stehen wir bereit über unsere Arbeitsmarktpolitik und andere Instrumente für neue **Arbeitszeit- und Arbeitsmarktmodelle**, die wir anwenden können. Aber die Hausaufgaben müssen bei HDW selbst gemacht werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich doch noch ein Wort zur **Wettbewerbshilfe** sagen! Herr Garg, Sie haben heute einen sehr sympathischen Schlipf um.

(Zurufe)

Sie haben nach den Zahlen gefragt. Ich habe sie verschiedentlich erläutert. Wir haben im Haushaltsentwurf 2003 neue Schiffbauhilfen eingestellt. Für die 8. Fortsetzung haben wir die Mittel erhöht, weil wir wussten, dass dort zusätzliche Aufträge anstanden. Für die 9. Fortsetzung haben wir 9 Millionen € zusätzlich eingestellt, mit denen wir eine Bundebranche decken und damit Aufträge bei Lindenau, der Flensburger Schiffbaugesellschaft und möglicherweise Peters finanzieren können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Im Kern streiten wir über die Frage, ob eine Wettbewerbshilfe von Schleswig-Holstein vollständig finanziert werden muss und vollständig finanziert werden kann. Wir haben diese Debatte hoch und runter geführt. Wir führen sie am Rand des für uns Erträglichen bei einer Haushaltsbelastung in der Weise, dass wir mehr als zwei Drittel der Landesmittel für die Wettbewerbshilfe zur Verfügung stellen. Diese Mittel sind höher als unsere Technologieförderung. Darüber haben wir diskutiert. Sie sind höher als viele andere Mittel. Schauen Sie sich das bitte einmal an! Wenn Sie einen Vorschlag zur vollen Wettbewerbshilfe machen, frage ich Sie noch einmal: Ist das wirklich das Entscheidende für HDW? - Nein! - Werden daran Aufträge bei Lindenau scheitern? - Wir werden mit Herrn Lindenau darüber reden. Ich sage: Sie werden nicht scheitern.

Lassen Sie uns gemeinsam für das Bürgschaftsinstrumentarium kämpfen. Das ist im Moment das Gebot der Stunde. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Den Fraktionen steht die Hälfte der angemeldeten Redezeit zur Verfügung. Ich erteile Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede gesagt, dass Sie alles tun werden, um das Schicksal der 750 zu entlassenen Mitarbeiter bei HDW zu mildern. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das haben Sie auch bei anderen Unternehmen gesagt, die vor Problemen stehen oder standen.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Auch getan! MobilCom!)

Die Frage ist nur, warum Sie immer im Nachhinein zu solchen Aussagen kommen und nicht im Vorhinein mit den Unternehmen sprechen und sie fragen, wie sie sich die Entwicklung ihrer Arbeitnehmerschaft vorstellen.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Staatswirtschaft! - Weitere Zurufe von der SPD)

Zu HDW! Herr Burmester ist als knallharter Sanierer bekannt. Die 500 Millionen €, die abgezogen worden sind, sind auch keine neue Aussage, die Sie heute getroffen haben, Herr Hentschel. Auch das ist bekannt.

Frau Ministerpräsidentin, ich frage Sie erstens: Ist Ihnen bekannt gewesen, dass Herr Burmester ein knallharter Sanierer ist?

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Zweitens: Wann haben Sie in den vier Monaten, in denen er HDW führt, mit ihm gesprochen?

Drittens: Haben Sie ihm gegenüber das Problem Erhalt der Arbeitsplätze angesprochen? Was hat er Ihnen geantwortet und welche Konsequenzen haben Sie aus der Antwort gezogen?

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Untersuchungsausschuss!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden über die Schleifspur sozialdemokratischer Industriepolitik der letzten 15 Jahre. Das ist ein bedeutendes Thema, das wir weiter werden vertiefen können, weil es dichte persönliche Beziehungsgeflechte gibt, die auch anderenorts, in anderen Ausschüssen zu besichtigen sind; beispielsweise hat es ja auch zwischen Herrn Frenzel und Herrn Gärtner ein enges Beziehungsgeflecht gegeben. Ich will das an dieser Stelle nicht vertiefen, denn wir wollen ja über die Zukunft der Werften reden.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gesagt, Sie wollten alles tun. Was bedeutet „alles“? - Das ist eine klassische Politikerwortschüssel, die aber leider nicht das Ganze umfasst, denn bei der Wettbewerbshilfe wollen Sie eben nicht alles. Sie wollen nicht die Hilfe gewähren, die alle anderen norddeutschen Küstenländer gewähren. Alle anderen norddeutschen Küstenländer gewähren die Hälfte der Komplementärmittel, die Sie den Werften hier in Schleswig-Holstein verweigern. An dieser Stelle versagt diese Landesregierung, weil sie einen einseitigen Wettbewerbsnachteil für die schleswig-holsteinischen Werften schafft.

(Beifall bei der CDU)

In Ihrer Regierungserklärung sagen Sie, wegen mangelnder Wettbewerbshilfe sei in Kiel noch kein Auftrag verloren gegangen. Was heißt das für die Zukunft? Für die Zukunft ist dadurch nichts gesichert. Wenn Sie sich weiter so verhalten, wie Sie sich bisher verhalten haben, ist die nächste Katastrophe in Kiel vorgezeichnet. Das wissen Sie auch. Dies muss in aller Offenheit klar ausgesprochen werden. Deshalb müssen Sie sich hier der Frage stellen, ob Sie endlich **die volle Wettbewerbshilfe** bewilligen und diese auch für die Zukunft sicherstellen werden. Daran führt kein Weg vorbei. Es ist für den Wirtschaftsstandort Kiel und für die gesamte Region von entscheidender Zukunftsbedeutung, ob Sie hier den Ernst der Stunde erkennen. Es geht nicht um Besserwissererei. Es geht um die Gleichbehandlung aller norddeutschen - und damit auch der schleswig-holsteinischen - Werften und um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit einschließlich der jetzt noch vorhandenen Arbeitsplätze in diesem Segment.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort und weise erneut darauf hin, dass wir damit eine weitere Diskussionsrunde eröffnen. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort!

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Abgeordneten gegenüber, was die Rechte von Abgeordneten und die Wahrnehmung dieser Rechte anbetrifft, von einer Schaffsgeduld gezeichnet. Wenn aber zwei Abgeordnete, die mir schon einmal an anderer Stelle drei Tote in die Schuhe schieben wollten, hier anfangen zu diskutieren und wenn sie zum Schaden der Werft, im Wissen, was heute über staatsanwaltschaftliche Untersuchungen über die Jahre 1990, 1991 und 1992 in der Zeitung steht, sagen, die Werft wurde, wissend, was wir tun, verkauft, nur um einem Freund, Herrn Neuber, oder einem anderen Freund, Herrn Frenzel, einen Gefallen zu tun, dann ist das eine Unverschämtheit, mein lieber Herr Kubicki!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade nicht wissend, was zu tun ist!)

Dass Sie so denken und auch den Mut haben, dies hier zu sagen, beweist, dass ich mir das, was Sie im Ältestenrat darüber gesagt haben, wie Leid es Ihnen mit den drei Toten tut, in die Haare schmieren kann. Das tut Ihnen überhaupt nicht Leid!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich bitte, dass Sie das zurücknehmen!)

Das ist dasselbe, was Sie schon einmal mit mir angefangen haben. Sie sind ehrabschneiderisch in Ihrer Diskussion!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie tun dies in dem Wissen, dass das, was Sie hier sagen, falsch ist. Ich habe Ihnen von dieser Stelle aus mindestens viermal erklärt, wie es gelaufen ist. Warum mussten wir die Anteile, die wir an der Werft gehabt haben, an Preussag verkaufen? Wir mussten dies, weil irgendein Vorvorgänger von mir Andienungsrechte zum Verkehrswert unterschrieben hat. Das war der Untergang der Werft. Dass wir überhaupt noch Geld dafür bekommen haben, ist das reinste Wunder, denn der Werft ging es damals, als wir sie verkauft haben, nicht so glänzend, als dass man dafür auf dem Markt hätte richtig Geld bekommen können. Ich erkläre Ihnen dies nun zum vierten oder fünften Mal.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Warum haben wir uns gegen diesen **Wohnungsverkauf** nicht wehren können? Auch das habe Ihnen vier- oder fünfmal erzählt. Dies war so, weil die Pensionsrückstellungskasse von der Geschäftsleitung der Werft benutzt worden war, um Löcher zu stopfen. Die Arbeitnehmer hätten ihre erworbenen Rechte an der Betriebsrente nicht mehr geltend machen können. Deshalb sind die Wohnungen von einem Vorgänger von mir gegenüber der Werft verpfändet worden, um diese Anteile zu sichern. Wir konnten gar nicht anders. Ich gebe Ihnen Recht, es gibt ein Versprechen, dass diese Wohnungen nicht zu schnell und nicht unter Wert verkauft werden sollten. Ich habe dieses persönliche mündliche Versprechen nicht einfordern können, weil rechtlich nichts da war. Das erzähle ich Ihnen nun zum hundertsten Mal.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nichts anderes sage ich!)

Das nächste Mal werden Sie wieder hingehen und sagen, ich hätte mit von der Staatsanwaltschaft verfolgten Menschen Sonderrechte oder Freundschaftsdienste machen wollen. Dazu gehört schon etwas.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun zur Frage, ob ich jeden Tag in Schleswig-Holsteins Betrieben anrufe und frage, wie es ihnen geht und ob sie nicht ein bisschen Staatshilfe brauchen. Was haben Sie für eine Vorstellung von Privatunternehmen? Diese rufen uns an, wenn es ihnen nicht gut geht. Ich rufe aber sie nicht an, um zu fragen, ob es ihnen gut geht. Die werden ja wahnsinnig, wenn ich das jeden Tag machte. Auch ich würde wahnsinnig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass das Vertrauensverhältnis der schleswig-holsteinischen Firmen zu der Landesregierung und ihrem Parlament so ist, dass sie sich allein melden, wenn sie Schwierigkeiten haben. Wer bei denen Vorstandsvorsitzender wird, ein knallharter Sanierer oder ein anderer, der - wie Vorgänger auch - falsche Entscheidungen trifft, fällt nicht in meine Zuständigkeit. Im Übrigen ist nichts gegen einen knallharten Sanierer zu sagen. Man erwartet in einem Unternehmen eigentlich, dass so jemand auch Sanierungsfragen mit lösen kann. Was haben Sie für eine Vorstellung von privater Wirtschaft!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür werden diese leitenden Menschen weiß Gott gut bezahlt, selbst wenn sie nicht gut sind und mit

60 Millionen DM abgefunden werden. Sagen Sie nun bloß nicht, da sei auch jemand von Zwickel dabei. Jawohl, das weiß ich. Ich halte es trotzdem für falsch, dass man jemandem, den man abserviert, den Abgang noch mit 60 Millionen DM versüßt.

(Beifall bei der SPD)

Wer mit solchen Gehältern rechnen kann und obendrein solche Abfindungen bekommt, von dem erwarte ich, dass er seinen Job macht. Verdammt und zugehängt, dafür wurde er eingestellt. Ich weiß nicht, warum Sie hier Krokodilstränen vergießen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Auf § 58 der Geschäftsordnung habe ich hingewiesen. Ich erteile Frau Abgeordneter Monika Heinold das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich ziehe zurück!)

Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist das Gute an einer parlamentarischen Demokratie, dass die Sozialdemokraten nicht beschließen können, dass das Rederecht der Abgeordneten hier im Hause untersagt wird.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wie sehr müssen Sie mit dem Rücken an der Wand stehen, dass Sie glauben, zum Mittel der Unwahrheit greifen zu dürfen. Es ist die Unwahrheit, dass ich Sie jemals mit dem Tod von irgendwelchen Persönlichkeiten in Verbindung gebracht habe. Das ist die Unwahrheit! Ich bitte Sie, dass Sie dies hier klarstellen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sie gar nicht gesagt!)

- Herr Kollege Matthiessen, sie hat in meine Richtung gewandt erklärt, - -

(Holger Astrup [SPD]: Weil Sie immer am lautesten sind!)

- Das mag sein, Herr Kollege Astrup, aber es gibt eine

(Wolfgang Kubicki)

Grenzüberschreitung, die man beachten sollte. Darauf lege ich in besonderer Weise Wert.

(Unruhe - Beifall bei der FDP)

Sie haben aus einer Ältestenratssitzung zitiert. Ich habe Sie noch nie in meinem Leben an einer Sitzung des Ältestenrats teilnehmen sehen. Wir haben es auch im Untersuchungsausschuss erlebt, dass Sie aus Sitzungen berichten, an denen Sie nicht teilgenommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte Sie persönlich, es nicht nur einfach zur Kenntnis zu nehmen, sondern es auch klarzustellen: Ich habe Sie nie mit dem Tod von Menschen in Verbindung gebracht. Das werde ich auch nicht tun. Möglicherweise verwechseln Sie mich mit irgendjemandem. Da wir eine Debatte dieser Art möglicherweise in absehbarer Zeit bald wieder führen werden, möchte ich den Wirtschaftsminister des Landes bitten, der Öffentlichkeit und den HDW-Mitarbeitern gegenüber klar zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen: Wie lange glauben Sie, dass nach der Übernahme der HDW durch OEP der technologische Vorsprung im Unterwasserschiffbau der yellow-submarine-ships gegenüber den Amerikanern erhalten bleiben wird? Glauben Sie, dass die Kapazitäten, über die die HDW jetzt noch verfügt, in fünf Jahren von den Amerikanern in gleicher Weise errichtet werden, womit die entsprechenden Vorteile auf dem Weltmarkt verbunden wären?

Wenn Sie meinen, das Überleben von HDW hänge davon ab, dass wir die grauen Schiffe bauen können, dann müssen Sie schon erklären, wo der Markt für die grauen Schiffe sein soll. Da ich gelesen habe, dass die Bundeswehr weitere Etatkürzungen wird hinnehmen müssen und somit die Beschaffungsprogramme der Marine in entsprechender Weise gestreckt werden, erklären Sie mir und den HDW-Mitarbeitern, woher ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister dieses Landes glaubt, Aufträge bekommen zu können. Ist das eine Andeutung der Veränderung der Rüstungsexportpolitik? Heißt das jetzt, dass demnächst das, was bisher untersagt war, in allen NATO-Ländern Schiffe zu akquirieren und zu liefern, möglich ist? Darauf muss man jetzt eine Antwort erhalten, sonst sind die Sätze, die Sie gesagt haben, Sätze in den leeren Raum hinein. Ich bitte Sie heute hier um eine Antwort, ob und wie Sie glauben, dass der Bau von grauen Schiffen auf HDW und damit der Wertstandort Kiel insgesamt über die Jahre 2005, 2006 und 2007 hinaus gesichert werden kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin! Sie haben sich darüber beklagt, dass Sie zum hundertsten Mal hier etwas erzählen müssen. Sie hätten das nicht tun müssen, wenn Sie sich nicht darauf beschränkt hätten, heute hier artig eine geschriebene Rede vorzulesen, sondern wenn Sie das getan hätten, was auf der Tagesordnung dieser Landtagssitzung steht: eine Regierungserklärung abzugeben, eine Erklärung also über die Politik, die Sie zu machen gedenken. Aber das haben Sie nicht getan. Sie haben sich darauf beschränkt, Watschen zu verteilen an alle Möglichen, an EU, an Bund, an Unternehmer, an wen auch immer. Nur, Ihre Politik haben Sie nicht formuliert, die Politik, die Sie machen wollen, an der Sie mitwirken wollen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Rohwer hat ja einen einleitenden Versuch gemacht, für den ich dankbar bin. Vielleicht kriegen wir das ja noch mal hin. Was dient jetzt den Menschen, was dient den Unternehmen, die davon betroffen sind, und was dient damit unserem Land insgesamt? Sind wir uns nicht einig darin, dass die Ursache des ganzen Dilemmas in der Schiffbauindustrie insgesamt im Wesentlichen darin liegt, dass einige Länder mit deutlich überzogenen staatlichen Subventionen - Südkorea ist eines der wichtigsten - uns in diese Situation treiben? Wenn wir uns in dieser Frage einig sind, frage ich mich, warum wir nicht in der Lage sein sollen, gemeinsam auch einmal die Europäische Kommission aufzufordern, und noch besser ist es, wenn wir in Schleswig-Holstein es nicht allein tun, sondern es gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern, mit Hamburg, mit anderen norddeutschen Ländern, die alle unter dem gleichen Problem leiden, energisch tun.

(Zurufe von der SPD - Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie das alles schon getan haben, dann frage ich mich, warum wir heute eine Regierungserklärung zu diesem Thema hören, wo doch das alles nicht erforderlich ist,

(Beifall bei der CDU)

dass wir die EU auffordern, endlich einmal eine **gesamteuropäische Strategie** zur Abwehr dieser Dinge zu entwickeln. Sie haben einen Antrag formuliert, in einigen Teilen etwas verbesserungsfähig, aber im Prinzip stimmen wir dem Antrag zu, dass wir die

(Rainer Wiegard)

Fortsetzung der **Landesbürgschaften** wollen und dass wir die EU auffordern, dies in ein gesamteuropäisches Konzept einzubinden. Also könnten wir dem auch gemeinsam auf allen Seiten des Hauses zustimmen.

Wir sind uns auch einig, dass wir die Bundesregierung auffordern wollen, die **Wettbewerbshilfe** fortzusetzen, und dass wir sie auf einem höheren Niveau fortsetzen wollen, so wie wir es bereits einmal hatten, nach Möglichkeit mit 50-prozentiger Förderung.

Wenn wir uns darüber einig sind, frage ich Sie: Warum eigentlich wollen wir das heute hier nicht so beschließen, wie es in dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP steht?

Die Ministerpräsidentin hat - es hat mich etwas gewundert, aber wir haben das alles ja mit Sorgfalt gelesen - ausgeführt, dass sie sich für flexible Tariflösungen einsetzen wolle und diese unterstützen wolle. Sie hat zwar nicht gesagt, wie sie sicherstellt, dass die angekündigten Maßnahmen in sozial verträglicher Form umgesetzt werden. Aber sie hat eine Aussage in diese Richtung gemacht. Können wir das dann nicht gemeinsam tragen, wenn doch alle Seiten dies angeblich so wollen? Dann bleibt schließlich die Frage, inwieweit das Land in eigener Verantwortung den eigenen schleswig-holsteinischen Anteil hinzufügt, um die Wettbewerbshilfe mit den erforderlichen Mitteln auszufüttern. Herr Rohwer hat eben gesagt, die Mittel stünden bereit oder die Landesregierung sei bereit, das Notwendige zu tun. Ich habe gelesen, dass er vor einigen Tagen gesagt hat, er würde das gern tun, aber er habe dafür gar keine Mittel im Haushalt. Wir sind gern bereit, Ihnen dazu zu verhelfen, dass die notwendigen Mittel im Haushalt sind. Unsere Anträge haben Sie nur immer abgelehnt.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wenn wir in allen diesen fünf Punkten übereinstimmen, frage ich mich wirklich, warum Sie eigentlich diesen Antrag von CDU und FDP ablehnen wollen. Das ist eine Frage, mit der Sie sich beschäftigen müssen. Ich schlage Ihnen vor, dass wir Ihrem Antrag, weil er ein Segment besonders betrachtet, zustimmen, auch wenn ich mit einem Halbsatz einige Schwierigkeiten habe.

Wir sind gern bereit, auch dem Antrag der FDP, der sich wieder nur mit einem Teilsegment beschäftigt, zuzustimmen. Aber lassen Sie uns das bitte alles gemeinsam bündeln, was in den fünf Punkten enthalten ist. Denn sonst haben wir wirklich nur eine sektorale und keine ganzheitliche Betrachtung dieser Aufgaben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Greve.

Uwe Greve [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte, die wir in Bezug auf die Howaldt AG führen, braucht noch eine Dimension, die auf das Gesamte schaut.

(Holger Astrup [SPD]: Dazu sind Sie ja da!)

Die Situation bei Howaldt ist ja nur ein Symptom für die dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt insgesamt. Und wir dürfen nicht vergessen, dass der Einfluss, den die Politik auf Konzerne entwickeln kann, immer begrenzt war und auch heute begrenzt ist.

(Holger Astrup [SPD]: Sie haben gerade das Gegenteil erzählt!)

Aber - und jetzt kommt das Entscheidende - zur gleichen Zeit, wo wir hier über 750 Arbeitsplätze von Howaldt mit Recht und interessant diskutieren, gibt es Dutzende von **Insolvenzen**, die nicht nur 750, sondern wahrscheinlich 1.500 Arbeitsplätze in diesen Tagen kosten werden. Deshalb ist es wichtig, auch darüber zu reden: Wie können wir denn diese Entwicklung bremsen? Welche Einflussmöglichkeiten hat der Landtag auf diese Entwicklung?

Die dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt kann nur entschärft werden, wenn endlich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so entwickelt werden, wie sie sein müssten. Wir brauchen dringend eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts.

(Holger Astrup [SPD]: Ja!)

Wir brauchen dringend die Abschaffung der Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen. Wir brauchen dringend die steuerliche Begünstigung nicht entnommener Gewinne. Wir brauchen dringend den Abbau der von den staatlichen Organen aufgehäuften bürokratischen Lasten, die ungeheure Belastungen darstellen. Wir brauchen dringend eine Stärkung der Eigenkapitaldecke der mittelständischen Unternehmen. Wir brauchen ebenso dringend die Verbesserung des Unternehmensbildes in der Öffentlichkeit, dass Unternehmer nicht mehr als Strolche in den Medien auftauchen, sondern auch einmal wieder als das, was sie sind, nämlich die Pferde, die den Karren der Marktwirtschaft ziehen. Wir brauchen die verstärkte Ausrichtung von Wirtschaftsstudiengängen auf zukünftige Selbstständigkeit. Wir brauchen eine von Banken und Wirtschaftsverbänden getragene Existenzgrün-

(Uwe Greve)

dungsoffensive. Wir brauchen eine Aufwertung und Neubelebung des technischen Erfindergeistes. Wir brauchen eine steuerliche Vergünstigung für Einkünfte aus Patenten. Wir müssen für die Bereitschaft sorgen, den Begriff der Elite auch in der Wirtschaft wieder positiv zu sehen.

(Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

Diese Felder müssen wir endlich einmal ins Auge fassen.

Sehr verehrte Damen und Herren, Howaldt ist ein Symptom, und wenn wir das Ganze nicht aufgreifen - ich habe Ihnen nur zehn Punkte genannt, die geändert werden müssen -, wird sich in unserem Lande nichts ändern. Darauf wollte ich hier noch aufmerksam machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich das Wort dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Beitrag von Minister Rohwer hatte ich den Eindruck, dass wir vielleicht auf dem richtigen Wege sein könnten.

(Lachen und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Beifall bei dem Beitrag von Frau Simonis - der war entlarvend - hat gezeigt, dass es Ihnen eben nicht um die Sache ging, sondern um Befindlichkeiten. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Was für ein Bild geben wir eigentlich gegenüber den Betroffenen, den Mitarbeitern von HDW und vor allen Dingen den Werften ab?

(Holger Astrup [SPD]: Wenn Sie mit „wir“ die CDU meinen, haben Sie Recht!)

- Und auch insbesondere Ihr Verhalten, Herr Astrup. Deswegen schlage ich noch einmal vor: Lasst uns endlich zur Sache kommen. Wir sind bereit, in der Sache zu diskutieren. Wir wollen auch gar nicht die gute Absicht der Landesregierung bestreiten.

(Holger Astrup [SPD]: Den ganzen Vormittag lang!)

Hier ist nicht gesagt worden, in welcher Form konkrete Hilfen möglich sein sollen. Deswegen gibt es zwei, drei Dinge, die unabdingbar sind.

Erstens. Wenn wir wirklich Hilfe wollen, dann muss über alle drei Anträge in gleicher Form abgestimmt werden.

Zweitens. Hier muss klar gesagt werden, in welchem Umfang die Landesregierung bereit ist, sowohl bei der 9/5/7er-Regelung, das heißt bei der normalen Wettbewerbshilfe, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, das heißt zumindest an die Förderung der anderen Bundesländer anzupassen, und auch in welchem Umfang für die temporären Schutzmaßnahmen Mittel zur Verfügung stehen. Herr Minister, es ist nämlich nicht richtig, dass die erforderlichen Mittel im Haushalt vorhanden wären. Da müssen wir in der Tat nacharbeiten. Wenn wir das gemeinsam tun, ist das die zweite wichtige Botschaft, dass es uns um die Werften geht, dass es uns um die Arbeitsplätze geht, dass es uns darum geht, möglichst viele Arbeitsplätze für Mitarbeiter hier im Land zu erhalten.

Dritter Punkt. Wir haben im Zusammenhang mit der Landesbank doch bald einen Nachtragshaushalt. Lassen Sie uns doch - verdammt noch mal - die entsprechenden Mittel da hineinpacken. Dann haben wir eine Lösung, die wir gemeinsam tragen können. Alles andere, alle weiteren Diskussionen helfen uns an dieser Stelle überhaupt nicht weiter. Vor allem verwässern Sie die gute Absicht, die ich niemandem absprechen will, wenn wir in der Form, in der wir bisher diskutiert haben, weiter diskutieren. Das ist immer flacher geworden. Das ist immer unsachlicher geworden. Es hilft im Ergebnis nichts.

Zum letzten. Wir als Politiker werden nur für die Rahmenbedingungen verantwortlich gemacht.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Lösung des Problems müssen Vorstand und Betriebsrat allein finden. Da kann man moderierend tätig sein. Auch das ist Aufgabe von Politik. Sich aber hier hinzustellen und zu sagen: „Wir finden die Lösung“ ist vermessen. Das hilft den Betroffenen überhaupt nicht. Deswegen mein Appell: Lasst uns die Sache jetzt endlich gemeinsam anpacken. Das dient der Sache. Das hilft uns allen, auch dem Ansehen des Parlaments.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank, Herr Kayenburg, dass Sie die Diskussion zurück zur Sache geführt haben. Ich fand, das war sehr gut nach dem, was vorher gesagt worden ist. Das hatte mich etwas bedrückt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Meinst du die CDU?)

Ich möchte zu Herrn Greve Folgendes anmerken.

(Zuruf von der SPD: Das muss doch nicht sein!)

Ihr Beitrag war auch deshalb daneben, da es sich bei HDW eben nicht um die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise handelt, sondern um ein Unternehmen, das für die nächsten Jahre Milliardenaufträge hat, und um ein Unternehmen, das in der Substanz kerngesund ist, das aber ein Managementproblem hat, das gelöst werden muss. Wir werden sicherlich unseren Teil dazu tun, zu helfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch wenn wir an den Entscheidungen damals im Parlament nicht beteiligt waren, weil wir noch nicht im Parlament waren, müssen wir uns selbstkritisch fragen - wie ich finde -, ob Fehler gemacht worden sind. Das ist völlig korrekt. Das müssen wir immer. Das ist richtig.

Wir müssen aber auch nach vorn gucken. Das, was die Bundesregierung heute gesagt hat, ist etwas, was auch in Richtung HDW geht. Wir müssen nämlich darüber nachdenken, ob wir bei Verkäufen von Firmen an Firmen mit ausländischer Mehrheit darauf achten müssen, dass das Know-how gesichert wird, gerade in kritischen Bereichen, wie wir sie bei HDW im U-Boot-Bau haben. Wir wissen, dass die Amerikaner zurzeit gern das gesamte Rüstungs-Know-how der Welt aufkaufen wollen. Das sind Punkte, über die man ernsthaft nachdenken muss und bei denen wir tatsächlich industriepolitische Konsequenzen ziehen müssen. Wir müssen gegebenenfalls sagen, dass es in diesem Bereich durchaus eine Verantwortung des Staates gibt, über die wir nachdenken müssen. Da stimme ich mit Ihnen überein. Ich bin zu solcher Selbstkritik durchaus fähig. Es hilft uns aber nichts, sich Entscheidungen um die Köpfe zu werfen, die 15 Jahre alt sind, und so zu tun, als hätte man vielleicht anders entschieden, wenn man im Parlament gewesen wäre.

Nächster Punkt. Herr Kayenburg, ich möchte zu der Frage, über die wir vorhin diskutiert haben, auf Folgendes hinweisen. Die Mitarbeiter von HDW haben über 600.000 Stunden kostenlos gearbeitet. Das hat nichts mit den Gleitkonten zu tun, von denen Sie vorhin geredet haben.

(Holger Astrup [SPD]: Zusätzlich!)

Ich habe mich vorhin extra noch einmal beim Betriebsrat erkundigt. Sie haben auf die Entlohnung von 600.000 Arbeitsstunden verzichtet, um an der Sanierung mitzuwirken. Das ist ein enormer Beitrag der Arbeitnehmer, der geleistet worden ist,

(Beifall im ganzen Haus)

während ein Teil der Manager, die diese Verträge gemacht und dafür kassiert haben, mittlerweile gar nicht mehr da ist.

Nächster Punkt: Technologie. Damals ist HDW verkauft worden. Damit ist die TSH gegründet worden. Ich glaube, es war eine ausgesprochen wichtige Entscheidung. Wir haben nämlich mittlerweile in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren zehntausende neue Arbeitsplätze in Technologiebetrieben gewonnen. Das ist der größte Zugewinn und der größte Schatz für die Zukunft Schleswig-Holsteins. Dazu haben TSH und andere Instrumentarien einen wichtigen Beitrag geleistet. Es ist richtig, diesen Weg zu bestreiten, nämlich einerseits die bestehenden Strukturen, den industriellen Kern - wie HDW - zu verteidigen und zu unterstützen, andererseits aber auch Neues aufzubauen. Dafür müssen wir neue Instrumentarien einsetzen. Das ist Aufgabe der Landesregierung. Das war richtig so. Dazu müssen wir auch im Nachhinein stehen, auch, wenn es einmal Schwierigkeiten gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Ball aufnehmen, den Kollege Kayenburg wieder ins Spielfeld gebracht hat, und möchte zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion Folgendes feststellen. Wir haben nach Beratung in den Fraktionen zur Kenntnis genommen, dass sich der erste Teil des CDU-Antrags mit dem deckt, was wir selbst denken und fordern. Deshalb werden wir, nachdem wir, Herr Präsident, anders als vorhin beantragt, meinen, dass

(Holger Astrup)

über alle drei Anträge abgestimmt werden sollte, beantragen, über den CDU-Antrag abschnittsweise abzustimmen. Wir möchten dem ersten Abschnitt zustimmen.

Den zweiten Abschnitt lehnen wir deshalb ab, Herr Kollege Wiegard, weil nicht ganz richtig ist, was Sie hier - wie ich finde - etwas schlank formuliert haben: eigene landespolitische Verantwortung, sich für flexible Tarifrösungen einzusetzen, die es Unternehmen erlauben, einen weiteren Arbeitsplatzabbau zu vermeiden. - Nein, das ist Sache von Vorstand und Arbeitnehmervertretung,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

das ist nicht Sache der Landesregierung und nicht Sache dieses Parlamentes. Ich habe die berechtigte Hoffnung, dass sich das dann auch durchsetzen wird.

Frau Simonis, Herr Kollege Eichelberg, ich habe mir das mit Ihren Halbwahrheiten ja gedacht. Ich habe das zufälligerweise mit. Deshalb lese ich es einmal vor:

„Sie appelliert an Vorstand und Belegschaft, zum Beispiel durch Einigung über flexible Arbeitszeitmodelle weniger Arbeitsplätze abzubauen als jetzt angekündigt.“

Sie appelliert doch nicht an den Landtag oder an die Regierung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bitte ein bisschen Genauigkeit! Deshalb lehnen wir ab. Das bleibt auch so.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war ein bisschen durcheinander!)

Zweiter Punkt. Herr Kollege Kayenburg, gestatten Sie mir im Nachgang zu dieser Debatte, bei der ich mich manchmal in der Tat gefragt habe, was diejenigen denken mögen, die es betrifft, Folgendes zu sagen. Ich finde es nicht richtig - das will ich ganz zurückhaltend und ganz persönlich formulieren -, ein Viertel der Fraktion hier reden zu lassen in der Art, in der geredet wurde. Ich stelle fest, dass von der Seite des Hauses, auf der ich sitze, drei oder vier Abgeordnete Erklärungen abgegeben haben und sich ansonsten niemand beteiligt hat, der nicht auf das reagiert hat - das war beispielsweise Frau Kähler -, was hier in den Raum gestellt worden ist. Ich finde richtig, was Sie am Ende gesagt haben: Man sollte sich den Dingen wieder widmen, um die es geht. Möglicherweise kann man das auch durchgängig machen und damit nicht nur anfangen, sondern es auch zu Ende führen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Schreiben Sie sich das selbst ins Stammbuch!)

Das wäre etwas Neues. Ich fände es angemessen, den Problemen, über die wir reden, so zu begegnen, anstatt sich hier mit Schlagworten oder Globalisierungsdiskussionen weitab vom Thema der einfachen Diskussion zu erfreuen. Ich halte das nicht für angemessen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Letzte Bemerkung. Herr Kollege Kayenburg, zur 9/5/7er-Regelung hat der Minister Rohwer alles gesagt. Ich weiß nicht, warum man es noch einmal aufwärmen soll und gleichzeitig dem widerspricht, was man gesagt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das kann ich nur zurückgeben, Herr Kollege! Weil Sie da nicht nachlesen!)

Das finde ich nicht redlich. Im Interesse der Betroffenen sollte man es vielleicht einmal ändern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, Sie haben das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung, oder?

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident, es ist kein Kurzbeitrag, sondern ein Hinweis auf unseren Antrag. Man kann das natürlich so deuten, wie es Kollege Astrup getan hat. Es war so zu verstehen, wie die Frau Ministerpräsidentin es formuliert hatte.

(Holger Astrup [SPD]: Dann müssen Sie es auch so schreiben!)

- Herr Astrup, lassen Sie doch jetzt den Streit!

Gleichwohl sind wir bereit, den Spiegelstrich zu streichen. Der Antrag würde dann mit dem vierten Spiegelstrich enden, in dem es um die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein geht.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Antragsteller sind sich einig. Der Antrag liegt also ohne den letzten Spiegelstrich vor.

Ich schließe die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein. Ausschussüberweisung ist nicht beantragt.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich muss zunächst einmal die FDP-Fraktion fragen, ob der Ursprungsantrag der FDP aufrechterhalten oder zurückgezogen wird. Ich interpretiere ihn als in dem neuen Antrag aufgegangen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Der Ursprungsantrag hat sich erledigt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann erkläre ich Folgendes: Punkt a) ist durch die Abgabe der Regierungserklärung erledigt. Uns liegen zwei Anträge zur Abstimmung vor. Zum einen ist es der gemeinsame Antrag von CDU und FDP ohne den letzten Spiegelstrich, der zurückgezogen wurde. Es ist zweitens der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Alternativ ist nicht abzustimmen. Also muss nacheinander in der Sache abgestimmt werden. – Herr Kollege Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Ich hatte beantragt, über die ersten drei Spiegelstriche des CDU/FDP-Antrags gesondert abzustimmen. Herr Kollege Kayenburg hat das um einen vierten Spiegelstrich ergänzt, den wir nicht mittragen können. Deshalb halte ich meinen Antrag aufrecht, über die ersten drei Spiegelstriche jetzt gesondert abzustimmen.

(Heinz Maurus [CDU]: Das heißt, die Werf-
tenhilfe wird nicht ausgeschöpft!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann werde ich jetzt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP minus den letzten Spiegelstrich abschnittsweise zur Abstimmung stellen. Der erste Komplex ist „gemeinsam mit den norddeutschen Ländern“, Komplex 2 ist „sowie in eigener landespolitischer Verantwortung“. Wer im Antrag der beiden Fraktionen dem ersten Komplex, „gemeinsam mit den norddeutschen Ländern“, den drei Spiegelstrichen, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann haben wir diesen Teil einstimmig angenommen.

Wer dem letzten Komplex, „sowie in eigener landespolitischer Verantwortung“, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Teil mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt. Wir haben diesen Antrag im ersten Komplex in diesem Haus einstimmig beschlossen.

Ich stelle jetzt den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2434, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Stimmen aus der CDU

(Holger Astrup [SPD]: Drei Stimmen aus der CDU, Herr Präsident!)

bei Enthaltung der FDP und weitgehender Enthaltung der CDU-Fraktion so angenommen. Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so verfahren.

Ich erteile jetzt der Frau Ministerpräsidentin zu einer persönlichen Stellungnahme das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, dass sich der Abgeordnete Kubicki nie an der Diskussion über die Toten im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss beteiligt hat. Sollte ich mich an dieser Stelle falsch ausgedrückt haben, bitte ich um Entschuldigung.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich bedanke mich!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt endgültig abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Fahrradverkehr und -tourismus in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2049

Antwort der Landesregierung

Drucksache 15/2400

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage das Wort dem Herrn Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn es schwer fällt, sich jetzt umzustellen, schlage

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

ich vor, dass wir uns jetzt einem zweiten für Schleswig-Holstein ganz wichtigen Thema widmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine der größten deutschen Zeitschriften für Radfahrbegeisterte, „aktiv Radfahren“, präsentiert auf ihrer Homepage das nordfriesische Insel-Hopping mit dem Rad als ein herausragendes Urlaubserlebnis. 261 Kilometer ist die vorgesehene Route lang. Ich zitiere:

„Dank zahlreicher Fährverbindungen lassen sich die beliebten Urlaubsinseln auf einer großartigen Rundfahrt mit dem Fahrrad erkunden. Auf fast allen Inseln gibt es ausgeschilderte Radwanderwege.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Neben den Angeboten von Teneriffa und Gran Canaria wird auch der Ochsenweg von Flensburg bis Wedel als beliebtester Radfernweg Norddeutschlands gepriesen.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat wahrlich keinen Grund, sich mit seinen Angeboten für Radfahrer zu verstecken.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Im Gegenteil, Schleswig-Holstein nimmt unter den Flächenländern bei der **Ausstattung der Bundes- und Landesstraßen mit Radwegen** den ersten Platz in Deutschland ein, bei den Kreisstraßen sind wir hinter Niedersachsen auf Rang zwei. An unseren Landesstraßen sind mehr Radwegkilometer vorhanden als in Baden-Württemberg und Hessen zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insgesamt können die Radler bei uns auf 15.500 Kilometer Strecke sicher mit dem Rad fahren.

Die Förderung des Radverkehrs bleibt dennoch ein wichtiges Anliegen und ein vorrangiges Ziel der Verkehrspolitik. Ich freue mich, dass die Große Anfrage Gelegenheit gegeben hat, darauf hinzuweisen und eine ganze Reihe von, glaube ich, so nicht bekannten Fakten noch einmal aufzubereiten.

Das **Programm „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“** von 1998 dient den Zielen, die Nutzung des Fahrrads im Alltags- und Freizeitverkehr zu steigern, die verkehrsbedingten Umweltbelastungen zu reduzieren, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und eine Mobilität für alle zu gewährleisten. Das Pro-

gramm hat bewährte Ansätze aufgegriffen und Aktivitäten weiter entwickelt. Vor allem die Fahrradpolitik in den Städten erhielt eine neue Dynamik. So wurden in den vergangenen zehn Jahren, wie in dem Bericht aufgezeigt wird, Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 4,3 Millionen € für den Radwegebau gewährt, bei einer Förderquote zwischen 50 und 75 %. Ob wir das künftig noch in dieser Höhe können, wird sich allerdings noch zeigen.

Bei der **Beurteilung der Dringlichkeit** legt das Verkehrsministerium ein einheitliches Beurteilungsschema zugrunde. Verkehrliche, strukturelle und ökologische Kriterien werden beachtet. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Verständnis, wenn nicht alle Ihre Wünsche aus den Wahlkreisen mit der gleichen Priorität erfüllt werden können. Wir halten uns hier an sachliche, nachvollziehbare Kriterien.

Insbesondere auch die **Verkehrssicherheit** der Radfahrerinnen und Radfahrer spielt eine große Rolle. Auch wenn die Zahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Radfahrern von 1990 bis 2001 um rund 24 %, bei Kindern sogar um 28 % abgenommen hat,

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bleibt es ohne Frage das Ziel, diese Unfallzahlen weiter zu senken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Zahl ist immer noch zu hoch. Deshalb haben wir mit den Partnern der Verkehrssicherheitsarbeit mehrere Aktionen gestartet. Die Kampagne „Sicher rollen, besser radeln“ wendet sich an **Kinder** in Kindergärten. Mithilfe des Programms werden die motorischen Fähigkeiten der Kinder verbessert, um eine gute Beherrschung des Fahrrades zu erreichen. Darüber hinaus wurden mit finanzieller Beteiligung des Landes, mit rund 16.000 €, 115 Fahrräder für Grundschulen angeschafft. Auch hier ist es unser Ziel, dass Kinder in den Schulen rechtzeitig üben können. Das ist die wichtigste Vorsorgemaßnahme gegen Unfälle bei jugendlichen Radfahrerinnen und Radfahrern.

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, hier auf einige wenige Punkte hinzuweisen. Ich bin sicher, dass im Ausschuss noch Gelegenheit bestehen wird, einzelne Punkte nachzuarbeiten. Ich glaube, wir können mit Stolz sagen: Es ist viel in Schleswig-Holstein passiert. Wir sind das **Fahrradland** in Deutschland!

(Holger Astrup [SPD]: Besser als die Bayern!)

Wir sind das Fahrradland, das in der Verbindung mit dem Tourismus enorme Chancen hat. Insofern freue

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

ich mich auch, wenn wir diesen Bereich im Rahmen der Tourismusförderung künftig verstärkt fördern können. Ich glaube, wir sind hier auf einem guten Weg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, dass auch ich sehr froh bin, dass wir diese Anfrage gestellt haben. Es ist selten, dass man in einem Politikbereich zu arbeiten beginnt und bereits nach wenigen Jahren feststellen kann, dass man sichtbare Erfolge erreicht, die sich in Zahlen niederschlagen.

(Holger Astrup [SPD]: Das war auch schon vorher so!)

Das Ziel unserer Initiative, die wir vor sieben Jahren begonnen haben, die dann auch Hintergrund des Fahrradprogramms von 1998 war, war die **Umstellung der gesamten Fahrradverkehrsförderung** in Schleswig-Holstein. Bis dahin wurden nur Fahrradwege an Hauptstraßen gefördert. Jetzt werden alle Arten von Fahrradinfrastruktur, Fahrradstreifen, Wegerouten, Fahrradstraßen, Fahrradstationen und Fahrradbügel, gefördert. Damit wurde die Grundlage dafür geschaffen, was in den letzten Jahren passieren konnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Man muss allerdings auch sagen, die Fahrradpolitik hat nicht erst vor sechs Jahren begonnen, sondern schon Ende der 80er, Anfang der 90er-Jahre. Sie hat in den Städten und in den Ortschaften in Schleswig-Holstein zunehmend an Attraktivität gewonnen. Wenn ich die Stadt Kiel betrachte, muss ich feststellen, dass in den letzten 15 Jahren der Anteil des Fahrrades am Verkehr von 7 % auf 16 % gesteigert werden konnte. Diese Zahl bezieht sich auf alle Verkehrswege. Wenn man die Fußwege herausrechnet, die auch noch einmal 25 % ausmachen, sind es sogar 21 %. Das ist mehr als der gesamte öffentliche Nahverkehr. Das heißt, das **Fahrrad** ist nach dem Auto **das wichtigste Verkehrsmittel in den Städten**. In

den kleinen Städten ist es sogar noch bedeutsamer. Das Fahrrad spart ungeheuer Geld für die öffentlichen Kassen. Denn ein Fahrradfahrer kostet pro Kilometer nur 1 Cent, während ein Autofahrer die öffentliche Staatskasse zwischen 10 und 20 Cent kostet. Das sind enorme Unterschiede. Das bedeutet, Fahrradwege sorgen dafür, dass Städte attraktiv sind, dass Menschen in der Stadt bleiben und nicht aus der Stadt rausziehen und dass die öffentlichen Kassen Geld sparen, weil sie nicht mehr Straßen bauen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Diese Chance müssen wir nutzen und weiter fördern.

Als zweiten Punkt möchte ich den Fahrradverkehr außerhalb von Ortschaften ansprechen. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein beim Vergleich der Bundes- und Landesstraßen Platz eins beziehungsweise bei den Kreisstraßen Platz zwei der Bundesrepublik Deutschland einnimmt. Im **Tourismusverkehr** hat sich sehr viel getan. Wir haben jetzt eine Menge ausgeschilderter Radwege, die ich einmal kurz vorlesen möchte: Der Nordseeküstenradweg, der Ostseeküstenradweg, der Ochsenweg, der Elbradweg, der Radfernweg Alte Salzstraße, der Eider-Treene-Sorge-Weg sowie die Holstein-Fünen-Route - sie alle sind bereits durchgängig beschildert. In der Entwicklung ist jetzt die Wikingroute von Maasholm nach St. Peter-Ording und der Nordostseekanal-Fernradweg. Das alles ist beste Werbung. Fahrradtouristen sind übrigens kaufkräftige Kunden, die ordentlich Geld nach Schleswig-Holstein bringen. Der **Fahrradtourismus** boomt. 40 % aller Touristen in Schleswig-Holstein bringen ihr Fahrrad mit. Das sind enorme Zahlen und enorme Chancen für Schleswig-Holstein, die wir nutzen müssen. Sie sind eine ganz wichtige Einnahmequelle für unser Land. Deshalb ist dieser Bereich besonders wichtig. Nachholbedarf haben wir noch in dem Bereich Bett & Bike. Bisher gibt es 40 eingetragene Betriebe. Wir schlagen vor, gemeinsam mit dem ADFC ein Bett & Bike-Verzeichnis zu erstellen, wie es das in anderen Bundesländern schon gibt. So kann die Attraktion dieses Sektors noch erhöht werden.

Als letzten Punkt möchte ich sagen: Das Land fördert mit rund 300.000 € pro Jahr die **Mitnahme** von Fahrrädern **in Zügen**. Wir haben in einem Großteil der Züge von 9 bis 16 Uhr und von 18 bis 6 Uhr in der Woche sowie an den Wochenenden die Möglichkeit geschaffen, die Fahrräder kostenlos mitzunehmen.

(Karl-Martin Hentschel)

Auch damit wir der Tourismus in diesem Bereich gestärkt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir schlagen Folgendes für die nächsten Jahre vor: Das hohe Engagement bei der Fahrradförderung soll beibehalten werden. Die Erfahrungen sollen genutzt werden, um den Bereich - gerade die Fahrradstreifen sind ein Beispiel dafür - weiter auszubauen. An den größeren Bahnhöfen wollen wir bewachte Fahrradstationen mit Reparaturservice fördern.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Bewusstsein der Kommunen, dass Fahrradförderung ungeheuer effizient ist, soll gestärkt werden. Das heißt, wir wollen im Fahrradforum stärker noch als bisher die **kommunale Ebene** einbinden und auch die kleineren und mittleren Städte einbinden, wo das Bewusstsein vielleicht doch nicht so weit entwickelt ist. Wir denken in diesem Zusammenhang an einen Wettbewerb „fahrradfreundlichste Stadt Schleswig-Holsteins“. Wir wollen, dass das Konzept eines landesweiten Verkehrsnetzes bis 2005 vollständig umgesetzt wird. Der Zustand der Radwanderrouen soll dabei eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 20 km pro Stunde ermöglichen. Das ist bisher noch nicht überall möglich. Es gibt immer noch Fahrradrouten, die irgendwo im Sand enden. Und wir wollen das schon genannte Verzeichnis „Bett & Bike“.

Ich komme zum Schluss. Das Fahrrad wird meistens unterschätzt, weil es so preisgünstig ist. Wenige Bürgermeister und Minister drängeln sich, wenn es um die Einweihung von Fahrradwegen geht. Ich hoffe, diese Anfrage trägt dazu bei, dass das anders wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Zunächst einmal möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums dafür bedanken, dass sie uns diese Große Anfrage so umfangreich beantwortet haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Gleichzeitig bin ich auch den Grünen sehr dankbar, dass sie die Anfrage gestellt haben, denn wir können daraus sehen, dass das Fahrradkonzept eigentlich eine

Bankrotterklärung dieser Landesregierung ist, Herr Minister. Ich sehe das etwas anders als Sie, nicht nur naturgemäß, sondern weil ich auch von anderen Zahlen ausgehen muss, als Sie sie hier vorgetragen haben. Denn während 80 % der Bundesstraßen in Schleswig-Holstein mit Radwegen ausgebaut sind, verfügen nur 50 % der **Landesstraßen** über einen Radweg. Wir haben über 100 Landesstraßen, bei denen Baumaßnahmen zurzeit in der Planung sind. Das wissen Sie auch. Allerdings befinden sie sich nur in der Planung. Häufig ist sogar schon der Grunderwerb getätigt. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Gemeindevertreter haben sich ehrenamtlich für diese Baumaßnahmen in ihrer Region stark gemacht und Vermittlungsgespräche mit den betroffenen Anliegern geführt. Und sie haben auch vielen Versprechungen von Ministerinnen und Ministern geglaubt, besonders aber von den Abgeordneten der die Regierung tragenden Parteien, die durchs Land gegangen sind und jedem Bürgermeister ihren eigenen Radweg versprochen haben. Meine Damen und Herren, da sind Sie mit in der Verantwortung!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das Problem, dass die Planung seit zehn Jahren steht und der Grunderwerb erfolgt ist, aber geschehen ist nichts. Und nun kommen die Bürgermeister, die Gemeindevertreter, die Amtsvorsteher bei uns an und sagen: Arp, nun hilf uns mal bitte! Nun gehen Sie hin und seien Sie so ehrlich und sagen Sie in Ihren Wahlkreisen, wie es tatsächlich ist und machen Sie keine weiteren Versprechungen! Die Kommunalwahl ist dafür nicht geeignet.

(Beifall bei der CDU)

Hatten wir noch im Jahr 2000 22 Millionen € für den Neubau von Radwegen und Landesstraßen zur Verfügung, so stehen dort heute an gleicher Stelle nur noch 7 Millionen €. In diesem Zusammenhang von einem Zukunftsprogramm zu sprechen, ist unglaublich. Jeder weiß, diese 7 Millionen € reichen gerade einmal zur Unterhaltung der vorhandenen Wege aus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn man das ernsthaft betreibt, kann man nicht einen Meter neue Straßen bauen, wenn man die Unterhaltungsaufgaben wahrnehmen will.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung vom Thema!)

(Hans-Jörn Arp)

- Aber Sie, Herr Kollege! Wir reden nachher noch einmal darüber.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist völlig daneben! Beschäftigen Sie sich einmal mit dem Thema!)

- Wir können darüber noch diskutieren und reden, Sie über Dinge, von denen Sie etwas verstehen und dann, wenn Sie an der Reihe sind, und nicht, wenn ich an der Reihe bin.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Einzigen, die zurzeit noch bauen, sind die Gemeinden, die Bürgermeister. Es sind die Kommunen, die die Verantwortung für die Kinder übernehmen, für deren Schutz auf dem Weg zur Schule, zu Schwimmbädern und Sportstätten. Diese bezahlen zurzeit noch die Baumaßnahmen, und Sie nehmen ihnen immer noch mehr Geld weg.

(Beifall bei der CDU)

Herr Hentschel ist leider nicht hier. Ich hätte gerne einmal mit ihm geredet.

(Holger Astrup [SPD]: Da ist er doch!)

- Ach, da ist er ja! Schön, dass Sie da sind, Herr Hentschel. Ich rede etwas lauter, weil Sie so weit weg sitzen.

Herr Hentschel, wenn ich das richtig verstanden habe, favorisieren Sie den **innerörtlichen Verkehr** in den Städten, also in Kiel, Flensburg, Lübeck und Neumünster. Das haben Sie eben deutlich gesagt, und in der Presse haben Sie es noch deutlicher gesagt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch richtig so!)

Wahrscheinlich haben Sie vor Ort Ärger bekommen. Denn Ihre grünen Kommunalvertreter verkaufen in den Kommunen etwas anderes. Nun sagen Sie einmal: Was wollen die Grünen? Wollen sie nur noch den innerörtlichen Verkehr oder wollen sie im Land weiter ausbauen? Es wäre ehrlich und gut, Sie redeten mit einer Zunge.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben - der zukünftige Tourismusminister sprach das auch an; das hat mich sehr gefreut; ich fand das auch in Ordnung - Fachtagungen zum Thema Fahrrad und Tourismus durchgeführt und haben dort gesagt: Wir brauchen ein **fahrradfreundliches Tourismuskonzept** für Schleswig-Holstein. Absolut d'accord. Überhaupt keine Frage. Nichts dagegen. Nur, wenn die Zahlen, die wir haben, auf dem Tisch liegen, dann ist es unnütze Zeitver-

schwendung für diejenigen gewesen, die an diesen Tagungen teilgenommen haben. Denn es kommt ja nichts Neues mehr von Ihnen.

Gerade wir in Schleswig-Holstein hätten die Chance, ein USP oder ein Alleinstellungsmerkmal als **Fahrradland**, als **Tourismusland** für uns auszuarbeiten. Wir haben diese große Chance nicht genutzt, anders beispielsweise das Münsterland, in dem dies in hervorragender Weise geschehen ist. Bei uns gibt es keine durchgängigen Verbindungen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon lange in Arbeit!)

- Reden Sie doch nicht immer dazwischen! Sie wissen genauso gut wie ich, dass 49 % der Deutschen im Urlaub ihr Fahrrad benutzen. Das heißt: Es dient auch Ihrem Konzept und dem der Ministerpräsidentin - -

(Unruhe)

- Herr Präsident, könnten Sie für Ruhe im Saal sorgen, damit ich zu Wort komme? - Meine Damen und Herren, gerade Kurzurlauber gebrauchen das Fahrrad. Das ist die Chance, die wir haben. Das liegt im Trend. Das ist die Zukunft. Die thematischen Radwege, die wir aufgezeigt haben und die auch Herr Hentschel schon genannt hat, beweisen dies.

Ich will zum Schluss kommen. Wir müssen bei der **Finanzierung** solcher Maßnahmen intelligenter Lösungen finden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wird denn gemacht? Mein Gott!)

Über die LSE könnten wir die Chancen nutzen, gemeinsame Radwege und Wirtschaftswege zu bauen, die auch als Reitwege und als Wanderwege zu nutzen sind. Das wäre vernünftig angelegtes Geld, das nicht nur der Tourismusbranche, sondern darüber hinaus auch der Baubranche dient. Jede Mark, die wir aus dem Bereich der LSE zur Erschließung dieses Landes als tourismus- und fahrradfreundliches Land nutzen, hilft erstens der Tourismusbranche, hilft zweitens der Baubranche, und jeder Arbeitslose weniger wäre gesellschaftspolitisch ein großer Gewinn. Das wissen Sie auch.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo leben Sie denn? Genau das wird doch gemacht! Genau das passiert!)

Jeder Gast, den wir darüber gewinnen könnten, würde zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

(Hans-Jörn Arp)

Ich werde Sie auf dem Weg begleiten, aber ich werde auch weiterhin kritisch prüfen, ob das auch umgesetzt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Hermann Benker das Wort.

Hermann Benker [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema lautet: Fahrradverkehr und Fahrradtourismus. Ich werde mich aber wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit ausschließlich auf den Bereich des Fahrradtourismus beschränken und mich zunächst dem Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung anschließen.

Allerdings ist es nicht so, wie Herr Hentschel ausführte, dass erst mit den Grünen der Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein begonnen hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Diesen gibt es schon ein bisschen länger. In der ersten Konzeption, die noch Franz Froschmeier unterschrieben hat, war unter dem Begriff des **sanften Tourismus** selbstverständlich auch der **Fahrradverkehr** zu finden. Letztlich ist kein Verkehrsmittel so umwelt-schonend wie das Fahrrad, und insofern ist das Fahrrad zwangsläufig auch für Schleswig-Holstein das Verkehrsmittel par excellence. Insofern folge ich Herrn Arp.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch über den Erholungswert des Fahrrades brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Somit bleiben folgende Fragen:

Erstens. Ist der **Fahrradtourismus** mehr als ein **Trend**?

Zweitens. Wird dieser Trend von der Tourismuswirtschaft ausreichend gewürdigt?

Drittens. Sind staatliche Maßnahmen erforderlich, um den Fahrradtourismus zu fördern?

Wenn man noch ein wenig genauer schaut, so wird man feststellen: In diesem Bereich hat sich etwas entwickelt. Es gibt Radwandern mit neuen Ideen, wir haben Bahn & Bike, wir haben den weiteren Ausbau der Radwege zu einem flächendeckenden naturnahen Netz gefördert, wir haben Modellprojekte auf örtlicher Ebene gefördert, alles im Zusammenhang mit dem Begriff des sanften Tourismus.

So ist es nicht verwunderlich, dass der Fahrradtourismus auch in der neuen Konzeption wieder auftaucht. Der Minister hat darauf hingewiesen: Mit dem **Programm „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“** hat der Fahrradtourismus neuen Auftrieb bekommen. Es gibt Verbesserungen im Hinblick auf die Verknüpfung mit dem ÖPNV, wir haben, was die Infrastruktur betrifft, einen guten Stand. Sie haben von „nur“ 50 % Landesstraßen mit Radwegen gesprochen. Ich finde, das ist ein Erfolg. Die 80 %, was die Bundesstraßen betrifft, sind dies in gleicher Weise. Insofern sind die Fördermittel der letzten zehn Jahre in Höhe von 4,3 Millionen durchaus sinnvollen Investitionen und anzuerkennen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Damit nicht genug. Für **Begleitmaßnahmen** wie Routenplanung und Marketing haben wir noch einmal 2 Millionen DM ausgegeben. Für die kostenfreie Fahrradmitnahme kommen 300.000 € hinzu. Ich meine das Programm, mit dem entsprechende Anhänger für Busse gefördert werden. Sie haben das vielleicht schon einmal gesehen.

Es ist geplant, ein flächendeckendes System von **fahrradfreundlichen Achsen** entstehen zu lassen, also eine Mischung aus touristischen und Ortverbindungsstraßen, entstehen zu lassen.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD])

Denn es ist ein Unterschied, ob man touristisch durch das Land fährt oder nur einem Sachzwang folgt und zu einem Amt, zur Kirche oder zur Schule fährt. Dort wo man das vermischen kann, ist es sinnvoll.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das lernt die CDU nie!)

Es wird kein eigenes touristisches Netz geben, sondern wir werden nur in der Verbindung dieser beiden Aufgaben zum Erfolg kommen.

Herr Arp, Sie haben auf die Reiseanalysen und auf das Potenzial hingewiesen. Wenn man dies linear auf Schleswig-Holstein überträgt, so benutzen 49,2 % das Fahrrad im Urlaub. Wen wundert es da, dass wir in Schleswig-Holstein insbesondere im Verkehrssektor in diesem Jahr zum ersten Mal rückläufige CO₂-Emissionen zu verzeichnen haben?

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immerhin haben im Jahr 2001 rund 1,8 Millionen Deutsche reinen **Fahrradurlaub** gemacht. Nur in

(Hermann Benker)

diesem Marktsektor haben wir zweistellige Zuwachsraten zu erwarten. Das sagen alle Analysen.

Für Schleswig-Holstein heißt das: Der Fahrradtourismus ist ein wichtiger wirtschaftlicher Bestandteil des Tourismus insgesamt. Insofern - das ist wichtig - müssen Tourismuswirtschaft, Baulastträger und Hotel- und Gaststättenverband hinsichtlich des Produkts **Fahrradtourismus** zusammenwirken. Es kann nicht angehen, dass ich als Hotelier die Regierung auffordere, Straßen zu bauen, selbst aber gar nichts dazu beitrage. Alle haben hieran mitzuarbeiten, damit der Fahrradtourismus zum Erfolg wird.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, längst sind die Fahrradtouristen nicht mehr die Schmuttelkinder oder die Kalduscher oder die Zeltschläfer unter den Touristen. Sie haben vielmehr vermehrt hochwertige Fahrräder, die während der Urlaubszeit diebstahlsicher verwahrt werden müssen.

(Heinz Maurus [CDU]: In Schleswig-Holstein wird nicht so viel geklaut!)

- Auch in Schleswig-Holstein. - Sie haben einen gleichwertigen Anspruch auf **Qualität**, was die **Unterbringung** betrifft. Die zielgruppenorientierte Klassifizierung besonders fahrradfreundlicher Unterkunftsbetriebe, die gemeinsam mit DEHOGA und Tourismusverband entwickelt worden ist, hilft weiter. Nachdenklich muss es allerdings auch stimmen, wenn in Schleswig-Holstein bisher nur 12 Betriebe qualifiziert und insgesamt nur 40 bei Bett & Bike aufgenommen worden sind. Auch in dieser Hinsicht muss der Hotel- und Gaststättenverband durchaus noch aktiv werden.

Langfristig wird das System Fahrradtouristik, Fahrradparken, Fahrradmitnahme an Bahnhöfen und Haltestellen ein wichtiger Bestandteil attraktiver Tourismusangebote sein.

Zusammengefasst heißt das:

Erstens. Fahrradtourismus ist mehr als ein Trend. Wir haben es hier mit einem der wenigen boomenden Wirtschaftszweige zu tun.

Zweitens. Es bedarf der besonderen Anstrengung der Tourismuswirtschaft, um einen hohen Marktanteil in diesem Bereich für Schleswig-Holstein zu sichern.

Drittens. Wir sind mit unseren Infrastrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein gut davor, aber noch lange nicht am Ende. Das hat der Minister auch gesagt. Wir

arbeiten an diesem Programm weiter. Auch wenn es keine Kosten-Nutzen-Rechnung für Radwege gibt, so hat der Landesrechnungshof die Auswahlkriterien für den Bau von Radwegen schon einmal gut geheißen. Das ist Grund genug, damit weiterzumachen.

Ansonsten beantrage ich die Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass ich heute mit meiner Stimme durchhalte.

(Beifall bei der FDP)

Wenn nicht, wird der Kollege Garg meine Rede verlesen. Auch ich bedanke mich selbstverständlich sowohl bei den Fragern als auch bei den Antwortenden. Es ist eine wahrhaft große Frage, die die Grünen vorgelegt haben. Damit haben sie die zunehmende Komplexität moderner Zivilgesellschaften eindringlich aufgezeigt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wer hätte gedacht, dass man zum Thema Fahrradverkehr so viele wirklich Sinn gebende Fragen von höchster landespolitischer Relevanz stellen kann?

(Beifall bei FDP und CDU)

Zum Beispiel die Frage 4.1.: Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung beim Bau von straßenbegleitenden Radwegen seit 1990 in Bezug auf den Ausbaustandard der Radwegeinfrastruktur in den alten Bundesländern sowie den neuen Bundesländern ein? Die Antwort ist ebenfalls wegweisend: Kein eindeutiges Bild und keine belastbaren Statistiken. Das Zusammenwachsen der innerdeutschen Fahrradverkehrsinfrastruktur verschließt sich dem bohrenden öffentlichen Blick. Es darf allerdings bezweifelt werden, dass wir erhellendere Antworten auf unsere Verkehrsprobleme bekommen hätten, wenn dieser Blick etwas erhellter gewesen wäre.

Nichtsdestotrotz ist das Fahrrad ein wichtiger Verkehrsträger. Darin sind wir uns völlig einig. Ich erinnere an die Gespräche von gestern Abend. Das Fahrrad ist ein wirklicher **Tourismusmagnet**. Deshalb ist

(Christel Aschmoneit-Lücke)

der Landesregierung - ich zitiere - „die Förderung des Radverkehrs ein wichtiges Anliegen und ein vorrangiges Ziel der Verkehrspolitik.“

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort allerdings nicht erklärt, welche anderen verkehrspolitischen Ziele hinter der Förderung des Radverkehrs zurücktreten müssen. Das wäre ja die logische Folge, wenn man ein bestimmtes Ziel vorrangig verfolgt. Herr Minister Rohwer, es wäre schön, wenn Sie Ihre Ausführungen im Ausschuss entsprechend ergänzen könnten.

(Beifall bei der FDP)

Ein Blick in den druckfrischen Landeshaushalt 2003 zeigt, dass im Jahre 2002 im Zuge des Landesstraßenbaus voraussichtlich 21 km Radwege fertig gestellt werden. Kollege Arp, es ist sicherlich das Jahr 2003 gemeint. Dies bereits als tatkräftige Untermauerung eines vorrangigen verkehrspolitischen Ziels zu werten, erscheint mir doch etwas übertrieben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nur ein bisschen!)

Noch stärker beunruhigt mich allerdings folgende Aussage der Landesregierung:

„Wegen der schwierigen Haushaltslage und der geringen finanziellen Spielräume legt das Programm ‚Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein‘ großen Wert auf einen effizienten Mitteleinsatz im Bereich der Radverkehrsförderung.“

Ich meine, die Landesregierung sollte immer sorgsam und sparsam sowie effizient mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, und zwar unabhängig von der Haushaltslage und unabhängig vom Fahrradverkehr. Sie merken an meinen Ausführungen, dass die Radverkehrspolitik bei mir vielleicht nicht ganz denselben Stellenwert hat wie bei der Fragen stellenden Koalition.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber ein Fehler!)

Zur Abwechslung etwas Positives: Schleswig-Holstein hat beim Fahrradtourismus ein großes Potenzial. Deshalb begrüßen wir die Anstrengungen der Landesregierung, bessere **landesübergreifende Informationen zum Radwegenetz** bereitzustellen. Dies hilft den privaten Anbietern im Lande, noch bessere Produkte für den Fahrradtourismus bereitzustellen. Zusammen mit einem stetigen Ausbau des Radwegenetzes durch Land und Kommunen steigert dies die Attraktivität des Urlaubsziels Schleswig-Holstein. Interessant wäre in diesem Zusammenhang, inwieweit

der **Fährverkehr** bereits in dieses Tourismuskonzept eingebunden ist. Herr Minister, Sie haben etwas zum Innerlandesverkehr gesagt. Das finde ich schön, allerdings war danach nicht gefragt worden. Es hat mich gewundert, dass die Grünen dies vergessen haben. Mich würde darüber hinaus interessieren, wie weit der länderübergreifende Fährverkehr - zum Beispiel nach Dänemark oder nach Schweden - in dieses Konzept mit einfließt.

Selbstverständlich würde sich jeder Fahrradtourist - aber auch jeder andere Radfahrer - freuen, wenn er sein **Fahrrad in öffentlichen Verkehrsmitteln** kostenlos mitnehmen dürfte. Die entsprechenden Fragen und auch die heutigen Aussagen des Kollegen Hentschel weisen darauf hin, dass die Grünen diese kostenlose Beförderung bevorzugen würden. Ich meine allerdings, dies ist nicht unbedingt eine landespolitische Aufgabe. Wenn ein Verkehrsunternehmen meint, durch das Angebot kostenloser Fahrradmitnahme zusätzliche Kunden anziehen zu können, dann ist das schön. Dies wäre dann ein Wettbewerbsvorteil. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, plädiere ich selbstverständlich dafür, dass sich das Land bei der Vergabe darum kümmert, dass solche Angebote auch gemacht werden. Ob diese kostenlos sein müssen, möchte ich bezweifeln.

Ein letzter Punkt zur **Verkehrssicherheit**: Herr Minister, Sie haben es angesprochen. Die Unfallzahlen sind auch im Fahrradbereich rückläufig. Das freut uns sehr. Ich möchte gern noch Informationen dazu erhalten, wie die Entwicklung der Schadensabwicklung mit Fahrradunfällen abläuft und wie die Schadensregulierung verläuft und wie sich die Frage der Haftpflicht entwickelt hat. Last but not least hoffe ich, dass wir - wie gestern Abend beschlossen - zumindest gemeinsam mit den tourismuspolitischen Sprechern eine Fahrradtour machen werden. Ich freue mich darauf!

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwar will man sich beim Radwegenetz um die Schließung von Lücken bemühen, aber trotzdem wird man das Gefühl nicht los, dass es keine allgemeine landesweite Radwegenetzplanung gibt. Es gibt sie unter touristischen Aspekten in einzelnen Regionen. Eine **landesweite allgemeine Routenplanung**

(Lars Harms)

scheint jedoch noch zu fehlen. Zumindest schweigt sich die Landesregierung unter Punkt 3.2. zu den zukünftigen Vorstellungen bezüglich des Ausbaus der Radwanderwege aus. Was wir also in Zukunft an landesweiter Planung erwarten können, erfahren wir erst einmal nicht. Wir erfahren, was sich in den letzten Jahren getan hat. Das ist in der Tat eine Menge. Radwege wurden ausgebaut und für den Tourismus erschlossen. Man kann jetzt auf internationalen Routen entlang der Nordsee und der Ostsee fahren. Es wurden Themenrouten geschaffen und durch Zuschüsse aus dem Regionalprogramm und aus dem Programm „Zukunft auf dem Lande“ konnte in vielen Regionen eine bessere Infrastruktur für Fahrradfahrer geschaffen werden. Alle diese Maßnahmen begrüßen wir ausdrücklich, tragen sie doch maßgeblich zu einer verbesserten touristischen Infrastruktur bei.

Es ist richtig, dass Veranstalter von Radpauschalen - wie in der Antwort auf die Große Anfrage beschrieben - in den vergangenen Jahren hohe **Umsatzzuwächse** hatten. Allerdings stellt sich immer auch die Frage, von welchem Niveau aus diese Zuwächse erwirtschaftet wurden. Der Anteil des Fahrradtourismus am Gesamttourismus ist verschwindend gering. Daher ist es ein wenig irreführend, wenn mit hohen Steigerungsraten suggeriert wird, hier sei ein riesiger und prosperierender Markt vorhanden, auf den wir uns stützen können. Dies ist nicht der Fall. Bei diesem Markt handelt es sich um einen sehr speziellen Markt mit einer bestimmten Kundengruppe, die ein bestimmtes Angebot erwartet.

Nun könnte man meinen, hier sei jede Mühe vergebens. Das ist natürlich nicht so. Wir sollten aber nicht glauben, dass wir dieses Marktsegment einfach erobern können. Vielmehr sollten wir das **Fahrradfahren im Urlaub** nicht als Hauptaktivität, sondern als wichtigen **Zusatznutzen**, den wir unserem Land anbieten können, ansehen. In vielen Kreisen ist inzwischen ein einheitliches Wegweisersystem aufgebaut worden, welches sich an bundesweiten Vorgaben orientiert. In Nordfriesland besteht für die Kommunen sogar die Möglichkeit, ergänzende friesischsprachige Beschilderungen anzubringen, was nicht nur sprachfördernd wirkt, sondern auch dazu beiträgt, dass der Gast die Region als etwas Unverwechselbares wahrnehmen kann.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir wünschen uns natürlich, dass möglichst viele Kommunen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. An der Westküste wird eine Koordinierungs- und Informationsstelle für den Fahrradtourismus gefördert. Außerdem wird natürlich auch weiterhin die

eigentliche Fahrradinfrastruktur ausgebaut und verbessert. All diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass das Fahrradfahren als wichtiger Zusatznutzen für unseren Tourismus vernünftige Rahmenbedingungen hat. Bisher können wir somit mit der Förderung der Fahrradinfrastruktur wirklich zufrieden sein. Auf zwei Punkte möchte ich trotzdem näher eingehen. Die Art der Fragestellung sagt im Normalfall etwas über die Intention des Fragestellers aus. Unter Punkt 7.11. fragen die Grünen, ob man nicht auf Ausgleichszahlungen beim Radwegbau verzichten könne. Dies wird natürlich von der Landesregierung abgelehnt; schließlich sind auch geteerte Radwege eine Versiegelung der Landschaft. Es ist jedoch erstaunlich, dass die Grünen eine solche Befreiung von Ausgleichszahlungen wünschen, grüne Deiche und Küstenschutzanlagen jedoch weiterhin mit Ausgleichszahlungen belastet werden sollen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt nichts, was man nicht auf den Küstenschutz zurückführen kann!)

- So ist es, lieber Detlef.

Wo wir gerade bei den Deichen sind, möchte ich noch auf die Frage 3.11 hinweisen. Dort wird gefragt, nach welchen Kriterien sich die Nutzung von Deichkronen für den Radverkehr richtet. Die Antwort der Landesregierung ist ausweichend, natürlich um den grünen Koalitionspartner zu schonen. Aber die Antwort ist ganz einfach: Auf **Deichkronen** fährt man nicht Fahrrad. Deiche sind zum Schutz der Menschen da. Jeder geteerte oder ungeteerte Radweg der Deichkrone kann zu einer Gefahr für den Bestand des Deiches und der hinter ihm lebenden Menschen werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann musst Du mal den Ostsee-Radwanderweg fahren!)

Der andere Punkt ist, dass wir es noch nicht richtig verstanden haben, den **SPNV** und den Fahrradverkehr aufeinander abzustimmen. Das Angebot Bahn & Bike wird vor 9:00 Uhr und vor allem zwischen 16:00 Uhr und 18:00 Uhr ausgesetzt. Das sind genau die Zeiten, die für Touristen und Pendler gleichermaßen interessant sind. Hier muss sich unserer Meinung nach etwas ändern. Bei zukünftigen Ausschreibungen für den Regionalverkehr auf der Schiene sollte man für mehr Möglichkeiten für den **Fahrradtransport** sorgen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin der Meinung, wir sollten auch durchaus Geld in die Hand nehmen, um dies kostenlos zu ermöglichen.

(Lars Harms)

Grundsätzlich hat sich schon viel zugunsten des Fahrradverkehrs getan, aber wir sollten uns weiterhin nicht aufhalten lassen, noch mehr zu tun und dies möglicherweise auch vorausschauend zu planen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die **Befreiung von Kosten** bei der Fahrradmitnahme müssten wir noch einmal diskutieren. Ich weiß nicht, ob das notwendig ist.

Als ich in den Landtag kam, war gerade der Ostseeküstenradweg eröffnet. Ich habe mit meiner Frau eine Tandemtour gemacht, um das einmal praktisch auszuprobieren, mit dem Ergebnis: Die Ausschilderung war mangelhaft, muss man schon sagen. Die Unterbringungsmöglichkeiten waren „sehr gemischt“. Also, die Vermieter waren nicht bereit, uns Quartier zu geben, wenn wir dort ankamen. Kleine Pausenstationen gab es auch nicht.

Das Interessante war dann: Ich habe das in einer relativ umfangreichen Pressemitteilung einmal dokumentiert und daraus auch fahrradtouristische Schlussfolgerungen und Forderungen abgeleitet. Interessant war die Reaktion der FDP zu dieser Pressemitteilung von mir. Sie haben das sozusagen auf einen Straßenkreuzer in Kiel bezogen, den Sie auch schlecht unterbringen konnten und mit dem Sie schlecht Pause machen konnten. Sie haben also eine blanke Zynismusnummer daraus gemacht. Insofern freue ich mich über Ihren Beitrag, der zeigt, dass Sie offenbar dazugelernt haben.

Was hat sich aber seitdem getan? Wir haben ein internationalen Nordseeküstenradweg dazubekommen. Wir haben also links und rechts die Küsten abgedeckt. Wir haben in der Mitte den Ochsenweg.

(Unruhe im Saal)

Was ist hier eigentlich schon wieder los? Ist das hier nur eine Lachnummer? So ein alberner Haufen! Machen Sie doch einmal Politik! Das ist ein ernsthaftes Thema. Oder gehen Sie hinaus wie die meisten Ihrer Kollegen, die das Thema offenbar nicht interessiert.

(Fortgesetzte Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Generell gilt gegenseitiger Respekt!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben also den Ochsenweg als Quertrasse. Dieses große Netz, das weitgehend über Schleswig-Holstein gezogen ist, ermöglicht zum Beispiel auch solche LSE-Konzepte wie „Rund um den Westensee“ mit einem Fahrradkonzept zu verbinden, das dann am Nord-Ostsee-Kanal-Fernradweg anschließt und weiter zur Ostsee oder Nordsee geführt werden kann. Insofern sind das große Fortschritte. Diese Routenplanung - das ist auch ein Thema, das Lars Harms erwähnt hat -, finde ich als fahrradverkehrskonzeptionelle Überlegung sehr interessant.

Meine Damen und Herren, wer ein bisschen im Land spazieren geht, kann beobachten, dass bei der Wegweisung entscheidende Fortschritte gemacht worden sind. In der Tat ist die Wegweisung unter fahrradtouristischen Aspekten ein sehr wichtiger Punkt und, Herr Arp, es ist so, dass LSE und landwirtschaftlicher Wegebau damit verknüpft werden. Also alles das, was Sie als Idee an den Verkehrsminister herangetragen haben, ist praktische Politik in Schleswig-Holstein und hat diese Erfolge ins Haus gebracht.

Es war sicher ein Fehler, dass man das Bettenverzeichnis mit der Buchungsnotwendigkeit verknüpft hat. Dadurch kam eine ganz dünne Liste zustande. Inzwischen kann ich aber berichten: Ich bin Mitglied des Bingo-Vergaberates. Dort haben wir dem ADFC ein Projekt genehmigt, mit dem sie wie in anderen Bundesländern ein Bettenverzeichnis erstellen werden.

Herr Arp, wir haben zwei Ziele. Das eine ist das, was ich eben erwähnte, nämlich die Verbindung von Tourismus und ländlicher Raumschließung. Das ist ein wichtiges Ziel, und wir sind dort Spitze.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das zweite Ziel ist die verkehrspolitische Dimension, Herr Arp. Es ist tatsächlich so: Wer die Verlagerung von Verkehrsströmen will, der muss den Fahrradverkehr in die Zentren verlagern, dorthin, wo es eine hohe Verkehrsdichte gibt, wo viele Wege mit kurzen Weglängen zurückgelegt werden. Dies allerdings ist eine verkehrspolitische Dimension, die weit unterschätzt wird. Folgt man einmal dem Masterplan der

(Detlef Matthiessen)

Bundesregierung - wir haben glücklicherweise jetzt die Situation, dass Landespolitik und Bundespolitik -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sagen Sie jetzt bitte Ihren letzten Satz.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- produktiv zusammenfließen. Folgt man also diesem Masterplan mit einem Drittel Anteil des Fahrradverkehrs, dann haben wir in der Zukunft sehr menschenfreundliche Städte, billigeren Verkehr und Klimaschutz.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das notwendige Kritische zur Situation ist gesagt worden. Aber ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, etwas Positives zu sagen. Wir haben bei uns nach 30 Jahren an einer viel befahrenen Kreisstraße mithilfe des Kreises, aber auch mit Ihrer Hilfe, Herr Minister Rohwer, den Spatenstich zum ersten Radweg im vergangenen Dezember getan. Wir haben mit Freude gehört, dass auch auf der Strecke Rastorfer Kreuz - Schlesien, wo ein schwerer Verkehrsunfall war, in diesem Herbst mit den Arbeiten begonnen wird. Herr Professor Rohwer, ich möchte Ihnen ausdrücklich von dieser Stelle aus Dank sagen für diese Unterstützung, die Sie uns gegeben haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2400, zum Thema Fahrradverkehr und -tourismus in Schleswig-Holstein zur abschließenden Beratung an den zuständigen Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig vom

Haus so beschlossen, und der Tagesordnungspunkt 10 ist damit erledigt.

Wir treten jetzt in eine zweistündige Mittagspause ein und werden um 15:00 Uhr die Tagung fortsetzen. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:58 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir setzen die Beratung fort. Ich möchte zunächst die Gäste des Schleswig-Holsteinischen Landtages auf der Tribüne begrüßen. Ich begrüße die Damen und Herren der Psychologischen Krebsnachsorge Neumünster, Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer der Realschule Altenholz, Damen und Herren der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel mit Soldatinnen und Soldaten des Ausbildungskurs für Unteroffiziere der Luftwaffe aus Appen im Kreis Pinneberg sowie Vertreterinnen und Vertreter der Elterninitiative „Bildungswüste Grundschule“. Ich darf Sie alle ganz herzlich im Schleswig-Holsteinischen Landtag begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Ausgestaltung des Regierungsprogramms „Einführung der verlässlichen Grundschule“

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/2430

b) Verfahren zur verlässlichen Grundschule

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2439

Antrag der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2488

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2492

Ich darf darauf hinweisen, dass zu den Anträgen unter b) ein Bericht zu dieser Tagung des Landtages durch die Regierung beantragt wird. Ich frage Sie, ob zunächst ein Bericht der Landesregierung gegeben werden soll oder ob wir die Anträge in der alphabetischen Reihenfolge beraten wollen. - Ich sehe einen entsprechenden Geschäftsordnungshinweis unter anderem durch den Geschäftsführer der Fraktion der SPD. Herr Kollege Astrup, Sie haben das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Ich gehe davon aus, dass die Anträge Drucksachen 15/2488 und 15/2439 zunächst alternativ abgestimmt werden, damit die Regierung weiß, auf welcher Grundlage sie hier berichten soll. Wenn dem so gefolgt werden sollte - wovon ich ausgehe -, rege ich an, dass der Ergänzungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2492, am Ende der Debatte an den Bildungsausschuss überwiesen und nicht als Ergänzungsantrag behandelt werden sollte, weil er sonst ebenfalls an den Ausschuss überwiesen würde.

(Heinz Maurus [CDU]: Wir sind mit dem Verfahren einverstanden!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Astrup, damit wäre das Verfahren des Tagesordnungspunktes bezüglich b) erledigt. Die Frage ist, wie wir mit a) verfahren wollen.

(Holger Astrup [SPD]: Ich bleibe dabei: Die Regierung muss wissen, auf welcher Grundlage sie berichten soll. Deshalb empfehle ich, zunächst über die beiden Anträge abstimmen und dann die Ministerin berichten zu lassen.)

- Gut, da die Regierung schon ihre Bereitschaft erklärt hat, dass sie einen Bericht geben wird, wollen wir abprüfen, ob die Vorahnung sich auch bestätigen wird. Ich rufe also den Antrag Drucksache 15/2439 einerseits und die Drucksache 15/2488 andererseits zur alternativen Abstimmung auf. Was ist das vereinbarte Verfahren zwischen den Fraktionen?

(Zurufe: Ja, ja!)

Soll das noch extra begründet werden, oder kann das Präsidium die Anträge jetzt alternativ zur Abstimmung stellen?

(Heinz Maurus [CDU]: Wir bitten darum!)

- Gut. Dann geht es zunächst um den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2439. Wer diesem Antrag der Fraktion der CDU - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein! - Weitere Zurufe: Doch, doch!)

- Doch, ich bedanke mich für die Zustimmung!

Also noch einmal: Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2439, seine Zustimmung geben will, den darf ich um das Handzeichen bitten! - Die Zustimmung erfolgte durch die Fraktionen von CDU und FDP. Ich darf fragen, wer dem Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2488, seine Zustimmung geben will. -

Da erfolgt die Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW. Damit hat der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2488, die Mehrheit gefunden.

Ich darf also die Landesregierung bitten, vertreten durch die Bildungsministerin, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, ihren Bericht auf der Grundlage dieses Antrages zu geben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Ich werde mir Mühe geben, auch andere Fragen, die aufgeworfen worden sind, gleichzeitig mit zu beantworten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns in der Bewertung einig, dass das Potenzial, das Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung mitbringen, in unserem Schulsystem nicht ausreichend ausgeschöpft wird. Das gilt besonders in der Grundschule. Deshalb müssen die Weichen neu gestellt werden. Damit meine ich die **Verzahnung des Kindertagesstättenbereichs** mit der **Grundschule**, damit meine ich die qualitativen Veränderungen im Sinne von Standardsetzung und Qualitätsentwicklung in der Grundschule und damit meine ich auch den Bereich, sozusagen Inhalt und äußere Gestaltung miteinander zu verbinden. Zu den anderen Bereichen ist an anderer Stelle hier diskutiert und berichtet worden. Ich möchte mich heute auf die Frage beschränken, wie wir den äußeren Rahmen und die Verschränkung mit den entsprechenden Inhalten gestalten.

Neue Weichen zu stellen heißt deshalb für uns: Wir haben uns für die Einführung der verlässlichen Grundschule in mehreren Schritten entschieden. Sie soll erstens den Unterricht in der Grundschule stärken und verstärken; sie soll zweitens einen verlässlichen Schulzeitrahmen bieten und damit drittens Unterrichtsausfall soweit wie irgend menschlich möglich verhindern. Zum 1. August soll dieser Erlass zur Einführung der verlässlichen Grundschule in Kraft treten.

Das Modell dafür ist mehrfach öffentlich vorgestellt und diskutiert worden. In einem ersten Schritt wurden am Ende des letzten Jahres die Schulleitungen der betroffenen Schulen im Hamburger Randgebiet über die geplante Einführung informiert. Es folgten zahlreiche intensive Gespräche mit Elternvereinen, Schulträgern, Trägern von Betreuungseinrichtungen. Am Ende der vergangenen Woche ist der Zeitrahmen für die ausführliche Anhörung abgeschlossen gewesen.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Lassen Sie mich als grundsätzliches Fazit sagen: Es gab neben kritischen Stellungnahmen, von denen Sie natürlich wissen, auch viele erfreuliche, sehr positive Rückmeldungen. Sie alle gingen in die Richtung, dass man das Ziel grundsätzlich bejaht hat, dass an dem Konzept allerdings aus Sicht der Betroffenen noch das eine oder andere verändert werden sollte. Unter anderem haben die Regionen, die in dieser ersten Phase noch nicht vorgesehen sind, angefragt, ob sie nicht auch noch berücksichtigt werden könnten. Auch das spricht für die Sache.

In den Regionen, in denen die **verlässliche Grundschule** umgesetzt werden soll, sollen Eltern von Grundschulern sich auf einen verlässlichen Zeitraum, einen verlässlichen Betreuungsrahmen verlassen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als klärungsbedürftig haben sich im Zuge der Anhörung vor allem folgende zwei Punkte erwiesen:

Erstens. Die verlässliche Grundschule lässt sich nicht überall mit dem Stundenvolumen vor Ort vereinbaren. Für manche Schulen ist der Rahmen zu starr. Sie hatten den Eindruck, wir würden ihnen etwas überstülpen, das sich vor Ort nicht realisieren ließe. Zweitens. Wo Betreuungsangebote existierten, ergab sich eine mögliche **Konkurrenz** zwischen dem neuen Modell der verlässlichen Grundschule und einem **bewährten Betreuungskonzept**. Darauf haben wir reagiert.

Erstens, in der ersten Phase wird die verlässliche Grundschule am Hamburger Rand an knapp 100 Schulen verwirklicht. Frau Eisenberg, es handelt sich nicht um 160 Schulen - dabei handelt es sich wohl um einen Hörfehler bei einer Veranstaltung -, sondern es sind nur 106 Schulen. Dafür hatten wir ursprünglich 50 zusätzliche Lehrerplanstellen vorgesehen, die wir nun um weitere 25 Lehrerplanstellen für die Einführungsphase erweitern. Erstere stammen aus dem Volumen der neuen Planstellen, die zweiten 25 Stellen werden durch Umschichtung aus der Sekundarstufe II erwirtschaftet werden, beziehungsweise dort abgezogen werden müssen. Sie sollen den Schulämtern vor Ort zur Verfügung stehen, um einen situationsbedingten und bedarfsorientierten Ausgleich schaffen zu können.

Soweit die Schulen und Schulämter am Projekt „Geld statt Stellen“ teilnehmen, können sie die zugewiesenen Stellen in Geld umwandeln und damit befristete Dienstleistungskooperationsverträge, Arbeitsverträge, abschließen. Das trifft in dem Bereich, in dem wir beginnen, für das Schulamt Herzogtum Lauenburg zu,

aber in den Folgejahren kann das Projekt „Geld statt Stellen“ auf andere Regionen ausgeweitet werden.

Meine Damen und Herren, die verlässliche Grundschule ist ein Rahmen für Verlässlichkeit, nicht mehr und nicht weniger. Wir haben einen zeitlichen Rahmen vorgegeben, aber über das Konzept vor Ort soll allein die Schulkonferenz entscheiden, orientiert an Gegebenheiten und Strukturen der jeweiligen Schule.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder das zeitliche Konzept noch der Einsatz der Lehrkräfte sollen in starrer Form von den **Schulen** gehandhabt werden müssen. Auch hier soll das Prinzip der **Eigenverantwortung** von Schule obersten Rang haben und in diesem Konzept Geltung haben.

Zweitens. Wir haben nach Wegen gesucht, um bestehende Betreuungsangebote an den Grundschulen mit dem Modell der verlässlichen Grundschule zu verbinden. Dabei muss ich eines unterstreichen: Wir, das Land, sind für den Bildungsauftrag verantwortlich. Die Betreuungsaufgabe liegt in Schleswig-Holstein in unterschiedlichen Händen, zum Teil bei den Kommunen, bei Wohlfahrtsverbänden, bei Elternverbänden. Eines soll das leitende Prinzip sein: Durch die Einführung der verlässlichen Grundschule soll keinem bestehenden Betreuungsangebot seitens des Landes die Förderung entzogen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das eine, die Verlässlichkeit, ist weder eine Konkurrenz zum anderen, also zur Betreuung, noch eine Alternative. Ideal ist es, wenn sich beides ergänzt. Dafür plädieren wir. Ich gehe davon aus, dass vor diesem Hintergrund auch die kommunale Seite ihre bisherige Unterstützung der betreuten Grundschulen aufrechterhält.

Um so viel Reibungsverluste wie möglich auszuschließen, wollen wir erstens unsererseits den Erlass mit den Zielen, die ich Ihnen eben vorgestellt habe, entsprechend überarbeiten. Der Zeitrahmen der betroffenen Grundschulen wird nun so flexibilisiert, dass auch eine Betreuung durch die betreuten Grundschulen parallel zum Unterricht und auch nach 14 Uhr möglich wird. Zweitens nehmen wir eine **zweijährige Einführungszeit** in den Erlass mit auf, um Erfahrungen sammeln und Korrekturen am Konzept vornehmen zu können. Ich glaube, das ist wichtig. Wir betreten hier Neuland. Wir müssen wissen, wie es vor Ort funktioniert. Die zweijährige Einführungsphase dient dazu, entsprechende Erfahrungen zu sammeln und das Konzept weiterentwickeln zu können. Ich glaube,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

es entspricht nicht nur dem Prinzip der Eigenverantwortung, sondern auch der Notwendigkeit der Überprüfung, dass man in dieser Einführungsphase noch Konsequenzen für die weiteren Schritte ziehen kann.

Noch einmal: Die Einführung der verlässlichen Grundschule ist ein Prozess, mit dem wir Neuland betreten. Sie verlangt von den Schulen Eigeninitiative, sie verlangt Kreativität bei der Umsetzung. Natürlich bedarf es auch der weiteren Beratung und Information. Hier sind auch die Schulräte vor Ort gefordert, die Arbeitskreise gebildet haben und in Einzelberatung die Schulen auf die Einführung der verlässlichen Grundschule vorbereiten. In dieser Woche werden die Schulträger gemeinsam mit den Schulräten über den erarbeiteten Erlass, der Ende dieser Woche vorliegen soll, informiert. Ich bitte um Nachsicht, dass die zeitliche Übereinstimmung zwischen Abschluss der Anhörungsphase und der heutigen Landtagssitzung dazu führt, dass ich Ihnen noch keinen komplett neuen Erlass präsentieren kann. Er wird in dieser Woche endgültig überarbeitet und Ende der Woche vorgestellt. Die Elemente habe ich Ihnen im Wesentlichen dargestellt.

Meine Damen und Herren, Schulen sind lernende Organisationen, Ministerien sind es auch. Der Abgeordnete Klug hat natürlich alles schon wieder vorher gewusst.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in diesem Prozess die Rückmeldungen, die Diskussionen vor Ort und die Anhörung sehr ernst genommen. Wir haben in diesem Fall gelernt, wie vielfältig und differenziert die Voraussetzungen für die Einführung sind, wie wichtig den Schulen ihr Profil und ihr Schulprogramm ist, das sie erarbeitet haben, und wie engagiert die Betreuungseinrichtungen sind, die sich im Land inzwischen etabliert haben und die zur hohen Zufriedenheit der Eltern arbeiten. Dies alles wollen wir nicht nur berücksichtigen, sondern wir wollen es in das Gesamtkonzept integrieren, damit es auch wirklich zu einem Erfolgsmodell werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Dann treten wir jetzt in die Aussprache ein. Es ist im Interesse und in Übereinstimmung mit dem Haus, dass wir zunächst für den Antrag 15/2430 historisch betrachtet dem Antragsteller, der Fraktion der FDP, das Wort erteilen, dann der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW. Ich sehe Übereinstimmung des Hauses. Ich erteile jetzt für die

Fraktion der FDP dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein brauchen wir keinen Schul-TÜV, sondern vielmehr einen Kultusministeriums-TÜV.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das hat die Diskussion um das Regierungsprogramm zur Einführung der verlässlichen Grundschule deutlicher gezeigt als alle früheren Beispiele aus der Abteilung Pleiten, Pech und Pannen des Bildungsministeriums. Es ist wirklich ein Kunststück, was dieses Ministerium hier vollbracht hat: Eine eigentlich vernünftige Idee, die Einführung verlässlicher Grundschulzeiten, ist in der Umsetzung derart verhunzt worden, dass am Ende das genaue Gegenteil drohte, nämlich weniger Unterricht und weniger Betreuungsangebote an den Grundschulen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dafür, dass es so gewesen ist, gibt es zwei wesentliche Ursachen. Erstens gab es einen falschen politischen Denkansatz, nämlich einen Denkansatz, der auf zentralistische Regelungen bei Zuteilung viel zu geringer Personalressourcen setzte, und zweitens gab es obendrauf ein handwerkliches Unvermögen des Ministeriums, aus diesem falschen Ansatz auch noch etwas halbwegs Funktionierendes hervorzubringen. Die Ministerin hat sich deshalb in der vergangenen Woche angesichts auch der Protestwelle, die insbesondere im Hamburger Umland inzwischen auch die Abgeordneten erreicht hat, gezwungen gesehen zurückzurudern. Sie hat zumindest in dem, was sie auch heute wieder dazu gesagt hat, im Wesentlichen die Forderungen aufgenommen, die wir Anfang Februar als FDP-Fraktion erhoben und in unserem Antrag zu Papier gebracht haben.

Aber wie weit die Lernfähigkeit des Ministeriums nun tatsächlich reicht, ist mir heute noch nicht so recht klar, denn 48 Stunden, nachdem Frau Erdsiek-Rave in der letzten Woche ihre Revision des **Erlassentwurfs** öffentlich bekannt gegeben hat, fand in Lübeck eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „verlässliche Grundschule“ statt, auf der die Vertreterin aus dem Ministerium, die dort referiert hat, nach dem Empfinden der Lübecker Elterninitiative Interessenvertretung betreute Grundschule e. V. praktisch dasselbe vorgetragen hat, was im Ursprungsentwurf stand, also die altbekannten Positionen. So hat jedenfalls die Lübecker Elterninitiative uns das noch am Wochenende in einer Mail mitgeteilt. Die Einschätzung der Lübecker Eltern lautet:

(Dr. Ekkehard Klug)

„Unter dieser Voraussetzung besteht die große Gefahr, dass die erheblichen Bedenken und die Kritik, die quasi unisono von allen Betroffenen und Fachleuten am vorliegenden Konzept vorgetragen werden, unbeachtet bleiben und die verlässliche Grundschule mit den bekannten Schwachstellen und Mängeln durchgesetzt wird. Das würde weiteren Qualitätsverlust an den Schulen, noch weniger Unterricht und Unvereinbarkeit von Beruf und Kind bedeuten.“

Es besteht also aller Anlass, dass wir im Bildungsausschuss sehr genau darauf achten, dass die Ankündigungen, die die Ministerin in Richtung **Flexibilisierung**, Aufgabe eines starren Rahmens, in Richtung eines Eingehens auf die Kooperation mit den Initiativen der betreuten Grundschulen, den Initiativen der Eltern, der kommunalen Träger und der anderen Trägervereine gemacht hat, auch in die Tat umgesetzt werden. Es darf nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben.

Wir halten es zweitens für sinnvoll, dafür zu sorgen, dass die **Personalressourcen** flexibel an die Schulen umverteilt werden, und zwar in der Weise, dass man den Schulen Optionen einräumt, ob sie die ursprünglich 50 oder jetzt 75 Stellen, die zur Ausstattung angekündigt worden sind, entweder in Form von Stellenanteilen oder in finanziellen Zuweisungen ausgedrückt, das heißt nach dem Prinzip „Geld statt Stellen“ haben wollen. Dies sollte so flexibel wie möglich vor Ort dezentral entschieden werden können.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im jeweiligen Fall kann sich das eine oder das andere als sinnvoller darstellen.

Dritter und zentraler Punkt: Die dezentrale eigenverantwortliche Zusammenarbeit zwischen den Schulen auf der einen Seite und den Betreuungsangeboten, die Trägervereine oder Kommunen vor Ort gewährleisten, die an vielen Orten schon existieren, muss bestehen bleiben. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, ihre Angebote in vernünftiger Weise weiter einzubringen.

Meine Damen und Herren, damit würde das Land zugleich mit dem seit Jahren propagierten Ziel einer stärkeren **Eigenverantwortung der Schulen** Ernst machen. Dies ist immer als hehres Ziel deklamiert und proklamiert worden. Aber in der Praxis handelt das Ministerium vielfach nach dem Prinzip par ordre du mufti, zentral irgendwelche Regelungen vorzugeben, die dann den Schulen vor Ort übergestülpt

werden. Das ist in den letzten Wochen und Monaten ein ganz zentraler Kritikpunkt gewesen.

Ohne einen wesentlich höheren Mitteleinsatz, ohne einen wesentlich höheren Personalmehreinsatz wie er zum Beispiel in Hamburg vor einigen Jahren - übrigens noch unter SPD-Regierungsverantwortung - mit 465 Lehrerstellen, die man dort zur Einführung der verlässlichen Grundschule eingesetzt hat, lässt sich ein solcher starrer Zeitrahmen von 8 bis 12 oder von 8 bis 13 Uhr allein durch Lehrkräfte überhaupt nicht gewährleisten - ganz abgesehen von der Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, den Betreuungsbereich durch relativ teure Lehrerstunden abzudecken oder ob man dafür nicht für diesen Zweck gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte einsetzen sollte, die für den Arbeitgeber außerdem wesentlich günstiger zu beschäftigen wären. Das ist eine ganz pragmatische Überlegung. Auch das spricht für eine viel größere Flexibilität, als sie das Ministerium bislang vorgesehen hat.

Das Hamburger Umland hätte mit 50 oder jetzt 75 Lehrerstellen nur einen Bruchteil der Ausstattung, die in einem vergleichbaren Bereich in Hamburg zur Verfügung gestanden hat. Das bedeutet in der Konsequenz: Wenn man den **starren Zeitrahmen** wirklich mit **Lehrerstunden** abdecken will, müssten die Schulen alles, was sie bislang an Stunden für Förder- und Differenzierungsmaßnahmen zur Verfügung haben, wie zum Beispiel Deutsch für Ausländer oder Förderstunden für Legastheniker oder Arbeitsgemeinschaften oder die Vertretungsreserven, einsetzen, um den festen Zeitrahmen aus dem Personalbestand der Lehrkräfte heraus gewährleisten zu können. Das wäre dann wirklich ein massiver Verlust an Qualität des Bildungsangebotes vor Ort. Da gingen **pädagogische Angebote** verloren, die wir an den Schulen dringend brauchen, die alle - auch gerade nach den in den letzten Jahren beschlossenen Schulprogrammen - zur Qualität des Bildungsangebots der Grundschulen als essentiell angesehen werden. Das alles wäre hin.

Auch wäre das im Übrigen nur in Schulen mit Klassenfrequenzen mit mehr als 23 Schülern zu leisten. Schulen, die niedrigere **Klassenfrequenzen** haben, müssten darüber hinaus die Stundenkontingente antasten, die heute für die Abdeckung des regulären Unterrichts vorgesehen sind, das heißt für die Abdeckung des Unterrichts nach Stundentafeln. Über das hinaus, was heute nicht an Unterricht stattfindet, würden in den kleineren Schulen mit den niedrigeren Klassenfrequenzen noch weitere Abstriche im Unterrichtsangebot erfolgen. Das darf wirklich nicht eintreten.

Der zweite zentrale Punkt ist: Wenn denn ein zentraler Rahmen von 8 bis 12 oder 8 bis 13 Uhr nur durch

(Dr. Ekkehard Klug)

die Lehrkräfte abgedeckt würde, wäre es für die Träger der Betreuungsangebote schlicht und ergreifend nicht mehr machbar, nicht mehr möglich, ihre zeitlich umfassenderen Angebote aufrecht zu erhalten. Es blieben dann nur sehr kurze Randzeiten, also etwa die Zeiten von 7 bis 8 Uhr oder von 7:30 bis 8:30 oder von 13 Uhr bis 14 Uhr oder bis 14:30 Uhr, für die man kein qualifiziertes Personal mehr fände.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist vom Tisch!)

Wer wäre bereit, sich für eine solche Tätigkeit zur Verfügung zu stellen? Die Lübecker Interessenvertretung hat das auf den Punkt gebracht. In Lübeck würden 80 jetzt dort beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Jobs verlieren und mindestens 600 Elternteile wären in Lübeck nicht mehr in der Lage, ihrer Berufstätigkeit nachzugehen, weil das umfassendere, zeitlich breitere Betreuungsangebot vor Ort nicht mehr bestünde.

Ein schlimmes Eigentor - darin sind wir uns sicherlich einig - der Schulpolitik dieses Landes ist eigentlich gar nicht vorstellbar. Frau Erdsiek-Rave, es ist sicherlich anzuerkennen, dass Sie angekündigt haben, wesentliche Probleme herauszunehmen. Das Ministerium hat mit der Vorlage eines solchen Erlassentwurfs eine Inkompetenz unter Beweis gestellt, die schon ihresgleichen sucht. Bei einem Kultusministeriums-TÜV müsste ein solcher Apparat aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

Man muss sich fragen: Wie kann es überhaupt dazu kommen, dass solche unausgegorenen Erlassentwürfe auf den Weg gebracht werden? Das hängt sicherlich damit zusammen, dass gerade in diesem Ministerium, im Kultusministerium inzwischen eine Wagenburgmentalität vorherrscht, indem man zunächst einmal in den eigenen Reihen, abgeschottet nach außen, Rezepte ausarbeitet, die den Schulen landesweit übergestülpt werden sollen. Das gibt es in vielen anderen Punkten auch.

Frau Erdsiek-Rave, ich fordere Sie daher dazu auf, diesen verunglückten Entwurf formell zurückzuziehen

(Beifall bei FDP und CDU)

und damit den Eltern - das ist der letzte Satz - der schleswig-holsteinischen Grundschüler die Angst vor einem weiteren Bildungsabbau endgültig zu nehmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In Schleswig-Holstein wurde in den vergangenen Jahren ein breites Netz an betreuten Grundschulen aufgebaut - gute und notwendige Angebote, die zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Fundament dieses Angebotes sind die zahlreichen zum großen Teil ehrenamtlich tätigen Elternvereine, denen ich an dieser Stelle ausdrücklich meine Anerkennung aussprechen möchte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land Schleswig-Holstein unterstützt diese Angebote finanziell und macht damit deutlich, dass die **betreuten Grundschulen** als wichtiges Element in Ergänzung oder auch als Ersatz der gesetzlich vorgesehenen Betreuungsangebote in Horten angesehen werden. Der besondere rechtliche Status - oder eher Nichtstatus - erleichtert einerseits die Bereitstellung der Angebote, ist andererseits aber auch immer schon Ursache für die besonderen Schwierigkeiten gewesen, die mit der betreuten Grundschule verbunden sind.

In der Diskussion um die Einführung der **verlässlichen Grundschule** bekommt man manchmal den Eindruck, als würden die Probleme - organisatorische und finanzielle - der betreuten Grundschule nicht existieren. Der Arbeitsaufwand für die Organisatoren ist nicht zu unterschätzen. Es gilt, Bedarfe festzustellen, Räumlichkeiten zu finden, möglicherweise Schulleitungen zu überzeugen, Anträge zu stellen bei Arbeitsämtern, bei Sozialämtern, bei Land und bei Kommunen. Es gilt, Personal einzustellen, um sich dann womöglich vor die Situation gestellt zu sehen, dass zu Beginn des Schuljahres doch weniger Eltern als abgefragt ihr Kind in die Betreuung geben. Ehrenamtlich Tätige übernehmen Verantwortung für ungewohnte Aufgaben, zum Beispiel im Rahmen der Personalauswahl, beim Vereinbaren von Arbeitsverträgen.

Alle diese Belastungen sind umso schwieriger zu organisieren, als die Fluktuation in den Vereinen durch den Übergang der Kinder auf weiterführende Schulen relativ groß ist und bewährte Kräfte nie sehr lange tätig sind. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass sich eine große Zahl von betreuten Grundschulen durch den Wegfall von Mitteln der Arbeitsverwaltung vor zusätzliche finanzielle Probleme gestellt sehen.

(Birgit Herdejürgen)

Sicherlich gibt es viele Beispiele in Schleswig-Holstein - das in Lübeck ist eines - für das gute und langfristig abgesicherte Funktionieren dieser Betreuungsangebote. Zum Gesamtbild gehört jedoch ebenfalls, dass eine Reihe von Angeboten aus den unterschiedlichsten Gründen bereits wieder eingestellt worden ist und dass an vielen Schulen erst gar keine Betreuungsangebote ins Leben gerufen werden konnten. Und natürlich werden zurzeit nicht alle Kinder einer Schule von den **Betreuungsangeboten** erfasst.

In meinen Gesprächen mit Eltern und Lehrern habe ich deutlich herausgehört, dass dringend Bedarf an **verlässlichen Zeiten** besteht, die sowohl Eltern als auch Kindern eine berechenbare Regelmäßigkeit bieten. Das, denke ich, ist hier in diesem Haus auch unumstritten. Von daher ist die Einführung verlässlicher Grundschulzeiten, die für alle Kinder verbindlich sind, folgerichtig und schon lange Forderung sozialdemokratischer Politik.

Mit der Einführung der verlässlichen Halbtagschule nimmt das Land zusätzliches Geld in die Hand, um ein neues Angebot auf den Weg zu bringen. Wichtig dabei - das ist immer klare Aussage gewesen: Es geht um die halbtägige Organisierung der Grundschule. Daher kann die verlässliche Halbtagschule kein Ersatz von Betreuungsangeboten sein, die in den Nachmittag hineinreichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Mit der Einführung verlässlicher Zeiten steht der Betreuungsgedanke nicht im Vordergrund, Herr Dr. Klug. Es geht darum, den Unterricht in den Grundschulen offener und damit flexibler gestalten zu können, und es geht darum, diese Angebote allen Schülerinnen und Schülern nutzbar zu machen und damit sicherzustellen, dass Kinder mit schwierigen Voraussetzungen zwangsläufig davon erfasst werden.

Selbstverständlich kann es nicht sein, dass ein neues Angebot, das mit nicht unerheblichen Anstrengungen ins Leben gerufen wird, dazu führt, dass die Leute unzufriedener werden. Offenbar ist nicht deutlich geworden, was das Wesen einer Anhörung ist, nämlich einen Entwurf in die Diskussion zu geben, Einwände der Praktiker vor Ort ernst zu nehmen und diese in angemessener Form zu berücksichtigen. Genau das ist passiert.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dass in der gesamten Diskussion Befürchtungen laut geworden sind, ist nachvollziehbar, wenn es sich um die Betroffenen vor Ort handelt. Vielleicht hat es auch Unklarheiten gegeben, was den Status des Entwurfs betrifft und was die genaue Ausführung in der

Praxis angeht. Aber ich unterstelle allen, die hier sitzen, dass sie sich mit den üblichen Verfahren einer Anhörung auskennen. Diese Anhörung ist ja erst am vergangenen Wochenende abgeschlossen worden. Daher kann ich die Aufregungen aus den Reihen der Opposition nicht richtig nachvollziehen. Von vornherein war klar, dass die Auseinandersetzung mit den Betroffenen gesucht wurde und auch zukünftig gesucht wird, in Regionalkonferenzen, in Gesprächen vor Ort. Und dass es bei der Einführung eines zumindest zeitlich zum Teil konkurrierenden Systems Konfliktfelder gibt, kann auch niemanden überraschen. Ihre Presse der vergangenen Woche hat dann aber deutlich gemacht, dass sich der Antrag der FDP, der kein Berichtsantrag ist, weitgehend erledigt hat.

Wir empfehlen Ausschussüberweisung, um im Ausschuss weiter über Einzelheiten diskutieren zu können. Das ist sicherlich nötig. Äußerungen wie: „Ministerin zeigt Einsicht“ oder: „Erdsiek-Rave gibt nach“ erscheinen mir als Kommentar zu einem Anhörungsverfahren doch etwas verwegen. Es geht hier nicht darum, Gewinner oder Verlierer zu benennen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das können wir wohl auch unter der Rubrik „Geplänkel zur Kommunalwahl“ abhaken.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Inhaltlich sollte es uns allen wohl darum gehen, die **verlässliche Halbtagschule** als Verbesserung eines bestehenden Systems möglichst sinnvoll mit den vorhandenen **Betreuungsangeboten** zu kombinieren.

Die Bedingungen an den verschiedenen Standorten sind sehr unterschiedlich. Von daher sind natürlich Flexibilität und Offenheit gefordert. Flexibilität, bezogen auf den Zeitrahmen, Flexibilität in Bezug auf die Qualifikation des Personals. - Das Projekt „Geld statt Stellen“ der Ministerin wurde auch von Ihnen genannt. - Offenheit natürlich gegenüber den einzubeziehenden Angeboten und den Möglichkeiten vor Ort. Und: Herr Dr. Klug, schauen wir doch erst einmal auf den Erlass, um dann zu bewerten, inwieweit diese Offenheit auch umgesetzt wird!

Wir kommen dem Anliegen der CDU, über die Einführungsphase informiert zu werden, durch die Überweisung des heute vorgelegten Antrages nach, obwohl wir dem inhaltlich nicht unbedingt folgen können. Das Ministerium nimmt eine Einführungszeit in den Erlass mit auf, um Erfahrungen zu sammeln und Korrekturen am Konzept vornehmen zu können. Wir werden das als Bildungsausschuss begleiten. Wir möchten es allerdings den Schulen ersparen, in der

(Birgit Herdejürgen)

von Ihnen geforderten Form mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand belastet zu werden. An anderer Stelle ist doch gerade das immer eine Forderung der CDU. Eine Statistik in der von Ihnen beantragten Form unterläuft auch das Bemühen, im Unterrichtsablauf zu mehr Flexibilität und Offenheit zu kommen. Aber dazu, wie gesagt, im Ausschuss mehr.

Frau Eisenberg, abschließend noch eine Bemerkung zu Ihrer Pressemitteilung vom 5. Februar. Sie reden von Brechstangenmentalität. Es wäre tatsächlich Brechstangenmentalität, die Einführung verlässlicher Grundschulzeiten zum Schuljahr 2002/03, wie Sie es darstellen, erreichen zu wollen. Zum Schuljahr 2003/04, wie vom Ministerium vorgesehen, erscheint mir das Vorgehen einem durchaus realistischen Zeitplan zu folgen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

„Kinder von heute brauchen mehr Zeit zum Lernen und mehr Zeit, um sich in einer komplexeren Welt zu orientieren. Darauf muss sich die Grundschule einstellen, und zwar mit einem erweiterten Zeitrahmen für Lern- und Förderangebote.“

Diesen Aussagen der Bildungsministerin in dem regierungsamtlichen Werbeblatt „Schule aktuell“ vom November 2002 kann ich nur zustimmen. Das ist auch CDU-Politik. Die überwiegende Zustimmung in der Presseöffentlichkeit zeigte, dass diese Grundsätze durchaus konsensfähig sind.

Allerdings, meine Damen und Herren, wurde in „Schule aktuell“ der Eindruck erweckt, dass diese **verlässliche Grundschule** sofort und auf der Stelle umgesetzt werde, und es wurde kaum etwas von einem Erlassentwurf gesagt. Wenn der Grundsatz, dass die Kinder mehr Zeit zum Lernen brauchen, konsensfähig ist, frage ich mich: Warum lassen wir uns von dem jetzt vorliegenden Erlassentwurf der Bildungsministerin zur verlässlichen Grundschule nicht beglücken? Warum fühlen sich die Grundschulen nicht beglückt, warum nicht die Lehrerverbände, nicht der Schulleiterverband und die GEW schon gar nicht? Das stimmt doch etwas nachdenklich. Tatsache ist

jedenfalls zurzeit - daran ändert auch die Pressemitteilung der Kultusministerin vom 11. Februar nichts -, dass die Umsetzung dieser sicher gut gemeinten Idee auf erheblichen Widerstand stößt. Die Landtagsabgeordneten aller Parteien sind noch nie so mit Briefen bombardiert worden wie zurzeit.

(Widerspruch bei der SPD - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo waren Sie denn im Dezember?)

- Sie nicht? Das wundert mich aber sehr, Herr Höppner. Wir beide haben doch in der letzten Woche an einer Veranstaltung in Bad Schwartau teilgenommen. Ich kann mich sehr dunkel daran erinnern, dass Sie gerade als derjenige, der zur Regierungsfraktion gehört, erheblich mit Beschwerden bombardiert worden sind.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ich habe schon immer viel Post bekommen!)

Die Kritik richtet sich im Wesentlichen auf folgende Punkte:

Erstens. Die zur Verfügung gestellten zusätzlichen Lehrerstunden - 1,1 pro Woche pro Klasse mit 22 Schülern - reichen nicht aus, um den planmäßigen Unterricht, das heißt die notwendige Unterrichtszeit, sicherzustellen, geschweige denn die geplanten Ergänzungszeiten. Zusätzlich werden diese **Lehrerplanstellen** von anderen Schulen abgezogen. Damit findet dort noch weniger Unterricht statt. Wenn Sie sich die Planstellenzuweisung neuester Art ansehen, so werden Sie feststellen, dass den Grundschulen - nicht im Hamburger Raum, aber in anderen Bereichen und auch in den Städten - 25 Stellen abgezogen werden, den Hauptschulen 26 Stellen und weitere 25 Stellen offensichtlich aus dem Sekundarbereich II abgezogen werden sollen. Ihre Ankündigung, Frau Erdsiek-Rave, mehr Zeit zum Lernen zur Verfügung zu stellen, ist mit der Tatsache, dass die Stunden nicht einmal ausreichen, um den Unterricht sicherzustellen, ad absurdum geführt.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist das!)

Das, Frau Erdsiek-Rave, ist ärgerlich und würde in jeder Schule als Täuschungsversuch bestraft werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zweitens. Bei dieser Ausgangslage stellt sich auch die Frage, ob denn Ihre zweite Ankündigung wahr gemacht werden könnte, mehr Zeit für Förderung zur Verfügung zu stellen. Mitnichten, meine Damen und Herren. Herr Klug hat darauf hingewiesen: Förderunterricht, Differenzierungsmaßnahmen, Chor oder

(Sylvia Eisenberg)

Deutsch für Ausländer finden in diesem Konzept keinen Platz, weil erstens die Zeit dafür fehlt und zweitens dafür keine Lehrerstunden mehr zur Verfügung stehen. Ich darf nur an den Brief aus Bad Oldesloe erinnern.

Damit werden auch viele, gerade erst mühsam formulierte und in mühsamster Kleinarbeit erstellte Schulprogramme zunichte gemacht, wie zum Beispiel in Wedel. Das befürchten jetzt auch schon Schulen, die erst im nächsten Jahr mit den verlässlichen Grundschulzeiten beglückt werden sollen, so zum Beispiel in Lübeck.

Frau Erdsiek-Rave, in Ihrer Presseerklärung vom 11. Februar sagen Sie nichts zu Förderzeiten oder Förderunterricht. Warum eigentlich nicht?

Ein dritter Punkt. Die gewachsenen **betreuten Grundschulen** - auch das wurde von Herrn Klug gesagt -, teilweise privat finanziert, teilweise vom Land gefördert, sind trotz Ihrer Aussage, diese erhalten zu wollen, auch weiterhin in ihrem Bestand bedroht. Für dieses Jahr sind die Fördermittel des Landes im Haushalt noch garantiert. Für das nächste Jahr können Sie keine Zusagen machen.

Laut Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 6. November letzten Jahres wird die Finanzierung umgestellt werden. Damit gibt es keine Planungssicherheit für die betreuten Grundschulen, die vom Land gefördert werden. Das sind zirka 200. Den vollständig privat finanzierten betreuten Grundschulen, die ebenfalls weitere 200 Schulen im ganzen Land ausmachen, droht schon jetzt das Aus, weil keine Betreuungskraft gefunden werden kann, die von 7 Uhr bis 8 Uhr und von 12 Uhr bis 14 Uhr einsetzbar ist. Herr Dr. Klug hat dies gesagt. Deshalb, Frau Erdsiek-Rave, werden sich die Bedingungen für die betreute Grundschule schon jetzt verändern. Insofern führt Ihre Presseerklärung vom 11. Februar auch mit dieser Aussage, die Bedingungen nicht ändern zu wollen, in die Irre. Ihr Ministerium hat die Situation dieser betreuten Grundschulen bei der theoretischen Planung am grünen Tisch offensichtlich überhaupt nicht bedacht. Eine vorausschauende Planung zum Beispiel mit Übergangsfristen oder Einbindung der bestehenden betreuten Grundschulen in die verlässliche Grundschule wie in anderen Bundesländern, die die verlässliche Grundschule eingeführt haben, hat offensichtlich in Ihrem Ministerium - jedenfalls bisher - noch nicht stattgefunden.

Hinzu kommt, dass mit den **Kommunen** als Träger der betreuten Grundschulen und der Grundschulen - nach meinem Wissen - offensichtlich keine Absprachen getroffen wurden. Wenn ich mir das „Stormar-

ner Tageblatt“ vom 18. Februar ansehe, dann stelle ich fest, dass jedenfalls mit den Kommunen im Bereich Stormarn keine Absprachen getroffen worden sind. Wenn der Kreis Stormarn im Rahmen dieses Konzepts zusätzlich 80 Busse einsetzen muss, um alle Kinder zur gleichen Zeit zur Schule zu bringen, und wenn die Schulträger investieren müssen, um zusätzliche Räume für eine Küche und das Frühstück vor Ort zu bauen, dann ist es notwendig, mit diesen Kommunen vorher - auch über die Finanzierung - Absprachen zu treffen. Das hat nicht stattgefunden.

Es gibt noch weitere Ungereimtheiten, die der vorgelegte Erlassentwurf beinhaltet. Ich nenne nur den Einsatz von teuer und gut ausgebildeten Lehrern zum Frühstückessen. Das ist meiner Auffassung nach Umfug. Die Schwierigkeiten des Lehrereinsatzes bei kombinierten Grund- und Hauptschulsystemen, die Zusammenlegung von Klassen, vor allem bei kleinen Grundschulen, die Schwierigkeit, in dem vorgesehenen Rahmen Integrationsklassen zu bilden; die Liste der Ungereimtheiten ist beliebig fortzusetzen. Insgesamt wird von Schulpraktikern und von Eltern befürchtet, dass die Unterrichtszeit zugunsten der Betreuungszeit verringert wird und damit das genaue Gegenteil dessen erreicht wird, was von PISA gefordert wird,

(Beifall bei CDU und FDP)

nämlich eine Verbesserung des Unterrichtsangebots und die Verbesserung der Qualität des Unterrichts.

Während andere Bundesländer wie Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg im Rahmen der verlässlichen Grundschule zunächst die 100-prozentige **Unterrichtsversorgung** sichergestellt haben, dann zusätzliche Lehrerstunden für Fördermaßnahmen, Vertretungsreserven und Betreuungsbudgets bereitgestellt haben, versucht Schleswig-Holstein halbherzig, aber besonders schnell und möglichst kostenneutral, dieses Projekt einzuführen. Frau Erdsiek-Rave, man möge sich dies auf der Zunge zergehen lassen. Das kann nicht klappen. Die Beschwerden der Betroffenen vor Ort zeigen dies auch. Ich fordere Sie daher auf, zunächst und zuallererst die 100-prozentige Unterrichtsversorgung auf der Basis verbindlicher **Stundentafeln** sicherzustellen. Diese Forderung stelle ich immer wieder. Wenn Sie dies immer wieder ablehnen, weiß ich auch warum. Wenn das so weitergeht, werde ich dem hohen Hause und der Öffentlichkeit auch sagen, warum Sie das immer wieder ablehnen. Das ist im Grunde eine Unverschämtheit!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine harte Drohung!)

(Sylvia Eisenberg)

Die Tatsache, dass Sie das ablehnen, zeigt mir nur, dass Sie Angst vor dem Ergebnis einer tatsächlichen Erhebung zum **Unterrichtsausfall** haben. Das ist der Fall!

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Herdejürgen, wenn Sie schon ankündigen, dass Sie unseren Antrag zwar im Bildungsausschuss behandeln wollen, ihm jedoch so nicht zustimmen wollen, dann zeigt das genau in dieselbe Richtung. Warum haben Sie eigentlich solch eine Angst vor der Dokumentierung eines möglichen Unterrichtsausfalls? Das ist mir ganz unbegreiflich.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn wir an verlässlichen Grundschulzeiten festhalten wollen, was von der Grundidee nicht schlecht ist, das haben alle Betroffenen gesagt, so ist es aber unsere Aufgabe im bildungspolitischen Bereich, zunächst die **Qualität des Unterrichts** und die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Erst an zweiter Stelle kommt die Frage der Betreuung. Wie Sie aus den Beschwerden aus dem ganzen Hamburger Umland und aus anderen Bereichen gesehen haben, klappt diese Betreuung so, wie sie zurzeit läuft, mit Unterstützung der Eltern hervorragend.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Verlässliche Grundschulzeiten** sind eine Chance für spannende Vormittage. Das sollten wir uns vor Augen halten, bevor wir ein Erfolg versprechendes Projekt zerreden, Frau Eisenberg.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verlässliche Grundschulanfangs- und Schlusszeiten sind ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich möchte dies gerade für die anwesenden Frauen hier im Parlament noch einmal deutlich unterstreichen.

Wir fordern von verlässlichen Grundschulzeiten auch mehr Qualität. Zu Recht sind wir uns hierin im hohen Hause einig: mehr Unterricht, ein Schulvormittag, in dem konzentrierte Lernphasen im Klassenverband, gezielte Einzelförderung, aber auch gemeinsames Spiel und Entspannung für alle Kinder einem ganzheitlichen Bildungskonzept folgen. Ich rufe dies noch einmal in Erinnerung, weil gerade die letzten

einmal in Erinnerung, weil gerade die letzten Redebeiträge diese Vision etwas verloren gehen ließen. Jede Grundschule soll künftig mit ihrem verfügbaren Gesamtbudget aus Kommunalmitteln und Landesetat frei und flexibel den Vormittag gestalten. Das gilt für vier Zeitstunden in den ersten beiden Grundschuljahren und für fünf Zeitstunden in den letzten beiden Grundschuljahren. Die Aufhebung des starren Dreiviertelschulstundentaktes ist ausdrücklich vom Ministerium erwünscht. Ich sage das noch einmal, weil diese Chance zu sehr unterschätzt wird. Denken Sie einmal an Ihre eigene Schulzeit. Was für ein Segen ist es, wenn endlich einmal nach dem Rhythmus der Kinder gearbeitet werden kann, statt dass an dem starren Rhythmus festgehalten wird. Ich bitte Sie, sich dies vor Augen zu halten, wenn wir über Details reden.

Jede Reform braucht erste Erfahrungen und sie ist nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass das Bildungsministerium neben den 50 Lehrerstellen noch weitere 25 hinzunimmt, um tatsächlich mehr Flexibilität zu erreichen. Wir gehen davon aus, dass diese Stellen - wenn wir an die flächendeckende Einführung der verlässlichen Grundschule denken - aus dem Bereich der Sekundarstufe II kommen müssen. Ich komme darauf zurück. Wir sind sehr froh darüber, dass das Element „Geld statt Stellen“ in dieses Konzept mit eingebunden werden kann. Wir wünschen uns, ähnlich wie Herr Dr. Klug, dass dies schnell Schule macht und dass sich mehr Schulen an dem Projekt „Geld statt Stellen“ und an der verlässlichen Grundschule beteiligen werden. Dies muss miteinander verzahnt werden, denn sonst klappt es nicht. Da gebe ich Herrn Dr. Klug Recht.

Wir erwarten eine enge Abstimmung des Ministeriums mit den Akteuren vor Ort. Dies sind **Kommunen**, aber insbesondere die engagierten Eltern. Wir als Grüne haben in den letzten zehn Jahren in den Kommunen und auf Landesebene die vielen freiwilligen betreuten Grundschulinitiativen im Lande unterstützt. Wir wissen, wie viel Kreativität und wie viel Verlässlichkeit in diesem inzwischen breiten Spektrum von Elterninitiativen liegt. Nicht umsonst kamen aus den Reihen der Eltern sehr interessante Finanz- und Organisationskonzepte zur Weiterentwicklung des Grundschulvormittags. Wir werden uns auch im Bildungsausschuss damit auseinander setzen.

Alle diese Aktivitäten und das große öffentliche Interesse daran dokumentieren: Was in Hamburg bereits in den 90er-Jahren erfolgreich eingeführt wurde und was die Dänen schon lange schätzen, findet nun endlich auch in der Bildungslandschaft zwischen den Meeren und zwischen diesen beiden Ländern politi-

(Angelika Birk)

sche Mehrheiten. Dies gilt es festzuhalten; denn mit Freude sehe ich auch, dass FDP und CDU das Prinzip „verlässliche Grundschulzeiten“ nicht mehr bekämpfen.

(Zuruf von der FDP: Hatten Sie etwas anderes vermutet?)

Das war nicht immer so. Ich finde das sehr gut. Nun sollten wir diese Kraft auch bündeln, statt uns in Kleinlichkeiten zu zerstreuen.

Wir freuen uns insbesondere, dass auch die Kommunen bisher den Prozess mitgetragen haben. Wir haben uns hier im Landtag sehr lange dafür stark gemacht und sehen schon die ersten Erfolge auch bei den älteren Schülerinnen und Schülern, dass Jugendhilfe und Schule zusammenarbeiten, dass Schulen Schulprofile entwickeln. Gerade dass die Kommunen und die Grundschulen in der augenblicklichen Debatte ihr **Schulprofil** engagiert verteidigen und sagen: „Ihr müsst, wenn ihr unser Schulprofil akzeptiert, die verlässliche Grundschule mit anderen Rahmendaten versehen“ zeigt mir, dass das Konzept Selbstständigkeit der Schule, Schulprofile bilden, richtig war. Das heißt, dieses Konzept hat tatsächlich eine Verwurzelung gefunden. Es ist nicht nur einfach eine Idee, sondern es ist inzwischen im Lande Wirklichkeit. Auch dies ist sehr, sehr positiv und das sollten wir als Basis für die Weiterentwicklung gerade auch in der PISA-Debatte nutzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen begrüße ich es sehr, dass der Anhörungsprozess zu dem schon viel zitierten Erlass tatsächlich lebendig war und das Ergebnis nicht schon von Anfang an feststand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße es auch, dass die Ministerin angekündigt hat, dass der Prozess weiter evaluiert wird, und wir sollten uns im Bildungsausschuss auch immer wieder damit beschäftigen.

Damit komme ich zu dem Evaluationsvorschlag der CDU. Frau Eisenberg, gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir hier besprochen haben - Profil der Grundschulen, Flexibilität -, ist das Festhalten an der **Stundentafel** als Grundlage nicht sehr zielführend. Wenn ich mir auch vorstelle, was Sie den Grundschulen an Bürokratie damit oktroyieren, wenn das, was Sie vorschlagen, wortwörtlich so umgesetzt wird, glaube ich, dass dann zu Recht ein Proteststurm noch ganz anderer Art auf uns zukäme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einem Grundgedanken Ihres Antrages kann ich allerdings folgen. Sie wollen wissen, ob rein rechnerisch an jeder Schule durch die Lehrerzuweisung ein Einhalten der Stundentafel überhaupt möglich wäre. Dann wollen Sie wissen, wie auf dieser Grundlage der zugeteilten **Lehrerstellen** die Schulen mit dem, was sie vorfinden, umgehen, ob sie lieber kleine Klassen machen, wie viel Förderunterricht sie machen, welche AG sie bilden und so weiter und wie sie auch mit anderen Trägern kooperieren. Nur, wenn man dies herausfinden will, ist dieser Antrag so, wie er vorliegt, nicht geeignet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten im Ausschuss noch einmal darüber reden, welche praktikablere Form wir finden können, um ein realistisches und für die Schulpflichtigen und Schulpflichtigen handhabbares Evaluationsinstrument zu haben. Ich gehe davon aus, dass uns das Ministerium hierzu Vorschläge machen wird.

Ich möchte aber meinen Redebeitrag zu diesem Thema nicht beenden, ohne ein klein wenig auch in die Zukunft zu schauen. Wir bleiben ja nicht bei dieser ersten Einstiegsphase stehen. Ich finde es richtig, dass sich die Landesregierung einen Zeitplan gesetzt hat und wir spätestens in fünf Jahren überall im Lande verlässliche Grundschulzeiten haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere die Regierung ausdrücklich auf, an diesem Zeitplan festzuhalten, ihn nicht zu verlangsamen. Dazu brauchen wir allerdings dann Umschichtungen und auch Einwerbung von Bildungsmitteln in noch ganz anderer Größenordnung.

Wir gehen davon aus, dass, wenn wir einmal auf zehn Jahre hin sehen, allein durch ein schlaueres Zusammenführen der Oberstufenschüler, durch bessere Kooperation, ein Betrag von circa 50 Millionen € freigesetzt werden könnte, um diesen in die Grundschulphase und auch in eine sehr intensive Bildung im Kindergartenbereich zu stecken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das einmal überschlägig berechnet, natürlich nicht auf den Euro genau. Wir haben uns dabei von den PISA-Ergebnissen leiten lassen, die ja festgestellt haben, dass in Deutschland 9.519 US-Dollar in jeden **Oberstufenschüler** sozusagen - ich sage es einmal untechnisch - gesteckt werden, also pro Schüler zur Verfügung gestellt werden, während gleichzeitig die **Grundschüler** nur 3.531 US-Dollar pro Kopf erhalten. In Finnland sehen die Zahlen so aus: 4.641 Dollar pro Grundschüler und 5.515 US-Dollar pro Oberstufenschüler. Das heißt, die Zahlen sind

(Angelika Birk)

auch in Finnland nicht vollständig gleich für die Kleinen und die Großen, aber die Differenz ist nicht wie bei uns dreimal so groß.

Warum ist sind uns Abiturientinnen und Abiturienten - ich sage das jetzt einmal sehr drastisch - dreimal so viel Geld wert wie Erstklässler? Und wissen wir nicht, dass gerade die Grundlagen für die Bildung in den ersten Jahren gelegt werden? Hier müssen wir nicht im Hau-Ruck-Verfahren, aber Schritt für Schritt zu neuen Strukturen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, dass die Debatte, die wir auch zu späterer Stunde insgesamt zum Bildungsthema noch haben werden, Gelegenheit geben wird, uns hierzu auszutauschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich seiner Sprecherin, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Fraktionen haben in letzter Zeit Briefe von Elternbeiräten zum Thema „verlässliche Grundschule“ erhalten, nicht zuletzt weil ein Erlassentwurf des Bildungsministeriums für Aufregung sorgte. Wer sich den regionalen Pressespiegel des Landtags in Erinnerung ruft, weiß, dass auch in Veranstaltungen die Fragen auftauchten, die in den genannten Briefen zu finden waren. Die wichtigste ist ohne Zweifel: Was passiert mit den existierenden **Betreuungsangeboten**? Wobei aus der Sicht der Eltern hinzugefügt wird: Und können wir weiterhin davon ausgehen, dass unser Kind betreut wird, während wir unserer Arbeit nachgehen?

Ich meine, eine berechtigte Frage, da die **verlässliche Grundschule** feste Unterrichtszeiten für Erst- und Zweitklässler von 8 bis 12 Uhr und für Dritt- und Viertklässler von 8 bis 13 Uhr vorsieht, während im Konzept der betreuten Grundschulen meistens private oder auch kommunale Träger den berufstätigen Eltern eine Beaufsichtigung ihrer Kinder grundsätzlich von 7 bis 14 Uhr zusichern.

Vor diesem Hintergrund begrüßt auch der SSW, dass die Ministerin laut Presseberichten und jetzt auch in ihrem mündlichen Bericht deutlich gemacht hat, dass die Einführung der verlässlichen Grundschule keine

Konkurrenz zur **betreuten Grundschule** darstellen soll. „Es wird keinen Knebelersatz geben“, sagt sie in einem Presseartikel und auch heute wieder hier.

Weiterhin wird zugesichert, dass es nicht darum geht, gewachsene Strukturen zu zerstören. Mit anderen Worten: Bestehende Angebote der betreuten Grundschule sollen in die verlässliche Grundschule integriert werden. Für die individuelle Ausgestaltung der Betreuung vor Ort sei aber die Schulkonferenz verantwortlich. Auch das ging aus dem Bericht der Ministerin hervor.

Dennoch stellt sich weiterhin die konkrete Frage, wie die bestehenden Betreuungsinstitutionen im Land, die ja aus familienpolitischer Sicht eine hervorragende Arbeit leisten, sinnvoll in das vorgeschlagene Konzept integriert werden können. Der Teufel steckt ja bekanntlich im Detail. Es gibt nicht wenige Elterninitiativen, die dem Vorschlag des Ministeriums immer noch mit großer Skepsis entgegensehen. Hinzu kommt die Befürchtung, dass sich Kommunen aus finanzieller Not von der Förderung dieser Betreuungseinrichtungen zurückziehen. Es geht sogar das Gerücht um, dass schon Kündigungen ausgesprochen worden sind. Ein Gerücht ist das nur, möchte ich betonen.

Das Konzept der verlässlichen Grundschule hat eine bildungspolitische Zielsetzung im Gegensatz zu den in erster Linie familienpolitischen Zielsetzungen der betreuten Grundschule. Es geht dabei - so auch die Aussage der Ministerin - um die Stärkung der Grundschule.

Zu den bisher eingepflanzten 50 zusätzlichen **Lehrerstellen** sollen - das wissen wir jetzt - weitere 25 neue Stellen hinzukommen.

Vorerst soll sie ab dem Schuljahr 2003/2004 in den vier Hamburger Randkreisen eingeführt werden. Wir begrüßen, was die Ministerin heute gesagt hat, nämlich dass es eine zweijährige Einführungsphase gibt und dass das Ganze als Prozess zu betrachten ist.

Der Antrag der FDP-Fraktion greift Fragen auf, die unbedingt erörtert werden sollten, denn aus unserer Sicht ist immer noch unklar, was mit den vorhandenen **Schulprogrammen** mit Einführung der verlässlichen Grundschule geschieht.

Im Informationsblatt des Schulleiterverbandes Nr. 44 vom Dezember letzten Jahres gibt es mehrere Artikel zu dieser Problematik. Teils wird der Versuch unternommen, auf Fragen und Problemfelder Antworten zu geben, teils wird auf der Grundlage einer Diskussionsveranstaltung deutlich gemacht, wo aus fachli-

(Anke Spoorendonk)

cher, das heißt auch aus schulpolitischer und pädagogischer Sicht noch Klärungsbedarf besteht.

Auch der Ausschuss sollte sich der angeführten Punkte annehmen, weil sie die Voraussetzung für die eigentliche Akzeptanz des Konzeptes sind. Dabei geht es unter anderem darum, die Verlässlichkeit dadurch zu erreichen, dass die bisher zweckgebundenen Lehrerstunden - das ist heute schon mehrfach gesagt worden - sowie ergänzende Angebote zur Förderung und Differenzierung einschließlich Arbeitsgemeinschaften entfallen sollen. Die gerade begonnene Umsetzung der Schulprogramme, so heißt es dann, wird dadurch erschwert oder gar verhindert. Vorgeschlagen wird stattdessen, mit weniger Schulen, aber mit besserer Ausstattung in die Pilotphase einzusteigen. Ein erster Schritt könnte darin zu sehen sein, bestehende Stundenpläne verlässlich zu machen und - was das Bildungsministerium bereits angekündigt hat - bestehende Betreuungsmassnahmen in das Konzept zu integrieren - so weit der Schulleiterverband.

Der SSW hat sich in der Diskussion über die Stärkung der Grundschulen immer wieder positiv über die Einführung einer **verlässlichen Grundschule** geäußert. Ich will aber nicht verhehlen, dass mir in letzter Zeit doch einige Bedenken gekommen sind. Ein Teil dieser Bedenken habe ich jetzt schon indirekt angesprochen. Übergeordnet betrachtet haben sie mit der Frage zu tun, ob die angepeilten organisatorischen Änderungen dazu geeignet sind, die pädagogischen Erwartungen zu erfüllen, die darin gesetzt werden.

Ohne jetzt die üblichen Verdächtigen verhaften zu wollen, sollte auch die Kritik der GEW ernst genommen werden. Insbesondere kritisiert die GEW, dass die angekündigten zusätzlichen 75 Planstellen für die erste Stufe bei weitem nicht ausreichen, die jetzt vorhandene Unterrichtsversorgung sicher zu stellen. Laut Berechnung der GEW sind dazu mindestens 125 Stellen notwendig. Die Flexibilisierung des Konzepts in Richtung Geld statt Stellen finde ich richtig und begrüße ich auch.

Wenn die GEW dazu sagt, der Erlass setze nur auf Quantität statt auf Qualität und habe zudem erhebliche Mängel und Probleme im organisatorischen Rahmen, die eine Erfolg versprechende Umsetzung unmöglich erscheinen lassen, müssen wir als Bildungspolitikerinnen und -politiker schon aufhorchen und diese Kritik ernst nehmen. Dazu sind die anschließenden Ausschussberatungen da.

Ich fasse zusammen: Wir begrüßen ausdrücklich die Präzisierung, die die Ministerin in ihrem Bericht deutlich gemacht hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Grundschule stärken. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite besagt, dass dabei nicht auf der Strecke bleiben darf, was mit der betreuten Grundschule erreicht worden ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es geht natürlich auch in diesem Bereich darum, Qualitätsstandards zu setzen. Wir wollen keine Billiglösung. Das muss gesagt werden.

In diesem Sinne sagt Rolf Sommer vom Flensburger Verein betreute Grundschule, das Bewusstsein, ihre Kinder betreut zu wissen, erlaube den Eltern - darunter zahlreichen Alleinerziehenden - eine Berufstätigkeit, die sie auch unabhängig von Sozialhilfe mache. Das ist ein Punkt, der mit der Weiterentwicklung der Grundschule zu tun haben muss.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

(Widerspruch)

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein paar Bemerkungen vorweg muss ich nun doch machen. Auch in anderen Bundesländern ist die Einführung der verlässlichen Halbtagsschule schrittweise vorgenommen worden. In Hamburg - Herr Abgeordneter Klug, weil Sie gerade darauf eingegangen sind; es ist ja gut, wenn man einen Staatssekretär hat, der die Hamburger Verhältnisse sehr gut kennt - gibt es beispielsweise keine Finanzhilfen, sie gab es auch nie für betreute Grundschulen. Die Einführung ist dort in ganz anderer Form vorgenommen worden. Wenn man das Volumen der Hamburger Stellen und der Hamburger Finanzmittel auf Schleswig-Holstein überträgt, entspricht es in etwa dem, was wir uns jetzt vorgenommen haben. Damit das einmal klar ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Gut, darüber können wir uns gern im Ausschuss weiter streiten.

Ich wundere mich wirklich über manchen Beitrag von Ihnen, der immer von demselben Tenor geprägt ist: Es ist alles nicht genug. Es muss für alles immer noch mehr Geld und mehr Stellen kommen. Das sind zum Teil dieselben Leute, die auf der anderen Seite sagen,

(Ute Erdsiek-Rave)

dieser Haushalt müsse endlich saniert, es müsse endlich gespart werden und mit den Ressourcen müsse ökonomisch umgegangen werden.

(Günther Hildebrand [FDP]: Es muss anders gemacht werden!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit den vorhandenen Mitteln geht gar nichts. Oder wir können versuchen, schrittweise aus dem, was wir haben, soviel wie möglich zu machen. Es ist das Prinzip, nach dem wir hier vorgehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch ich kann mir vorstellen, Frau Eisenberg, dass ich mit mehr Stellen noch mehr machen und das Ganze schneller umsetzen könnte. Natürlich wünsche ich mir das als Bildungspolitikerin. Aber ich muss auch zur Kenntnis nehmen, wie die Haushaltslage insgesamt ist und dass das **Stellenvolumen**, das wir haben, eben nicht beliebig vermehrbar ist, auch nicht durch solche Aussagen, wie Sie sie hier machen. Die Stellen kommen hier nicht vom Himmel gefallen, sondern ich muss mit dem auskommen, mit dem wirtschaften und sozusagen wuchern, was wir haben. Zum Thema Verlagerung von Stellen: Es wird keiner Grundschule - bitte erzählen Sie nicht dieses Märchen im Lande - etwas abgezogen, sondern die Schülerzahlen gehen im übrigen Landesteil zurück. Die Unterrichtsversorgung in den Grundschulen wird sich durch die Einführung der verlässlichen Grundschule im Hamburger Rand nicht verschlechtern. Das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man bei Veränderungen Widerstand, Kritik, Bedenken, Nachfragen erzeugt, finde ich das alles andere als ungewöhnlich. Das ist normal in solchen Situationen. Sie müssen bitte auch nicht jede Kritik und jede Äußerung, die vor Ort gemacht wird, für bare Münze nehmen. Das ist etwas, was mich bei Ihnen immer stört. Sie übernehmen das alles immer 1:1, hinterfragen es auch gar nicht.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das stimmt nicht!)

Es sind zum Beispiel Sachen gesagt worden wie: Die verlässliche Grundschule würde die Ferienzeit nicht berücksichtigen. Dazu muss ich sagen, dass dies nicht ihre Aufgabe ist. Wenn die betreute Grundschule so etwas anbietet und macht, kann ich nur sagen: hervorragend. Ich wundere mich darüber, dass die betreute Grundschule auf einmal so hochgehalten wird. Es ist ja schön, dass Sie das tun, aber als wir die Förderung

der betreuten Grundschule eingeführt haben, kamen von Ihnen die Argumente: Dafür ist das Land gar nicht zuständig. Das sollen doch die Eltern allein machen. Daran kann ich mich noch sehr gut erinnern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt haben wir sie und ich kann nur sagen: Gott sei Dank haben wir soviel Eigeninitiative und soviel Engagement vor Ort. Gott sei Dank kann die Landesförderung hier ein bisschen helfen. Aber da, wo es überhaupt keine Landesförderung gibt, wo die Bedingungen der Organisation nicht so sind, dass wir fördern können, können Sie von uns auch nicht erwarten, dass wir auf diese Einrichtung auch noch Rücksicht nehmen, die wir zum Teil in ihren Strukturen gar nicht kennen, weil sie vor Ort privat oder anders organisiert werden.

Schauen wir einmal sehr genau hin, wie sich das vor Ort entwickelt. Die Restriktionen, die im Erlass für die betreute Grundschule vorgesehen sind und der in die Anhörung gegeben worden ist, werden herausgenommen. Bitte richten Sie Ihre Kritik nicht mehr an einen Popanz, der gar nicht mehr da ist. Wir heben die Restriktionen auf die zeitliche Beschränkung vor und nach dem Unterricht auf und fördern pauschal. Ich bin sicher, dass diese **Verzahnung** zwischen **betreuter Grundschule** und **verlässlicher Halbtagschule**, die von uns ausdrücklich gewollt ist, mit diesen neuen Bedingungen möglich ist und umgesetzt wird.

Ganz zum Schluss möchte ich noch einmal auf die Diskussion zur Stundentafel zu sprechen kommen - Herr Präsident, ich bin sofort fertig -: Das Denken in Stundentafeln und 45 Minuten-Stunden ist im Prinzip überholt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Das Prinzip der Schule von morgen, Frau Eisenberg, wird darin bestehen, dass die Gestaltung des Lernprozesses und des Unterrichts sehr weitgehend in die **Verantwortung** der einzelnen **Schule** gelegt wird. Der Staat gibt Rahmenvorgaben und überprüft regelmäßig die Unterrichtsergebnisse und die Qualität von außen.

Diese beiden Seiten einer Medaille sind es, die in Zukunft gelten müssen. Es zählt das Ergebnis und nicht sozusagen die Einzelvorgabe in Bezug auf eine bestimmte Anzahl von Stunden. Das Volumen wird den Schulen gegeben, die Gestaltung erfolgt vor Ort und die Qualitätskontrolle muss sein. Das ist das Prinzip der selbstständigen Schule von morgen. Ver-

(Ute Erdsiek-Rave)

stellen wir uns diese Perspektive nicht durch den Blick auf alte Strukturen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei kurze Anmerkungen! Ich habe hier vor mir den Abschlussbericht der Hamburger Schulbehörde zur Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule in Hamburg. Da wird zum Thema Umsetzung zum einen geschildert, wie in zwei Schritten die Stundentafel auf 27 Wochenstunden in der Zeit von 8 bis 13 Uhr angehoben worden ist. Zum anderen wird ausgeführt, dass 365 Stellen zunächst einmal für die Aufstockung der Stundentafel eingesetzt worden sind, 80 Stellen für Vertretungsreserve bereitgestellt werden und außerdem 20 Stellen für den Zusatzbedarf der Sonderschulen.

Ich habe von einer Grundschule aus dem **Hamburger Umland** - ich sage natürlich nicht, von welcher; sonst kriegen die gleich wieder vom Ministerium einen auf den Deckel - das Ergebnis einer Umfrage der Eltern erhalten. Da sind die Eltern gefragt worden, welche Modelle sie präferierten. Ich möchte Ihnen die Ergebnisse einmal kurz zusammengefasst vortragen. Von den befragten Eltern haben 49 gesagt - das ist die Minderheit -: Wir kommen so klar, wie es im Moment ist. 127 - bei weitem die größte Zahl der Eltern, die sich zu der Umfrage geäußert haben - haben gesagt: Uns reicht es, wenn der Stundenplan eingehalten wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

58 haben den Wunsch geäußert, dass Unterricht und Betreuung in einem festen Rahmen, von 8 bis 13 Uhr, gewährleistet werden. Weitere 50 haben gesagt: Wir würden für die Betreuung außerhalb dieser Kernzeit, also vor 8 oder nach 13 Uhr, als Eltern einen finanziellen Eigenbeitrag leisten. - So das Ergebnis der Umfrage dieser Schule bei den Eltern. Vielleicht sollten Sie sich dieses Ergebnis einmal zu Herzen nehmen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Richten Sie Ihre Politik nach den Wünschen der **Eltern** aus und nicht nach irgendwelchen konstruierten Vorstellungen, die Sie sich selbst entwickelt haben.

Dritte Anmerkung, zu Frau Birk! Ihr Vergleich Sekundarstufe II, USA und Deutschland, finanzieller Einsatz - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: OECD-Durchschnitt! - Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das Beispiel der USA haben Sie aber angeführt. Vielleicht sollten Sie auch einmal daran denken, dass es Bildungssysteme gibt, die **Inhalte** nicht im Sekundarbereich II bieten, sondern im **tertiären Bereich**. Der Vergleich der absoluten Zahlen, was den finanziellen Aufwand angeht, ist schon allein aufgrund der unterschiedlichen Gehaltsstrukturen, aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraftparitäten ziemlich problematisch.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten uns darauf beschränken, uns darüber zu unterhalten, wo der zentrale Mehrbedarf in unserem Bildungssystem ist, und der ist mit Sicherheit im Grundschulbereich anzusetzen; denn da gehen bisher zu wenig Ressourcen hinein. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Ein paar Worte! Frau Birk, wenn Sie meinen, in der **Oberstufe** sparen zu wollen, sagen Sie doch bitte laut und deutlich, dass Sie dann auch das Kurssystem abschaffen wollen. Denn das kann nur die Folge sein. Man sollte dann auch einmal an die Schule gehen und sehen, wie es da tatsächlich aussieht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Finnland hat ein ausgeprägtes Kurssystem! Alle skandinavischen Länder haben das! Sie müssen sich das mal selber angucken!)

- Herr Hentschel, wenn Sie etwas sagen wollen, sagen Sie es nachher.

Es geht um die Verteilung der Stunden. Frau Erdsiek-Rave, Sie haben gesagt, das Ministerium werde den Rahmen für die Schule der Moderne setzen. Aber der Rahmen muss sich ja an irgendetwas ausrichten. Wenn Sie sich einmal den normalen Stundenplan einer Schule angucken und Sie die Pausen von 10 auf

(Sylvia Eisenberg)

15 Minuten erweitern, haben Sie bereits für die erste und zweite Klasse in Ihrem Konzept einen Unterrichtsrahmen bis 11:45 Uhr, also annähernd 12 Uhr - und zwar ohne eine zusätzliche Betreuung, sondern allein aufgrund der zu gebenden Stunden. Deswegen sitze ich immer bei den Stundentafeln, Herr Hentschel. Wenn Sie die nach der **Stundentafel** vorgesehenen Stunden tatsächlich geben, kann man bereits eine Verlässlichkeit im Rahmen des Unterrichts erreichen, ohne dass Sie noch zusätzliche Betreuung oder Sonstiges einbringen. Vielleicht rechnen Sie das einfach einmal durch. Nach Adam Riese ist das möglich. Das wäre nach meiner Auffassung auch das Sinnvollste.

(Beifall des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Wenn Sie weitergehen und auf die dritte und vierte Klasse kommen, haben Sie einen Unterrichtsrahmen bis 12:45 Uhr, immerhin eine gute Stunde mehr. Das wären dann die fünf Stunden pro Vormittag. Auch das ist möglich.

Ich frage Sie, ob das aus bildungspolitischer Sicht ausreicht. Wenn Sie zusätzlich überlegen, dass es möglicherweise noch Förder- oder Förderunterricht geben soll, sind Sie bei der verlässlichen Halbtagsgrundschule, wie wir sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Früher war alles besser. Ich erinnere mich an die Zeiten, als ich zur Schule ging, die CDU regierte, das Land noch mehr Geld hatte: Der Unterricht fiel aus und ich fuhr Rolltreppe, statt in der Schule unterrichtet zu werden. Nur so viel zur Praxis der CDU.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das merkt man heute noch! - Heiterkeit bei FDP und CDU)

Das hat dann dazu geführt, dass ich in den Landtag gekommen bin. Wir könnten jetzt weitgehende Schlüsse daraus ziehen.

(Heiterkeit)

Jetzt komme ich dazu, wie sich die anderen Parteien vorstellen, die Halbtagsgrundschule zu finanzieren. Ich lese einmal aus dem FDP-Landtagswahlprogramm vor. Dort steht: Die FDP setzt sich mehr für Betreuungsangebote in der Grundschule (volle Halb-

tagsschule und Ganztagsbetreuung) ein. Zur Finanzierung solcher Aufgaben sind neben Zuschüssen des Landes und der Schulträger auch Elternbeiträge notwendig. - Das ist dann tatsächlich ein anderes Modell, als wir es wollen. Wir wollen Unterricht, der nicht von den Eltern bezahlt wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen die Eltern doch schon!)

- Die Eltern bezahlen Betreuung. Sie wollen - so steht es in Ihrem Programm - eine volle Halbtagschule auch von Schulträgern und Eltern mitfinanzieren. Das mag unsauber formuliert sein, aber das ist ja nicht mein Problem, es ist ja Ihr Wahlprogramm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind wirklich zu viel Rolltreppe gefahren! Sie können nicht einmal richtig lesen!)

Nun komme ich zu Herrn Rühle. Herr Rühle hat immerhin dazu beigetragen, dass die CDU deutlich gesagt hat, dass auch sie **Betreuung an Schulen** möchte, dass auch sie Ganztagschulen möchte. Die CDU schreibt in ihrem Programm, dass sie 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen möchte. Das machen wir. Dadurch will die CDU den Unterricht in der Qualität verbessern. Sie will Ganztagsangebote. Sie will volle Halbtagschulen. - Wie soll das alles gehen? Wie soll das alles mit 1.000 Lehrern gehen?

Sie wissen doch genauso wie wir, dass wir, wenn wir etwas verändern wollen, nicht nur additiv draufsatteln können. Das funktioniert nicht, die Kassen sind leer.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist das Problem: Sie haben das Land in die Pleite gewirtschaftet!)

Wir müssen alle miteinander den Mut haben, uns das anzuschauen: Was haben wir, wo können wir umschichten und wie können wir innerhalb des Bildungshaushalts zu einer realen Verbesserung kommen?

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die CDU bekommt sofort wieder kalte Füße. Sie sagen, Sie wollen die volle Halbtagschule. Aber wenn es losgeht, kommen Sie hier sogar mit dem Schulbusproblem an.

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Das ist das, was Sie hier immer wieder in die Bütt treibt: reine Bedenkenträger!

(Monika Heinold)

Frau Eisenberg, wenn ich mir den Beitrag von Ihnen und den von Herrn Dr. Klug angucke, ist das ein Unterschied wie Tag und Nacht oder Nacht und Tag. Herr Dr. Klug hat differenziert gesagt, wie er sich die Sache vorstellt, und er hat differenziert darauf hingewiesen, wo die Probleme liegen. Er hat in der Analyse zum Teil ja auch Recht. Er weist ja mit Recht darauf hin, dass wir nach einem halben Jahr schauen müssen, wie das Ganze vor Ort funktioniert, dass wir flexible Lösungen brauchen, dass wir Geld statt Stellen brauchen, dass wir Eigenverantwortung und Vernetzung brauchen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben aus PISA nichts gelernt!)

Aber nur immer zu sagen, dass alles schlecht ist, dass alles falsch ist, dass alles nicht funktioniert und die CDU alles besser weiß, das ist zu einfach.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das wollen Sie nicht hören!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung. Bevor wir in die Abstimmung eintreten, darf ich neue Gäste begrüßen. Einmal die Damen und Herren des CDU-Regionalverbandes aus Wacken,

(Beifall)

dann die Damen und Herren des Fortbildungskurses der Med-Ecole für Rettungsassistentinnen und -assistenten aus Raisdorf. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Nun treten wir in die Abstimmungen ein und ich darf kurz zum Verfahren etwas erläutern. Wir hatten vorhin alternativ abgestimmt über die Drucksachen 15/2439 und 15/2488. Da ging es um die Frage, auf welcher Grundlage der Bericht gegeben werden soll. Das wäre eigentlich dadurch erledigt, dass der Bericht gegeben worden ist. Worüber wir jetzt abzustimmen hätten, wäre die Frage, wie wir mit dem Bericht verfahren.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ausschussüberweisung!)

- Sehr gut, dazu kommen wir gleich.

Der zweite Punkt wäre die Frage, dass wir dann über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen müssen;

denn wir hatten gesagt, er soll kein Änderungsantrag sein,

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Ausschussüberweisung!)

sondern über ihn soll einzeln abgestimmt werden; das ist die Drucksache 15/2492. Ganz zum Schluss stimmen wir ab über den Antrag der FDP, Drucksache 15/2430, unter a) ab. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

(Martin Kayenburg [CDU]: Alles Ausschussüberweisung! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Alles Ausschussüberweisung!)

- Wir machen es dann aber einzeln, damit wir wissen, was an welchem Ausschuss überwiesen werden soll.

Wer also den Bericht der Landesregierung auf der Grundlage des Antrages Drucksache 15/2488 zur abschließenden Beratung an den zuständigen Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig vom Hause so gebilligt!

Zweite Abstimmung! Wer den Antrag Drucksache 15/2492 an den zuständigen Bildungsausschuss überweisen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch einstimmig so beschlossen!

Dritte Abstimmung! Wer den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2430, an den zuständigen Ausschuss überweisen will, den darf ich jetzt um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich gebe dann noch etwas zur Geschäftslage bekannt. Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnungspunkte wie folgt abzuhandeln: Als nächster Tagesordnungspunkt wird der Tagesordnungspunkt 46 aufgerufen, dann folgen Tagesordnungspunkt 17, Tagesordnungspunkt 26 und - wenn die Zeit reicht - Tagesordnungspunkt 16.

Ich hoffe, das ist so angekommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und der Ganztagschulen in Schleswig-Holstein bei Umsetzung der Vorhaben der Bundesregierung

Landtagsbeschluss vom 12. Dezember 2002

Drucksache 15/2300

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/2417

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich darf darauf hinweisen, dass die Aussprache noch nicht eröffnet worden ist. Ein bisschen mehr Ruhe bitte!

Ich erteile das Wort zunächst der Bildungsministerin, Frau Erdsiek-Rave, für die Landesregierung.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Gesellschaft insgesamt, in den politischen Parteien auch hier im Landtag gibt es inzwischen nach langen Jahren der kontroversen Debatten einen hohen Konsens in dieser Frage.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Der Ausbau von ganztägiger Kinderbetreuung und von ganztägigen Bildungsangeboten ist in Deutschland überfällig und er ist bildungspolitisch geboten und familienpolitisch notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: So weit können wir noch folgen, Frau Ministerin!)

Die Landesregierung hat zu diesem Thema einen Bericht vorgelegt - auf Antrag der FDP -, der in weiten Teilen auf der Grundlage noch nicht vorhandener konkreter Vorlagen seitens des Bundes abgefasst werden musste. Ich bitte dafür um Nachsicht, Herr Dr. Klug. Deswegen sind die Antworten auch entsprechend knapp ausgefallen. Dies betrifft zum einen die bedarfsgerechte Betreuung der 0- bis 3-Jährigen und zum anderen das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ mit der die Schaffung einer modernen Infrastruktur im Ganztagschulbereich unterstützt und der Anstoß für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen gegeben werden soll.

Das ist der politische Rahmen, den die Bundesregierung gesetzt hat, zu dem in der Koalitionsvereinbarung der beiden regierenden Parteien Entsprechendes ausgesagt ist und der nun durch Finanzierungs- und Ausbaukonzepte - ich will es einmal so sagen - unterfüttert werden muss.

Zunächst also zu den Bedingungen für den Ausbau der **Betreuungsangebote** bei den 0- bis 3-Jährigen! Bisher ist leider nicht mehr bekannt, als dass dies finanziert werden soll durch die Einsparungen, die die **Kommunen** bei der Umsetzung des Hartz-Konzeptes machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ha!)

Dazu befindet sich die Bundesregierung derzeit noch in der Beratung. Unser Informationsstand ist, dass bis Ende April die grundlegenden Aspekte festgelegt werden sollen, dass Entwürfe für Vereinbarungen mit den Ländern und entsprechende Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in der Vorbereitung sind.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen im Moment - auch wenn ich es gern wollte - dazu nicht mehr sagen. Ich vermute, dass noch sehr viel Abstimmungsbedarf zwischen den Ländern, insbesondere mit Blick auf die Finanzlage der Kommunen, notwendig sein wird, wenn dieses Konzept erfolgreich umgesetzt werden soll.

Ohne Frage ist sicherlich zuzugestehen, dass wir auch in Schleswig-Holstein ein verbessertes Angebot für die 0- bis 3-Jährigen brauchen.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber ich bin der Auffassung, dass es verbindliche Richtquoten nicht geben sollte, sondern dass dies nachfrageorientiert ausgebaut werden muss

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und dass dies natürlich auch der finanziellen Situation der Kommunen Rechnung tragen muss. Lassen Sie mich dies vorsichtig so einschränkend unterstützen und bejahen, aber wir werden uns sehr genau angucken, wie denn die Bedingungen wirklich aussehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weiß Lothar Hay das auch schon?)

Nun zum Thema **Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“** des Bundes, dem so genannten Vier-Milliarden-Programm! Der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zu diesem Investitionsprogramm „Bildung und Betreuung“ ist uns in der vergangenen Woche von der Bundesministerin offiziell zugegangen und vorgelegt worden. In der kommenden Sitzung der Kultusministerkonferenz Anfang März wird es dazu ein Abstimmungsgespräch zwischen den Länderministern und der Bundesregierung geben. Ich rechne inzwischen mit einer zügigen Umsetzung und Unterzeichnung der **Vereinbarung** danach in allen Bundesländern, damit das Programm auf den Weg gebracht werden kann. Es ist schon richtig, was der „Spiegel“ in dieser Woche schreibt: Verzicht auf das Geld wird am Ende wohl keiner.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Nun verhehle ich auch hier nicht, dass sich Schleswig-Holstein eine andere Form der finanziellen Unterstützung gewünscht hat,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und zwar eine, die auch die laufenden Kosten berücksichtigt - etwa über eine höhere Umsatzsteuerbeteiligung der Länder. Meine Damen und Herren, das hätte uns wirklich langfristige Planung ermöglicht, das hätte uns ermöglicht, dass wir auch die laufenden Kosten wirklich sicher in den Griff bekommen. So ist das nicht durchsetzbar gewesen. Der Bund gewährt jetzt Finanzhilfen, die für den Aufbau neuer und in Ausbau bestehender Ganztagschulen genutzt werden sollen, mit denen Renovierung, Umbau, Ausbau, Ausstattung gefördert werden sollen.

Wörtlich heißt es dazu im Vereinbarungsentwurf:

„Gefördert werden Ganztagschulen im Sinne der jeweiligen Landesregelungen, die über ein pädagogisches Konzept verfügen und deren Einrichtung oder Erweiterung nach dem 1. Januar 2002 beschlossen beziehungsweise genehmigt wurde. Ferner werden Schulen mit räumlich angegliederten Horten auf der Grundlage eines gemeinsamen pädagogischen Konzepts gefördert.“

Das ist ein wesentlicher Punkt; er erlaubt den Ländern zu differenzieren zwischen offenen und gebundenen Ganztagschulen und erlaubt doch mehr Freiheit, als zunächst in Rede stand.

Für Schleswig-Holstein stehen im ersten Jahr, also 2003, circa 10 Millionen € und bis 2007 insgesamt 135 Millionen € zur Verfügung. 10 % dieser Summe müssen als Komplementärmittel, wie es in dem Entwurf heißt, in den Ländern aufgebracht werden.

Wir haben jetzt eine **Richtlinie** zur **Auswahl der Vorhaben** und zur Durchführung des Verfahrens auf den Weg gebracht; die muss nach der endgültigen Vorlage der Vereinbarung und Unterzeichnung sicherlich noch einmal überprüft werden. Wie im letzten Jahr sind Zuschüsse für den Betrieb und den landesweiten Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen, die den Kriterien für offene Ganztagschulen entsprechen, im Haushalt vorgesehen. Ich rechne fest damit, dass es vonseiten der Kommunen eine Nachfrage nach den Bundesmitteln geben wird, sodass im kommenden Schuljahr bereits mit der Förderung begonnen werden kann.

Niemand muss übrigens befürchten, dass Mittel verloren gehen. Sie können auf das nächste Jahr übertragen werden.

Meine Damen und Herren, der Ausbau von ganztägigen Betreuungs- und Bildungsangeboten ist wirklich ein Kraftakt für die Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Zeiten knapper Haushaltsmittel - und knapp sind sie in allen Bundesländern und insbesondere in den Kommunen - kann er nur schrittweise umgesetzt werden, wirklich nur schrittweise.

(Glocke der Präsidentin)

- Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Man kann mit diesen Bundesmitteln keine Wolkenkuckucksheime bauen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass dieser Weg bildungspolitisch notwendig ist und dass der gesellschaftliche Bedarf unumstritten ist. Wir sollten uns deshalb gemeinsam mit den **Kommunen** anstrengen, nicht nur diese Mittel zu binden, sondern auch in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren in einzelnen Schritten die bedarfsgerechten Betreuungsangebote für alle Altersstufen auszubauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Eisenberg.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber wir sind Antragsteller, Frau Präsidentin!)

- Entschuldigung! Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass wir bedarfsgerechte **Betreuungsangebote** für **Kleinkinder** bis zum Alter von drei Jahren brauchen und auch bedarfsgerechte **Ganztagsschulangebote**. Frau Erdsiek-Rave, ich bin sehr dankbar darüber und möchte das für die FDP-Fraktion hier ausdrücklich unterstreichen, dass wir uns auch darin einig sind, dass es idealerweise ein vernünftigeres Verfahren geben müsste, nämlich in der Gestalt, dass man die **Finanzverteilung** zwischen Bund und Ländern so ändert, dass die Länder vernünftige Handlungsspielräume bekommen. Das, was jetzt mit den angekündigten Förderprogrammen kommen wird - sofern sie schon greifbar sind, denn

(Dr. Ekkehard Klug)

bei dem ersten Bereich, bei der Kinderbetreuung bis zum Alter von drei Jahren ist noch Vieles recht unklar -, ist in der Umsetzung in weiten Bereichen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung für die Kleinkinder, nicht praktikabel. Davon bin ich fest überzeugt.

Das, was jetzt schon absehbar ist, zeigt, dass hier von der rot-grünen Bundesregierung Mogelpackungen verkauft werden. Das möchte ich an ein paar Beispielen deutlich machen: Das Finanzierungsversprechen, Einsparungen, die bei der Umsetzung des Hartz-Konzeptes in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden € entstehen sollen, sollen bei den Kommunen verbleiben. Wenn Sie die Überschrift im „Handelsblatt“ von heute sehen „Deutschland vor Kündigungswelle“ bleibt es eine große Frage, ob durch das **Hartz-Konzept** tatsächlich eine große Entlastung auf dem **Arbeitsmarkt** entstehen wird oder ob nicht durch die wirtschaftliche Entwicklung in der nächsten Zeit das genaue Gegenteil eintreten wird. Das ist schlicht und ergreifend ein ungedeckter Scheck und eine finanzpolitische Seifenblase, die dort produziert worden ist.

Ich darf darauf hinweisen, dass der Deutsche Städte- tag einmal nachgerechnet hat, dass bei einer 20-prozentigen Angebotspalette, bei einer 20-prozentigen **Versorgungsquote**, tatsächlich ein finanzieller Mehraufwand von 2,4 Milliarden € erforderlich wäre. Das sagt der Deutsche Städtetag, der das nachgerechnet hat. Dieser Mehraufwand entsteht allein für den Bereich der Betriebskosten. Investitionskosten für alle diese schönen Kindertagesstätten für Kleinkinder sind da noch nicht einmal eingerechnet. Das ist die nächste rot-grüne Seifenblase aus der Bundeshauptstadt.

Frau Erdsiek-Rave, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie gesagt haben, man muss in die Richtung, was die Betreuungsangebote für Kleinkinder betrifft, gehen, aber auch hier bedarfsgerecht und nicht nach starren Quoten. Starre Quoten von 20 % hieße für Schleswig-Holstein, dass wir einen Fehlbedarf von 10.000 Plätzen hätten. Und ich gehe wieder von den bundesweiten Durchschnittszahlen aus, die der Deutsche Städtetag errechnet hat. Danach betragen die jährlichen Kosten für einen Platz 9.230 €. Das macht gut 92 Millionen € Betriebskosten bei 10.000 Plätzen. Jeder weiß, dass die Kommunen in diesem Lande in absehbarer Zeit nicht in der Lage wären, diese 92 Millionen € aufzubringen.

Mein dritter Punkt: Es gibt eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zu diesem Thema; sie ist am 17. Januar 2003 von der Bundesregierung beantwortet worden. Dort wird gesagt, eine **bundesgesetzliche Regelung** dieser **Kleinkinderbetreuung** soll nach

den Vorstellungen der Bundesregierung Ende 2004 in Kraft treten. Dann soll sie bis 2006 tatsächlich die 20-prozentige **Versorgungsquote** erreichen. Jeder hier im Hause weiß, dass das absolut utopisch ist. Es ist absolut utopisch, in einer solch kurzen Zeit, wenn Ende 2004 erst die bundesgesetzliche Regelung da ist, das zu erreichen. Das ist schon wieder eine Seifenblase. Da ist nichts als pure Luft produziert worden, das ist nicht mal Wind, das ist ein wehendes Vakuum.

Zu dem zweiten Komplex **Ganztagschulen!** Da gibt es immerhin in den nächsten Jahren echtes Geld. Das hat Frau Erdsiek-Rave in ihrem schriftlich vorliegenden Bericht auch im Einzelnen für die Jahre beziffert. Allerdings sind es nur Baukostenzuschüsse. Das ist auch schon erwähnt worden. Man muss sich natürlich darüber Gedanken machen, was denn - wenn wir diese Baukostenzuschüsse in den Schulen hier in Schleswig-Holstein gut unterbringen können - pro Schule - 338 Schulen müssten es sein oder könnten es sein, nach Ihren Vorstellungen - dabei herauskäme. Das wären pro Schule 400.000 €. Dann muss man überlegen, was damit zu machen ist. Was wird für den laufenden Betrieb erforderlich sein. Sie sagen, ja, zum jetzigen Zeitpunkt sei die Frage nach den **laufenden Kosten** nicht zu beantworten. Vielleicht überrascht uns ja der Fraktionsvorsitzende der SPD als Komplementärangebot zu seiner Kindergartenpflicht ab vier Jahren noch mit dem Ruf nach einem pädagogischen Landesarbeitsdienst für Großmütter und Großväter. Falls Sie das als Sozialdemokraten nicht wollen - das wäre vielleicht auch gut so -

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Wir wollen ja nicht spekulieren!)

- gut, spekulieren wir nicht über die nächsten Ideen von Lothar Hay -, dann muss irgendwie **Personal** für die Ganztagschulen eingestellt werden. Ich nehme einfach mal das Beispiel des sozial-liberal regierten Landes Rheinland Pfalz, das ein Programm für 300 Ganztagschulen 2002 bis 2007 mit einem Finanzvolumen für diese Fünf-Jahresstrecke in Höhe von 225 Millionen € aufgelegt hat. Das sind beim Endausbau pro Jahr 60 Millionen €. 1.000 Stellen haben Sie als Bedarf zugrunde gelegt. Ich nenne das mal, diese 60 Millionen € pro Jahr, sozusagen als Hausnummer, um einmal eine Vorstellung davon zu geben, was der tatsächliche Betrieb dieser über 300 neuen Ganztagschulen im Land an Kosten für das Land bedeuten würde. Vielleicht sollten wir uns deshalb am Freitag beim Thema Föderalismusreform noch einmal darüber Gedanken machen, ob man nicht alsbald eine Aufgabentrennung zwischen Ländern und den Kommunen hinbekommt, die den Bund davon abbringt, im Grunde unpraktikable und uneffek-

(Dr. Ekkehard Klug)

tive Förderprogramme aufzulegen und über eine neue Finanzverteilung stattdessen uns, den Ländern, vielmehr Spielräume zu geben, um vernünftige Konzepte schneller, sinnvoller und effektiver auf den Weg bringen zu können.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich Herrn Abgeordneten Höppner das Wort erteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die vereinbarten Redezeiten bitte auch in etwa einzuhalten sind.

Herr Dr. Höppner, Sie haben das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Anlässlich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kinderbetreuung im vorstädtischen Bereich in Schleswig-Holstein haben wir in der 67. Sitzung am 12. September des letzten Jahres noch ausführlich mit unserer Ministerin diskutiert. Ich will das Thema hier nicht noch einmal aufnehmen. Sie können das über 20 Seiten hinweg im Wortprotokoll nachlesen. Ich möchte hier schwerpunktmäßig auf das Thema Ganztagsbetreuung im Bereich der Schulen eingehen.

Diese Thematik haben wir in den Parteien unseres Landes und in den Fraktionen schon im Jahr 2000 aufgenommen. Wir haben das damals allerdings im Wesentlichen unter familienpolitischen Aspekten diskutiert. Ich erinnere an die Ergebnisse unseres Parteitages oder auch die der CDU vom März 2001. Mit den Ergebnissen der **PISA-Studie** allerdings, die uns Ende 2001 erreichten, die die Mängel in unserem Bildungssystem offenbarten, steht die Diskussion um die **Ganztagsbetreuung** an den **Schulen** im Wesentlichen unter pädagogischen, unter bildungspolitischen Zielsetzungen. Wir alle waren uns hier im Haus darüber einig, dass die Einführung von Ganztagsangeboten in unseren Schulen dringend geboten ist. So werden seit Beginn des Schuljahres 2002/2003 neben den bestehenden 22 Ganztagschulen in unserem Land 80 weitere Schulen gefördert, die Ganztagsangebote vorhalten.

Angekündigt im Sommer 2002, liegt uns nunmehr ein Vereinbarungsentwurf zum **Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung - IZBB“** der Bundesregierung vor, das als 4-Millionen-€-Programm in den Jahren 2003 bis 2007 den Aufbau solcher Angebote unterstützen soll.

Für Schleswig-Holstein – das ist in dem Bericht der Ministerin erwähnt – werden in diesem Zeitraum 135 Millionen € zur Verfügung stehen. Ausgehend von einem 10-%-Anteil, der im Land aufzubringen ist, wird das Ganze in Schleswig-Holstein ein Fördervolumen von insgesamt 148 Millionen € haben. 10 % im Land bedeutet, dass dieser Anteil auf den unterschiedlichen Ebenen eingebracht werden kann, also auch von Land, Kreisen, Gemeinden und Schulträgern gemeinsam.

Wenn wir über die Höhe dieses **Fördervolumens** in unserer alten Währung nachdenken – ich sage dies immer, weil ich an den zentralen Schulbaufonds erinnern möchte -, dann sind das 295 Millionen DM, jährlich 59 Millionen DM. So viel, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben wir in Schleswig-Holstein für Schulbau und Schulbausanierung jährlich nicht einmal aus. Um uns die Dimension dieses Förderprogramms noch einmal deutlich zu machen: 148 Millionen € sind nach den Schulbaurichtlinien Kostenflächenart 1 rund 100.000 qm Klassenraum. Bezogen auf die Normgrößen von Klassen ist das ein Volumen von 1.600 Klassen für Schleswig-Holstein insgesamt, die in dem IZBB für uns zur Verfügung stehen. Wir werden damit in unserem Lande das Investitionsvolumen für fünf Jahre pro Jahr mehr als verdoppeln können.

Allen Kritikern – Herr Dr. Klug, Sie haben es eben angesprochen -, die bemängeln, dass keine **Personalkosten** für den **Betreuungsaufwand** getragen werden können, sei nochmals gesagt, dass dies aus genannten verfassungsrechtlichen Gründen eben nicht geht. Auch Sie wissen es. Es sei an anderer Stelle den Kritikern aber deutlich gemacht, dass das IZBB ein ausgesprochen attraktives Mittelstandsförderungsprogramm für unser Land ist, für die daniederliegende Bauwirtschaft und das Gewerbe ohnehin. Wir brauchen an unseren Schulen, wenn sie denn Ganztagsangebote vorhalten wollen, auch solche baulichen und sächlichen Investitionen. Die Kollegen Dr. Garg und Kalinka – sie sind leider nicht in diesem Raum – haben gestern in einer Podiumsdiskussion im Plöner Gymnasium erleben müssen, welchen Stellenwert der Bau einer Cafeteria für eine Schule hat, die bis in den Nachmittag hinein unterrichtet.

Meine Damen und Herren, wir können von dieser Stelle aus alle Schulen, die ein pädagogisches Konzept für eine Ganztagsbetreuung entwickeln wollen, nur unterstützen und sie auf die zur Verfügung stehenden Fördermittel aufmerksam machen. Es lohnt

(Dr. Henning Höppner)

sich in jedem Falle. Die Chancen für Schulbau waren in diesem Lande noch nie so groß.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Meine Damen und Herren!

„Der Behauptung, dass Politiker nicht denken können, ist zu widersprechen.

(Vereinzelt Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Politiker denkt an die nächsten Wahlen.“

Dies ist ein passendes Zitat von Marcus Ronner für das Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ der rot-grünen Bundesregierung, verkündet – das haben Sie gesagt – im Sommer letzten Jahres kurz vor der Bundestagswahl. Denn mit Bildungspolitik können Wahlen gewonnen werden. Das ist auch die neuste Erkenntnis der führenden Landespolitiker hier in Schleswig-Holstein, wie man anhand der Äußerungen von Lothar Hay erkennt. Als Bildungspolitiklerin freue ich mich natürlich über die Wertschätzung, die Bildungspolitik jetzt auch von Rot-Grün erfährt, allein mir fehlt ab und zu der Glaube, wenn ich mir die Vorschläge und den vorliegenden Bericht ansehe. Er bietet inhaltlich nicht viel Neues. Das ist kein Vorwurf. Wenn nichts Neues zu berichten ist, dann ist nichts zu berichten. Er zeigt allerdings, wie Politik seit neuester Zeit gemacht wird, und hier zunächst erst einmal Bundespolitik. Da wird zur Unterstützung des eigenen Wahlzieles ein Bundesprogramm medienwirksam öffentlich verkündet, ohne dass sich die verantwortlichen Politiker Gedanken darüber gemacht haben, ob und wie dieses Programm umzusetzen ist, welche zusätzlichen Kosten es bei Land und Kommunen verursacht und welche Folgekosten nach Ablauf des Programms auf die Beteiligten zukommen.

Die Bildungsministerin Bulmahn verkündet die Bereitstellung von 1,4 Milliarden € für die **Hortbetreuung**, für 20 % der Kinder von null bis drei Jahren. Das würde 10.000 Hortplätze für Schleswig-Holstein bedeuten. Das hört sich toll an. Aber auf welche Weise sollen diese zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden? Ich zitiere aus dem Bericht der Landesregierung – auch dies muss man sich auf der Zunge zergehen lassen -:

„Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, dass die Mittel für eine Betreuung von 20 % der Kinder unter drei Jahren dadurch bereitgestellt werden, dass die Kommunen die bei ihnen entstehenden Minderausgaben im Zuge der Umsetzung des Hartz-Konzeptes in entsprechender Höhe behalten dürfen.“

Wie und ob das **Hartz-Konzept** umgesetzt werden soll, steht allerdings noch in den Sternen, und die eventuelle Höhe der eventuellen Einsparung kann ebenfalls noch nicht realistisch geschätzt werden. Herr Klug hat es mit fast den gleichen Worten gesagt: Das ist ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft und keinesfalls eine Finanzierungszusage. Vielmehr werden hier Hoffnungen und Erwartungen bei den Eltern geweckt, die auf eine solche Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind. Diese Erwartung werden sie in Ansprüche umformulieren, die sie an die Kommunen stellen. Die **Kommunen** als Letzte in der Hackordnung stehen wieder einmal vor einer Aufgabe, die von oben oktroyiert worden ist und für deren Finanzierung sie gerade stehen sollen. Das ist eine verantwortungslose Politik von Bundesseite und ein weiterer Ansatz dafür, Herr Klug, dass das Konnexitätsprinzip auch bei Aufgabenübertragungen vom Bund auf die Kommunen in das Grundgesetz aufgenommen werden müsste.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein ähnlicher Eiertanz wird bei der vom Bundeskanzler ebenfalls medienwirksam verkündeten Einrichtung von 10.000 Ganztagschulen aufgeführt, für Schleswig-Holstein rein rechnerisch 338 im Zeitraum bis 2007. Finanzielle Mittel allerdings nur für investive Maßnahmen wurden versprochen. Der Haushalt 2003 des Bundes wird allerdings erst im März abgesehen. Dass zusätzliche **Ganztagschulen als Angebotsschulen** auch für Schleswig-Holstein notwendig sind, steht außer Frage. Die CDU hat dazu schon Initiativen gestartet und frühzeitig zusätzliche Ressourcen gefordert, um die Qualität des Bildungssystems auch durch Ganztagschulen zu verbessern.

Dass eine qualitative Verbesserung dieses Systems nicht durch rein **investive Maßnahmen** für die räumliche und sächliche Ausstattung erreicht werden kann, hat auch der Bundeskanzler erkannt. Deshalb schiebt er die Folgekosten hinsichtlich der notwendigen personellen Ausstattung auf die Länder ab. Rot-Grün in diesem Land kann und will die Ganztagschulen und damit auch die zusätzlichen Ressourcen nicht finanzieren und hält an der Ganztagsbetreuung fest, hofft auch noch weiterhin, diese mit den versprochenen investiven Mitteln ausbauen zu können. Welche Kos-

(Sylvia Eisenberg)

ten damit aber auf die Kommunen in sächlicher und personeller Hinsicht zukommen, so der Bericht der Landesregierung, kann ebenfalls nicht beziffert werden. Das gleiche Schema: Die Kommunen sind die Gekniffenen.

Wenn so, meine Damen und Herren, Bildungspolitik gemacht wird, sowohl vom Bund als auch vom Land, dann wird es Zeit, dass wir die politischen Verhältnisse hier einmal ändern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung führen uns in Schleswig-Holstein überdeutlich vor Augen: Es besteht ein großer Nachholbedarf sowohl für die Ganztagsbetreuung in Schulen und Kindertagesstätten als auch für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Von einem Einstieg in eine **flächendeckende Versorgung** gerade für Letztere können wir – das hat die Antwort auf die Große Anfrage unserer Fraktion zutage gefördert – in Schleswig-Holstein überhaupt nicht sprechen. Es sind verschwindend wenige Kindertagesstätten, die Krippenplätze anbieten.

Angesichts dieser Tatsache kann sich niemand zurücklehnen und ein Schwarzes-Peter-Spiel betreiben, denn jede politische Kraft, jede gesellschaftliche Gruppe hat sich selbstkritisch zu fragen, was sie in der Vergangenheit zur Lösung des Problems beigetragen hat und vor allem welchen Beitrag sie jetzt für die nächsten Jahre leisten will.

Denn nicht erst seit PISA, aber wenigstens nach PISA kann niemand mehr die Augen davor verschließen: Die Investitionen in unsere Kinder sind die Investitionen in die Zukunft. Wer hier versäumt, der versündigt sich an unseren Kindern und der versündigt sich auch an der Zukunftsvision für das eigene Land.

Wenn wir hier von großen Zahlen reden, soll uns das nicht entmutigen, sondern ermutigen. Natürlich ist der Bund nicht für die Finanzierung der Bildungsaufgaben und die Kinderbetreuung zuständig. Das sind kommunale Aufgaben und Landesaufgaben. Wenn er dennoch Mittel dafür zur Verfügung stellt, sollten wir das nicht beargwöhnen, sondern nach Mitteln und Wegen suchen, diese Mittel einzusetzen. Ich bin Herrn Höppner sehr dankbar dafür, dass er einmal

sehr konkret vorgerechnet hat, was man mit diesem Geld alles anstellen kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch darauf eingehen: Warum hat Schleswig-Holstein so viel Nachholbedarf? - Erst Anfang der 90er-Jahre, nach dem Regierungswechsel, ist hier überhaupt investiert worden durch das Landeskindertagesstättengesetz und durch die Gründung von mehr Ganztagschulen, insbesondere im Bereich der Gesamtschulen. Das ist in den anderen Bundesländern schon früher besser gewesen.

Welche **alternativen Entwicklungen** möglich gewesen wären, wird deutlich, wenn wir uns mit den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern vergleichen, für die die angebotenen Investitionen des Bundes und die avisierten Zahlen bis zum Jahr 2007 keineswegs utopisch sind. Es gibt sogar Bundesländer, die können diese Zahlen, die hier avisiert sind, in einigen Bereichen schon vorweisen. Dort geht es nur um eine qualitative Weiterentwicklung oder eine Arrondierung in bestimmten Gebieten oder das Halten eines solchen Standards. Ich finde es sehr beeindruckend, wie es den Müttern in den neuen Bundesländern gelingt, trotz hoher Arbeitslosigkeit den Standard an Kinderbetreuung und an Betreuungszeiten zu verteidigen. Davon könnten wir hier manchmal etwas gebrauchen.

Wir brauchen jetzt eine gemeinsame Initiative aller gesellschaftlichen Kräfte. Ich bin froh darüber, dass nach der PISA-Debatte tatsächlich ein Ruck durch die Gesellschaft geht und dass von der Baden-Württembergischen Handwerkskammer bis zum McKinsey Investitionen für unsere Kinder diskutiert werden und dabei auch die Idee einer Schule, eine Schulvision, die die Kinder möglichst lange in einem Verband zusammenlässt, anstatt sie nach Leistung oder anderen Parametern zu sortieren, nach langen Jahren wieder auch in diesem Land diskussionsfähig wird.

Deswegen werden wir uns bei den Vorstellungen, wie wir die Mittel einsetzen, von dem Pragmatismus derjenigen leiten lassen, die auch bisher das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule vor Ort gut auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist uns in den Auseinandersetzungen gelungen - hieran hatten auch grüne Politikerinnen und Politiker Anteil -, dass sich der Begriff Investitionen nicht auf eine Bauinvestitionen beschränkt, sondern damit tatsächlich ein umfassendes Konzept realisiert werden kann, nicht laufende Personalmittel für den Unterricht - das ist klar -,

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

(Angelika Birk)

aber auch andere Dinge, beispielsweise Dinge, die zur Einrichtung einer Cafeteria gehören. Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass angesichts der anderen Flexibilisierungsschritte, die wir im Schulbaufonds vorgenommen haben, hier tatsächlich eine Weite von Möglichkeiten erreicht worden ist, die den Kommunen für die Zukunft Hoffnung geben kann. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt zu einer **Schulentwicklungsplanung**, möglichst abgestimmt mit Jugendhilfeorientierungsdaten, kommen und nicht Fehlinvestitionen tätigen, sondern uns überlegen: An welchen Stellen brauchen wir Oberstufenzentren, an welchen Stellen können wir Grund- und Hauptschulen zusammenfassen,

(Zurufe der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

wo brauchen wir die Ganztagsangebote am dringendsten und wie können wir Krippenplätze mit anderen Kindertagesstätten vernetzen?

Ich sage ganz deutlich in Ihre Richtung, Frau Eisenberg: Es geht uns nicht um den Abbau von Oberstufenkursen. Wir haben in Finnland gemerkt, wie wunderbar es ist, wenn viel mehr Auswahl an Oberstufenkursen da ist als bei uns.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auf nach Finnland!)

Wie ist das in einem Land mit viel größeren Flächen und viel dünnerer Besiedlung als bei uns möglich? - Durch Zentrenbildung. Es ist älteren Schülerinnen und Schülern durchaus ein weiterer Weg zuzumuten, als das bei uns der Fall ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da können wir zu sinnvollen Synergieeffekten kommen und damit Mittel freimachen,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Viel Spaß!)

die wir für die Ganztagsbetreuung der Jüngeren brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für den Bericht und vielen Dank für die weiteren Ausführungen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Für die offenen Worte!)

Ich fand das sehr reell.

(Beifall bei SSW und FDP)

Sie haben das bestätigt, was sich aus dem Bericht ergibt. Ich fand das sehr erfrischend.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht üblich!)

- Ich kenne das sonst auch. Aber es war sehr schön knapp dargestellt und zu sehen, dass es im Moment nicht möglich ist, genauere Auskünfte zu erteilen.

Es ist schön, wenn man weiß, dass sich jemand um einen sorgt. Das gilt für die Kinder in den Tagesstätten ebenso wie für die Regierungsmehrheiten. Die FDP sorgt sich darum, ob es die rot-grüne Regierungsmehrheit wirklich schafft, ihren Koalitionsvertrag umzusetzen. Darin steht nämlich, dass sie im Jahr 2004 damit beginnen möchte, in Schleswig-Holstein und anderswo für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung, mehr Ganztagschulen zu sorgen. Wir sind uns glücklicherweise alle miteinander einig darin, dass die **Kinderbetreuung** in Deutschland noch besser werden kann. Deshalb freut es uns natürlich, dass auch die Bundesregierung verstärkt die unter Dreijährigen und die Schulkinder berücksichtigen möchte.

Der Landtag hat sich, wie der Kollege Höppner auch schon ausgeführt hat, vor kurzem mit der Antwort auf die Große Anfrage zur Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein beschäftigt. Dabei wurde deutlich, dass die Angebote für Kinder unterhalb des Kindergartenalters und im Schulalter erhebliche Mängel aufweisen. Wir stimmen darin überein, dass das nicht so bleiben sollte. Deshalb ist die Absicht der Bundesregierung zu begrüßen, eine Versorgungsquote von 20 % bei den Kleinsten zu erreichen.

Wie sich aus der Antwort der Landesregierung, aber auch aus der Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion auf Bundesebene ergibt, gibt es hier ganz große Probleme. Man weiß gar nicht genau, wie man das machen möchte. In Schleswig-Holstein würde das möglicherweise die Schaffung von 10.000 neuen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen bedeuten.

Dieser schöne Wunsch der Regierungsmehrheit reicht natürlich nicht. Wie bei allen guten Absichten der Bundesregierung kommt es letztlich darauf an, wie diese Pläne in den Ländern und den Kommunen umgesetzt werden können, und vor allen Dingen, wie sie finanziert werden. Gerade in dieser Hinsicht sind wirklich noch alle Fragen offen, wenn es um die Um-

(Silke Hinrichsen)

setzung dieser Ziele in der Berliner Koalitionsvereinbarung geht. Hier liegt auch der Haken.

Die Finanzierung soll durch Mittel erfolgen, die in der Arbeitsmarktpolitik eingespart werden. Es wird davon ausgegangen, dass durch das Hartz-Konzept Minderausgaben bei den **Kommunen** entstehen, die dann passend den Kindern zugute kommen können. Mit anderen Worten: Die Finanzierung der Ganztagsbetreuung ist zurzeit nur eine Luftbuchung. Wir wissen gar nicht, wie weit das **Hartz-Konzept** diese Einsparungen wirklich erbringt. Natürlich wünschen wir uns dies alles, nämlich dass dieses neue Konzept sehr viele Leute in Arbeit bringt. Aber wissen kann im Moment keiner, wie gut es klappen wird. Es weiß somit auch keiner, ob diese Milliarden für die Betreuung hier wirklich eingespart werden können. Selbst, wenn diese Gelder wirklich übrig bleiben, weiß noch keiner, ob es sich die Kommunen wirklich leisten können, gerade dieses Geld für die Betreuung auszugeben.

Angesichts der drastisch steigenden Ausgaben und der noch dramatischer sinkenden Einnahmen der Kommunen stellt sich nämlich die Frage: Werden die Kommunen diese Gelder, wenn sie denn tatsächlich zur Verfügung stehen, nicht in erster Linie für andere dringende Pflichtaufgaben und anderes verwenden oder für den ebenso wichtigen Schuldenabbau?

Die Betreuung ist ein typisches Beispiel dafür, wie der Bund im Moment den Kommunen dauernd neue Aufgaben und Ausgaben auferlegt, ohne sie finanziell ordentlich auszustatten.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja!)

Das haben wir vor kurzem erst bei der Grundsicherung erlebt. Da hat der Bund auch gesagt, dass die Kommunen die Mittel in der Sozialhilfe sparen werden. Mittlerweile zeichnet sich jedoch ab, dass die Ausgaben für die Grundsicherung höher sind als die Einsparungen. Ähnliches haben wir auch schon erlebt, als es um die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ging. So kann der Bund mit den Kommunen nicht umspringen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Die Bundesregierung bestellt dauernd schöne Sachen aus dem Wunschkatalog und lässt dann den Empfänger bezahlen.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

So sehr wir die politische Zielsetzung der Ganztagsbetreuung teilen - auf solche Geschenke, die man sich

nicht einmal selbst aussuchen darf, können die Kommunen sehr gut verzichten.

(Frauke Tengler [CDU]: Jawohl! - Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

Jedenfalls so lange, bis der Bund das Wort **Konnexität** gelernt hat.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Sylvia Eisenberg [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

Für andere planen können die nämlich sehr gut. Das kann sogar ich. Die Bundesregierung ist aber noch den Beweis schuldig, dass sie eine tragfähige Finanzierung vorlegen kann, die die katastrophale Finanzlage unserer Gemeinden berücksichtigt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Frau Abgeordnete! Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Sie haben das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Vor diesem Hintergrund ist die schöne Antwort zu sehen, die sich in der Vorlage findet, der zufolge die Maßnahmen ohne Änderung der Grundsätze der Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung im geltenden Rechtsrahmen durchgeführt werden. Dies bedeutet: keine Konnexität.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Sylvia Eisenberg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Einen Antrag habe ich nicht gehört. Wird beantragt, im Ausschuss weiter zu beraten? - Der Antrag soll zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 17:

Einsatz der Bundeswehr im Innern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2427

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag wollen wir den Schleswig-Holsteinischen Landtag auffordern, ein klares Votum gegen die Ausweitung der Kompetenzen der Bundeswehr auf Polizeiaufgaben im Innern abzugeben.

Gerade in Wahlkampfzeiten, vor der Bundestagswahl und vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, wurde seitens der Union immer wieder eine Diskussion über eine Änderung des Grundgesetzes geführt, um **Einsatzmöglichkeiten** der **Bundeswehr** zu erweitern. Bayern hat sogar eine Bundesratsinitiative angekündigt, geschehen ist bisher - zumindest im Bundesrat - Gott sei Dank nichts.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jedoch können wir erwarten, dass diese Diskussion im Zusammenhang mit der Krise im Irak neu entbrennen wird. Ich möchte an dieser Stelle für die Kollegen meiner Landtagsfraktion und für mich feststellen, dass wir der Position des Bundeskanzlers nicht nur aus politisch-moralischen Gründen, sondern auch aus rechtlichen Gründen viel abgewinnen können. Denn Deutschland ist eine Beteiligung an einem Angriffskrieg von Verfassungen wegen verboten. Wir wollen auch in diesem Punkt unsere Verfassung nicht ändern.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen, denke ich, verdient diese Position auch von meiner Partei Unterstützung.

Letztmaliger Anlass für den Vorstoß der Erweiterung der Bundeswehreinätze im Innern war der Vorfall in Frankfurt, als ein verwirrter Pilot damit drohte, seinen Segelflieger in ein Gebäude stürzen zu lassen. Unser Standpunkt ist, dass sich gerade in diesem Fall die bestehenden Strukturen bewährt haben. Denn bereits nach heutiger Konstellation des **Grundgesetzes** hat die Bundeswehr als Ultima Ratio die Möglichkeit einzugreifen. Diese Möglichkeit wurde von den Beteiligten, dem hessischen Innenminister Bouffier und Bundesverteidigungsminister Struck, auch in Erwägung gezogen. Gerade im konkreten Fall stellte sich allerdings heraus, dass ein Abschuss völlig außer Betracht kam. Ein Abschuss wäre sogar das Dümme gewesen, was man hätte tun können. Hätte man die Hochhäuser geräumt und wäre der Pilot mit der entführten Maschine in diese Häuser hineingeflogen, dann hätte er nur sich selbst getötet. Hätte man aber den Motorsegler abgeschossen, so hätte dies einen unübersehbaren Schaden verursacht. Der Abschuss wäre also aus polizeilicher Sicht nicht das geeignete

Mittel gewesen. In einer anderen Situation könnte es einmal das letzte Mittel sein. Das ist aber abstrakt nicht zu beurteilen.

Apropos Beurteilung der Lage: Eine Flugzeugentführung ist grundsätzlich mit einer Geiselnahme zu vergleichen. Dabei handelt es sich um Situationen, in denen der verhandelnde Beamte äußerstem psychologischem Druck ausgesetzt ist. Bei der Polizei und beim Bundesgrenzschutz gibt es Einheiten, die für eine solche Situation speziell ausgebildet sind, im Gegensatz zur Bundeswehr. Dort gibt es eine vergleichbare Ausbildung nicht, weil die Bundeswehr auch völlig andere Aufgaben hat. Wir brauchen und wir wollen aber Profis, wenn es um die Belange der inneren Sicherheit geht.

Nächster Punkt! Der Vorfall in Frankfurt hat gezeigt, dass die Luftwaffe für vergleichbare Einsätze nur mangelhaft ausgerüstet ist. So verloren die Piloten in der Dämmerung ihr potenzielles Ziel aus den Augen. Auf dem Bordradar der Phantom werden sehr langsam fliegende Maschinen gar nicht dargestellt und Nachtsichtbrillen hatten die Piloten nicht. Herr Kapitanleutnant Maurus, ich weiß mich in dieser Frage mit Oberstleutnant Geißler einig.

(Heiterkeit - Thorsten Geißler [CDU]: Da widerspreche ich!)

Was soll man also machen, wenn ein vergleichbarer Krisenfall bis zum Eintritt der Dunkelheit nicht gelöst wurde? Im Zweifel abschießen? - Mit Sicherheit nicht!

Der beste Ansatzpunkt zur Vermeidung von Flugzeugattacken ist im Übrigen nicht der mögliche Abschuss der gekaperten Maschine, sondern - das haben wir bereits mehrfach hier erörtert - die Vermeidung einer Entführung schlechthin. Darauf müssen wir uns konzentrieren, dafür müssen wir die notwendigen Maßnahmen auf den Flughäfen treffen. Da gibt es immer noch Einiges zu tun, übrigens auch, was die Sicherheitsausstattung in den Flugzeugen selbst angeht.

Die Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern birgt noch eine weitere Gefahr, vor der ich ausdrücklich warnen will. Die Bundeswehr könnte zu einer Art Risikoreserve des **Bundesgrenzschutzes** und der **Polizei** werden. Mit dieser Reserve im Rücken wäre ein erheblicher Druck auf die Innenminister der Länder für eine umfassende und erstklassige Ausstattung der Landespolizeien genommen. Man könnte dann die Bundeswehr bei nicht ausreichender Kapazität der Polizeikräfte ohne Katastrophenfall immer hilfsweise heranziehen. Das ist

(Wolfgang Kubicki)

zwar aus finanzpolitischer Sichtweise verlockend, aber das wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie den Katastrophenschutz entsprechend ausstatten. Beispielsweise brauchen wir einen modernen Digitalfunk bei der Polizei, beim Katastrophenschutz und bei der Feuerwehr, und zwar möglichst vor 2010, dem geplanten Jahr der Einführung.

Daran müssen wir arbeiten und sollten bestehende Mängel nicht durch eine Erweiterung der Kompetenzen der Bundeswehr beheben. Das wäre zwar der einfachere, aber nach unserer Ansicht auch der falsche Weg. Wir bitten deshalb um Zustimmung in der Sache.

(Beifall bei FDP und SSW sowie der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kubicki hat den Vorfall vom 5. Januar 2003 geschildert. Als ein offenbar Verwirrter ein Kleinflugzeug - übrigens mit Motor und nicht nur als Segelflugzeug ausgerüstet - entführt und gedroht hatte, sich damit auf ein Frankfurter Hochhaus zu stürzen, hatten manche Politikerinnen und Politiker zum Anlass genommen, abermals - so etwas gab es schon einmal - eine **Zuständigkeit der Bundeswehr im Innern** zu fordern. Das würde auch eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich machen.

Unabhängig von Bayern hatte es ja bereits nach den Anschlägen des 11. September 2001 eine entsprechende Initiative der Unionsparteien im Bundesrat gegeben. Diese ist zu Recht gescheitert.

Im Zuge des Vorfalls im Januar machte sich nun auch Bundesverteidigungsminister Peter Struck derartige Gedanken, und er erhielt dafür sogar noch die Rückendeckung der neuen Vorsitzenden der Grünen, Angelika Beer. Beiden ging es dabei allerdings nur um die Möglichkeit, Flugzeuge im besonderen Notfall zum Schutz der Bevölkerung abschießen zu können. Polizeiliche Aufgaben zum Schutz von Flughäfen und Industrieanlagen, wie im gleichen Zuge von der CDU gefordert, sollten die Streitkräfte laut Struck nicht übernehmen.

Nach **Artikel 35 Grundgesetz** dürfen die Streitkräfte nur im Spannungs- oder im Verteidigungsfall oder zur Amtshilfe für die Länder bei Naturkatastrophen wie zum Beispiel bei der Flut im letzten Jahr oder bei größeren Unglücksfällen im Innern eingesetzt werden. Hinzu kommen - daran werden sich die 68-er sicherlich noch erinnern - die **Notstandsartikel 92 a** und **87 a Grundgesetz**. Fälle wie der in Frankfurt sind nach dem Grundgesetz eben nicht eindeutig definiert. So jedenfalls lauten die Mitteilungen auch von unseren Leuten aus Berlin.

Daher ist als Ergebnis der Diskussion nach Frankfurt nun angestrebt, mit einem neuen Gesetz des Bundes eine klare Regelung für die Amtshilfeleistung durch die Bundeswehr zu treffen. Eine Grundgesetzänderung ist dafür nicht erforderlich.

Die **Innenministerkonferenz** hat am 6. Dezember 2002, also vor dem Frankfurter Vorfall, beschlossen, dass die Bundeswehr im Rahmen der neuen Strategie für den Schutz der Bevölkerung in Deutschland und für den Katastrophenschutz der Länder mit ihrem Wissen und ihren Ressourcen zur Vorbereitung terroristischer Angriffe beziehungsweise zu deren Abwehr zur Verfügung steht, soweit dies nach dem Grundgesetz möglich ist. Dabei geht es um Optimierungsmöglichkeiten bezüglich des **Anforderungsverfahrens**, und dagegen kann eigentlich niemand etwas haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Aspekte können auch wir guten Gewissens dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen. Die allgemeine Übertragung von polizeilichen Aufgaben auf das Militär - das hat einstmals Innenminister Schäuble 1993 gefordert - ist und bleibt aus unserer Sicht verantwortungslos; denn Ausbildung, Bewaffnung und Einsatzmethoden von Polizei und Bundeswehr unterscheiden sich grundlegend. Daher lehnen wir das ganz klar ab.

Das Grundgesetz unterscheidet auch ganz eindeutig zwischen militärischen und polizeilichen Aufgaben, und eine Vermischung dieser Aufgaben wollen wir auf gar keinen Fall.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Darüber können wir vielleicht morgen Abend im Maritim in aller Ruhe mit kompetenter Seite, nämlich mit der Bundeswehr, noch ein paar Takte reden.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt nur bis zum 5. Januar zurückzugehen, ist eigentlich etwas kurz gesprungen. Wir müssen den Blick etwas weiter zurückwenden.

Nach den Anschlägen von New York und Washington ist - das haben wir mehr oder weniger einvernehmlich festgestellt - nichts mehr wie vorher. Alenthalben wird von Sicherheitsexperten und von Politikern ein „Umdenken“ gefordert. Die Form des Angriffs am 11. September 2001 auf die USA machte deutlich, dass eine neue Art von Krieg geführt werden kann, ohne dass sich klar erkennbare reguläre Truppen gegenüberstehen.

Terroristen halten sich nicht an die Haager Landkriegsordnung und auch nicht an die Genfer Konvention. Die **Grenzen** zwischen **äußerer** und **innerer Sicherheit** sind fließend geworden. Wenn Kriegshandlungen nicht von außen, sondern im Staat selbst vorgenommen werden, ist die Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit nicht länger so wie bisher aufrechtzuerhalten. Angesichts der vielfältigen Formen und Gefahren des **Staatsterrorismus** ist es nur folgerichtig, auch die Einsatzmöglichkeiten der **Bundeswehr im Inneren** zu überprüfen. Dies gilt vor allem für die Fälle, in denen offensichtlich ist, dass Polizei und Bundesgrenzschutz allein nicht in der Lage sind, die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche Fälle sind das?)

Dass bei solchen Formen des Angriffs der Phantasie verbrecherischer Hirne offenbar keine Grenzen gesetzt sind, hat uns der 11. September gezeigt. Das Undenkbare kann dabei nicht nur denkbar, sondern auch ganz schnell Realität werden.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Was hätte denn das Militär tun können?)

Von daher ist verantwortliche Sicherheitspolitik gefordert, die unter Berücksichtigung der derzeitigen weltweiten Sicherheitsrisiken alle Handlungsoptionen überprüft und die für den Einsatz von Sicherheitskräften klaren und eindeutigen Rechtsgrundlagen zu schaffen. Wenn eine tödliche Bedrohung für die Sicherheit des Landes nicht anders als durch die Bundeswehr abgewehrt werden kann, wird auch niemand verantworten wollen, auf den einzig möglichen Schutz zu verzichten. Je eher und je klarer die rechtlichen Voraussetzungen dafür geregelt werden, umso geringer ist auch die Gefahr des Missbrauchs.

(Wortmeldung des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Verantwortliche **politische Führung** sollte die Last von Entscheidungen in der Stunde der Gefahr auch nicht auf nachgeordnete militärische oder zivile Entscheidungsträger abschieben, sondern frühzeitig selbst für klare Grundlagen und Grenzen sorgen. Das ist überfällig. Es kann nicht hingenommen werden, dass wegen falsch verstandener political correctness schwammig darauf verwiesen wird, dass notfalls nach den Regeln etwa von Amtshilfe oder übergesetzlichem Notstand gehandelt werden könnte. Es ist klar: Absolute Sicherheit gibt es nie. Das jedoch befreit nicht von der Pflicht, das menschenmögliche Maß an Schutz und Vorkehrungen zu versuchen. Andernfalls gefährdet der freiheitliche Rechtsstaat seine grundlegende Legitimation.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie suggerieren einen Schutz, den es gar nicht gibt!)

- Herr Kollege Kubicki, die Diskussion nach dem 11. September läuft. Ferner laufen noch verschiedene Prüfverfahren.

Zurzeit gibt es keine konkrete Bundesratsinitiative eines Bundeslandes. Der Vorstoß Bayerns vom November ist abgelehnt worden. Nichtsdestotrotz haben Sie natürlich Recht, wenn Sie sagen, eine Initiative mehrerer unionsgeführter Länder und auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei angekündigt worden. Es wäre gut gewesen, wir hätten hier auf Grundlage dieser Initiative diskutieren können. Ich lege Ihnen dar, was im Moment von unserer Seite her geplant ist. Es geht dabei im Wesentlichen um die Änderung des **Artikels 35** des Grundgesetzes. Die besonderen Herausforderungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus belasten die Sicherheitskräfte von Bund und Ländern in einem bisher nie da gewesenen Maße. Natürlich gilt dies nicht für Schleswig-Holstein, sondern für andere Länder und Großstädte dieser Republik. Dabei bindet die Überwachung von gefährdeten Objekten Polizeikräfte, die damit für andere polizeiliche Aufgaben nicht zur Verfügung stehen. In einer solchen Situation könnte der Einsatz von Streitkräften zum Schutz ziviler Objekte die Polizei entlasten, denn **Art. 87 a Abs. 3 und 4 Grundgesetz** zeigen, dass ein solcher Einsatz keine den Streitkräften grundsätzlich fremde Aufgabe ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das wollen wir nicht!)

Das Grundgesetz lässt einen solchen Einsatz von Streitkräften bisher nicht zu. Anders als der Schutz militärischer Objekte, einschließlich solcher der Bündnispartner, ist der Schutz ziviler Objekte eine

(Heinz Maurus)

Aufgabe der Polizei und gehört grundsätzlich zurzeit nicht zum Verteidigungsauftrag der Streitkräfte. Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit das Grundgesetz dies ausdrücklich zulässt.

Wir wollen hier eine Änderung in Art. 25, um den Einsatz der Streitkräfte zum Schutz ziviler Objekte zur Entlastung der **Polizei** in besonderen Fällen zu ermöglichen, aber auch nur dann, wenn Polizei und **BGS** nicht ausreichend den Schutz dieser zivilen Objekte tatsächlich sicherstellen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das meinen Sie doch nicht im Ernst!)

Herr Kollege Kubicki, wir wollen das, was auch viele Experten fordern, nämlich Klarheit; auch über den Einsatz der Streitkräfte gegen die Bedrohung aus der Luft. Auch hier können Regelungen in Art. 35 GG vorgenommen werden. Um diese Punkte geht es bei unserer Bundesratsinitiative, die im Übrigen noch in der Vorbereitung ist. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir halten diese Regelung für sinnvoll und richtig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitte Januar wurde im Bundestag eine Debatte über die **Befugnisse der Bundeswehr im Inneren** geführt. Anlass war ein entsprechender Antrag der CDU. Dies wurde bereits erwähnt. Die Absicht der Antragsteller und Antragstellerinnen war klar: Vor den Landtagswahlen sollten noch einmal Muskeln gezeigt werden. Kurz zuvor hatte ein Geisterflieger über der Frankfurter Innenstadt die Öffentlichkeit einen Nachmittag lang in Atem gehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP-Fraktion: Es dürfte Sie nicht überraschen, dass Sie bei der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Ihrem Antrag offene Türen einlaufen. Wir müssen selbstverständlich auf eine Situation vorbereitet sein, in der **terroristische Angriffe** erfolgen, die von der Polizei und anderen Landesbehörden nicht abgewehrt werden können. Diese könnten aus der Luft erfolgen, aber eventuell auch - und das ist für uns in Schleswig-Holstein besonders wichtig - mittels Schiffen von See.

Es wurde bereits erwähnt: Es gibt im Grundgesetz die Regelung des **Art. 35** Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz.

Herr Maurus ist darauf zu sprechen gekommen. Dort ist ausdrücklich die Möglichkeit gesehen worden, dass ein Bundesland mit der Abwehr von Gefahren überfordert sein könnte und die **Hilfe von Bundesbehörden oder Bundeswehr** anfordern muss.

(Unruhe)

- Ich möchte Sie ja nicht stören, meine Herren, aber es wäre nett, wenn Sie zuhören würden oder zumindest den Anschein geben würden. Diese Regelung wurde zwar nicht in erster Linie für die eben beschriebenen Szenarien geschaffen, doch bietet sie auch in diesen Fällen eine ausreichende verfassungsrechtliche Grundlage für einen eventuell notwendigen Einsatz der Bundeswehr, so wie es einigen Leuten zumindest am 5. Januar erschien. Es mag allerdings sein, dass es unterhalb der Ebene einer Verfassungsänderung - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bitte um Ruhe! Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es mag allerdings sein, dass es **unterhalb der Ebene** einer **Verfassungsänderung** die Notwendigkeit gibt, Verfahrensabläufe und Entscheidungszuständigkeiten zu klären. Dass so etwas dringend notwendig ist, und zwar im Vorwege, haben wir alle in bester Erinnerung, wenn wir uns an die „Pallas“ erinnern. Wie schwierig es ist, Bundes- und Landesbehörden unter einen Hut zu bringen, haben wir zur Genüge erlebt. Insofern finde ich es richtig, sich damit zu beschäftigen.

Das kann man selbstverständlich nicht erst tun, wenn die Gefahr vor der Tür steht. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass für die betroffenen Polizistinnen und Polizisten sowie für die Bundeswehrangehörigen Rechtsklarheit herrschen muss, damit gegebenenfalls mit der notwendigen Schnelligkeit entschieden werden kann. Es geht hier nicht um eine Kompetenzerweiterung der Bundeswehr, sondern um **gesetzliche Klarstellungen**, bei welchen schwerwiegenden Unglücksfällen die Streitkräfte aufgrund ihrer technischen oder persönlichen Fähigkeiten für die Landesbehörden im Wege der Amtshilfe tätig werden können und müssen. Wie auch der Bundesinnenminister zu Recht feststellt, brauchen wir dafür keine Grund-

(Irene Fröhlich)

gesetzänderung. Wir stimmen dem Antrag der FDP daher zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Maurus hat es bereits gesagt: Spätestens seit den Attentaten des 11. Septembers 2001 ist klar geworden, dass die Abwehr von terroristischen Gefahren auch in Deutschland eine andere Dimension bekommen hat. Es reicht nicht länger aus, prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durch persönlichen Schutz vor Angriffen zu bewahren. Terrorattentate von der Dimension der Attentate auf Wolkenkratzer in den USA, der Geiselnahme eines gesamten Theaters in Moskau oder des Bombenangriffs auf Bali machen deutlich, dass heute die gesamte Öffentlichkeit getroffen werden soll.

Ob wir es wollen oder nicht, der Terror hat tief greifende Folgen gehabt, die über die unmittelbare Wirkung der Menschen verachtenden Gewalt hinausreichen. Er hat zu tief greifenden Veränderungen in den Gesellschaften geführt, die sich heute schützen wollen. Das wird schon deutlich, wenn man die politische Rhetorik zur inneren Sicherheit hört. Da ist vom „Krieg gegen den Terror“ die Rede, der schon zum realen Krieg in Afghanistan und anderen Ländern geführt hat. Da wird davon gesprochen, dass sich der Krieg ins Innere verlagert hat.

Die Rhetorik ist aber mehr als nur Worte oder politische Propaganda. Angesichts der Möglichkeiten eines internationalen Terrorismus wird heute nach neuen Lösungen gesucht, wie man die Gefahren abwehren kann. Wir haben heute eine neue Situation in der inneren Sicherheit. Es gilt Gefahren im Inneren abzuwehren, die wir bisher noch nicht gekannt haben.

Wer aber die Rede vom Krieg im Inneren so verinnerlicht hat, dass er meint, diesem nur mit militärischen Mitteln beikommen zu können, wird Opfer seiner eigenen Rhetorik. Wer von einem Krieg zwischen Terroristen und Staaten ausgeht, will dann auch konsequenterweise die Bundeswehr einsetzen. Die Sicherheitsprobleme der Zukunft aber lassen sich nicht mit den Mitteln von gestern lösen. Wir brauchen neue Antworten auf die neue Herausforderung Terrorismus, die den Polizeibehörden erlaubt, angemessen zu reagieren, ohne dass die Grundlagen unserer Gesellschaft infrage gestellt werden.

In der aktuellen Situation sind Politiker versucht, nach schnellen Lösungen zu greifen. Dabei geraten aber gerade die Grundfesten unserer Demokratie auf einmal ins Wanken. Die Väter und Mütter der deutschen Verfassung waren so weise, das **Trennungsgelot** zu erfinden. Danach ist die Bundeswehr im Inland nur für die Verteidigung im Rahmen eines Angriffs/Verteidigung zuständig und zwischenzeitlich auch noch durch weitere Änderungen im Falle der Katastrophenhilfe einsetzbar. Damit hat man die Lehre daraus gezogen, welche unheilvolle Rolle das Militär oder die Militärs in Deutschland in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gespielt haben.

Wer meint, dass dies schon durch die Terroranschläge des 11. September überholt ist, ignoriert die Lehre aus zwei Weltkriegen. Wir können nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft sich so erschüttern lässt. Denn es geht hier ja nicht nur um die Frage, ob die Luftwaffe ein Flugzeug abschießen darf. Da gibt es ja durchaus die Rechtsauffassung - der Kollege Kubicki hat vorhin schon geschildert, was passiert wäre, wenn man das Flugzeug abgeschossen hätte -, entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Wer hier eine Änderung des Grundgesetzes fordert, will nach meiner Ansicht möglicherweise auch weitere Änderungen. Es öffnet nämlich gleichzeitig Tür und Tor dafür, dass die **Bundeswehr** in einer Reihe von anderen Zusammenhängen **bewaffnete polizeiliche Einsätze im Inland** durchführen kann. Und das wollen wir gerade nicht.

(Beifall bei SSW und FDP)

Wir müssen uns auch fragen, ob es angemessen ist, das **Verfassungsrecht** an erschütternde Einzelfälle anzupassen. Bisher haben Terroristen einmal mit Flugzeugen zugeschlagen. Der andere Fall in Frankfurt ist der eines geistig verwirrten Menschen gewesen. Er kann nicht als Begründung dafür herhalten, dass dies jederzeit wieder passieren kann. Terroristen werden schlau genug sein, auf andere Mittel auszuweichen, wenn ihnen eine Möglichkeit verbaut wird, seien es nun Geiselnahmen wie in Moskau oder Bombenanschläge wie auf Bali. Man kann nicht für alle Möglichkeiten eines terroristischen Anschlages präventiv das Militär einsetzen. Wir müssen auch erkennen, dass es Grenzen der Sicherheit gibt, wenn wir nicht die Freiheit opfern wollen, die ein grundlegendes Element unseres Zusammenlebens ist.

(Beifall bei SSW und FDP)

Ich freue mich darüber, dass wir trotz allem in einem Land leben, in dem kein Krieg herrscht. Manchmal, wenn ich diese Äußerungen höre, habe ich einen anderen Eindruck. Wenn aber darüber hinaus Lücken

(Silke Hinrichsen)

bei der Gefahrenabwehr bestehen, dann sollen sie zuerst durch die Behörden geschlossen werden, die für die innere Sicherheit zuständig sind: Polizei, Grenzschutz, viele Nachrichtendienste.

Wir dürfen den Terroristen auch nicht den Sieg gönnen, dass wir die freiheitlichen Grundlagen unserer Gesellschaft an ihre Grausamkeiten anpassen. Dann hätten sie nämlich das erreicht, was sie eigentlich wollen.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst erteile ich dem Herrn Abgeordneten Behm das Wort.

Joachim Behm [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Die Väter und Mütter des Grundgesetzes und auch diejenigen, die es geändert haben, haben eigentlich vorgesorgt, sodass es allem Bedarf gerecht werden kann. Es liest sich sogar relativ flüssig. Im **Artikel 87 a** Abs. 4 des Grundgesetzes heißt es wie folgt:

„Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen.“

So etwas kann ja nur gemeint sein, und dafür ist Vorsorge getroffen.

Als langjähriger Kompaniechef in der Bundeswehr kann ich Ihnen versichern, dass die Bundeswehr weder von der Ausbildung her noch vom Einsatz her geeignet ist, bei anderen, weiteren Dingen eingesetzt zu werden. Ich kann nur davor warnen, leichtfertig in dieser Weise zusätzliche Aufgaben für die Bundeswehr zu konstruieren. Ersparen Sie den Soldaten den berechtigten Vorwurf, der gemacht werden könnte, im Bedarfsfall auch gegen Streikende, gegen Demos oder andere Unbilden, die im Lande auftreten, eingesetzt zu werden.

(Heinz Maurus [CDU]: Das will kein Mensch! Es geht ausschließlich um Objektschutz ziviler Objekte!)

- Herr Maurus, für alle Dinge, die den Bestand unseres Staates gefährden, ist der Einsatz der Bundeswehr

möglich. Schauen Sie sich den Artikel 87 a Grundgesetz an, und Sie müssen sich belehrt fühlen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kollegen der anderen Fraktionen - bis auf die Union - dankbar für ihre Beiträge. Wir können uns in Details immer unterscheiden, aber ich bin froh, dass wir uns im Grundsatz in dieser wichtigen Frage einig sind, was bei unseren Bundesparteien nicht immer wechselseitig der Fall ist.

Aber, Herr Kollege Maurus, Sie haben die Katze aus dem Sack gelassen, was die Union vorhat. Es geht Ihnen gar nicht um die Frage der Abwehr eines möglichen terroristischen Angriffs aus der Luft, weil Sie genau wissen, dass die Anschläge vom 11. September 2001 und auch das als möglich gedachte Attentat in Frankfurt von der Luftwaffe der jeweiligen Länder gar nicht hätte bewältigt werden können, und zwar deshalb, weil die Zeiten zu kurz waren. Sie hätten das Attentat vom 11. September 2001 nur abwehren können, wenn Flugzeuge bereits in der Luft gewesen wären. Bei einer Vorlaufzeit von weniger als 15 Minuten bekommen Sie die entsprechenden Kapazitäten der Streitkräfte gar nicht an den Ort des Geschehens, in Deutschland nicht und in den Vereinigten Staaten auch nicht. In Frankfurt konnte man die „Phantom“ nur am Flugzeughimmel sehen, weil der etwas Verwirrte eine Stunde dort gekreist ist und wir nicht genau wussten, was mit ihm eigentlich passiert. Wenn er wirklich vorgehabt hätte, etwas zu organisieren, das heißt, in ein Hochhaus hineinzufiegen, hätte er es innerhalb weniger Minuten gemacht. Dann hätte die Möglichkeit, die Bundeswehr einzusetzen, überhaupt nichts genützt, weil sie gar nicht an den Ort des Geschehens gekommen wäre.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie gesagt haben, bedeutet: Sie wollen das als Tor dafür schaffen, dass die **Bundeswehr** im Innern mit **polizeilichen Aufgaben** betraut werden kann. Und genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Wir schaffen die Bewachung der Polizeikasernen durch Polizeibeamte ab, ersetzen sie durch zivile Bewachung, und jetzt kommen Sie und sagen, Sie

(Wolfgang Kubicki)

wollten die Bundeswehr einsetzen, damit **zivile Objekte** künftig von Bundeswehrsoldaten bewacht werden könnten. Ich stelle mir das vor, Herr Maurus, dass 18- oder 19-jährige Wehrpflichtige nach sieben bis acht Monaten Grundwehrdienst urplötzlich zur Bewachung von zivilen Objekten eingesetzt werden, nachts in einer Zweier-Streife mit scharfer Munition durch die Gegend laufen und überrascht werden.

(Zurufe von der CDU)

Ich stelle mir das vor. Es geht nicht um die Kaserne, es geht um die Bewachung eines Rathauses, eines Kraftwerkes, eines Wasserwerkes. Ich frage mich, ob Sie wirklich glauben, dass diese Soldaten ausreichend ausgebildet wären, eine gedachte Gefahrenlage bei der Debatte, die Sie führen, von einer wirklichen Gefahrenlage zu unterscheiden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das, was Sie gegenwärtig machen - und das werfe ich Ihnen und der Union vor -, ist: Sie militarisieren das Denken, Sie militarisieren die Gefühlslage der Menschen, Sie malen ein Szenario an die Wand, um Ihre Haltung in der Frage, wo die Bundeswehr weltweit eingesetzt werden kann, zu untermauern. Das machen wir einfach nicht mit.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst hat Herr Abgeordneter Wagner das Wort.

Joachim Wagner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was ich hier gehört habe, animiert mich, nun doch einmal das Wort zu meiner so genannten Jungferrede zu ergreifen.

Herr Kollege Behm, als ehemaliger Kompaniechef, der ich nämlich auch bin, sage ich Ihnen: Es ist falsch, was Sie hier erzählen. Ich weiß nicht, wann Sie Kompaniechef waren. Es ist wahrscheinlich schon ein bisschen länger her.

Erstens haben wir in der Bundeswehr eine hervorragend ausgebildete **Feldjägertruppe**, die jederzeit in der Lage ist, diese Aufgaben zu übernehmen, wenn sie es denn müsste.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen Pionier sein, so wie Sie reden!)

Zweitens nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die **SFOR-Truppen**, um nur ein Beispiel zu nennen, genau diese Aufgaben wahrnehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Sie stellen sich vor, dass ein 18- oder 19-Jähriger nach kurzer Zeit irgendetwas bewachen muss. Ich muss Ihnen sagen, Herr Kubicki: Das ist die Realität in der Bundeswehr! Nach der Wachausbildung müssen die jungen Rekruten die Kaserne bewachen. Das ist Tatsache.

Ich kann wirklich nicht verstehen, dass als Argument für Ihren Antrag zwei Weltkriege angeführt werden. Sie tun gerade so, als ob im Falle einer Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, in außergewöhnlichen Fällen die Bundeswehr einsetzen zu können, der dritte Weltkrieg vor der Tür stünde. Das finde ich albern. Ich finde es hingegen gut, dass wir jede Möglichkeit prüfen, die Sicherheit der Bevölkerung Deutschlands sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es erforderlich sein sollte, hierfür das Grundgesetz zu ändern, sollte man das tun und dies nicht mit ollen Kamellen verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das war die provozierte Jungferrede des Herrn Abgeordneten Wagner.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Manchmal reicht es eben nicht, Kollege Kubicki, 14 Tage als Oberleutnant zur See eine Kurzwehrrübung zu machen. Sie brauchen noch ein bisschen mehr Einblick in die Struktur der Bundeswehr, um manches beurteilen zu können, über das Sie gerade gesprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind doch mit Ihnen einer Auffassung darin, dass wir an keiner Stelle die **Grenzziehung** zwischen **polizeilichen Aufgaben** und Aufgaben der **Bundeswehr** im Grundsatz aufgeben wollen. Niemand möchte gerade diese Landesregierung aus ihrer Verantwortung entlassen, mehr für eine gute und richtige Ausbildung der Landespolizei zu tun. Sie haben den Digitalfunk angesprochen. Das ist ja alles richtig und gut. Aber auch mit dem besten Digitalfunk der Welt wer-

(Dr. Johann Wadephul)

den wir mit neuen Bedrohungslagen durch Terroristen nicht fertig. Das ist das Problem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche haben Sie denn?)

- Die haben wir doch erlebt. Das kann man sich doch ganz ruhig und sachlich überlegen. Wenn wir uns ansehen, in welcher Situation und aus welcher historischen Verantwortung heraus die Verfassungsväter und Mütter unseres Grundgesetzes bestimmte Formulierungen getroffen haben, ist doch eines klar: Sie hatten damals ein Ereignis wie den 11. September in Amerika oder wie wir es zu Beginn des Jahres in Frankfurt erlebt haben, nicht im Blick. Wir müssen auf eine völlig neue Bedrohungslage eingehen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Uns hilft, sehr verehrter Herr Kollege Behm als ehemaliger Kompaniechef, Artikel 87 a Grundgesetz überhaupt nicht weiter. Dafür brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Wollen Sie in so einer Situation etwa erst den Bundestag zusammen-treten lassen, um eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen und um dann einen Flieger abzufangen? Das ist doch völliger Irrsinn. Das geht überhaupt gar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich möchte ich dazu noch einmal unterstreichen: Das was Sie, Herr Abgeordneter Kubicki, gesagt haben, nämlich dass man nach einer sieben- oder achtmonatigen Ausbildung junge Rekruten mit Waffen zur Bewachung von Objekten in Deutschland einsetzen wolle, ist die Realität. Das geschieht in nahezu jeder Kaserne in Deutschland.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In der Kaserne!)

Ich selber und Ihr Kollege Behm haben viele Soldaten ausgebildet, die wir in einem ganz bestimmten Bereich zur Wachausbildung mit scharfer Munition einsetzen. Sie sind gut ausgebildet. Sie sind übrigens in aller Regel besser ausgebildet als die von Ihnen genannten Wachpolizisten, von denen Sie gerade gesprochen haben, Herr Abgeordneter Kubicki.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Wortbeitrag, Herr Abgeordneter Kubicki, von der „Militarisierung der Gesellschaft“ den ich mir aufgeschrieben habe, stößt mir auf. Wir sollten aufpassen, dass wir bei aller Diskussion über das, was an Grundgesetzänderungen notwendig und richtig ist, die Bundeswehr nicht in eine Schmutzdecke hineindrängen. Wir sollten an der Stelle klar zur Bundeswehr stehen, zu ihren Aufgaben und zu ihren Soldatinnen und Soldaten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die Liste der Wortmeldungen für Kurzbeiträge wird immer länger, sodass ich zunächst Herrn Minister Buß das Wort erteile.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich auch einmal etwas sagen darf. Ich darf Ihnen allen sagen, Bedrohungslagen begegnet man nicht mit Aufgeregtheit, sondern mit Ruhe und Besonnenheit.

(Beifall bei der SPD)

Der erkennbare Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Sicherheit bei der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus darf nicht zu einer Verschiebung von Zuständigkeiten und Kompetenzen führen. Wir wollen in Deutschland keine Militarisierung unserer inneren Sicherheit.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Beifall bei SPD und SSW)

Das **System der Trennung** militärischer und polizeilicher Gewalt muss erhalten bleiben. Deswegen bin ich dagegen, das Grundgesetz zu ändern und die Befugnisse der Streitkräfte zu erweitern. Herr Wagner, das sage ich Ihnen als ehemaliger Bataillonskommandeur.

(Heiterkeit)

Überlegungen, die Bundeswehr nicht nur zum Schutz militärischer, sondern auch ziviler Objekte mit in Betracht zu ziehen, ist zu Recht eine Absage erteilt worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Niemand hat nach den Ereignissen vom 11. September in wirklich ernst zu nehmender Form den Einsatz der Bundeswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland gefordert und schon gar nicht überzeugend begründen können. Hektische und undifferenzierte Forderungen, dem Einsatz der **Bundeswehr** für den **zivilen Objektschutz** über eine Änderung des Grundgesetzes den Weg zu ebnen, wurden rasch als dramatische Überzeichnung der Bedrohungslage entlarvt und zunächst nicht mehr weiterverfolgt. Sie sind jetzt allerdings erneut zu hören.

Wir brauchen in den Ländern in nur einigen wenigen Fällen nach der heute zulässigen Rechtslage die Amtshilfeleistung der Bundeswehr, wenn die Polizei-

(Minister Klaus Buß)

en nicht über die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Mittel verfügen. Die Voraussetzungen und die Durchführung der **Amtshilfe** müssen, so weit klare Regelungen fehlen, durch **Bundesgesetz** eindeutig geregelt werden. Der Fall des verwirrten Piloten, der Anfang diesen Jahres drohte, sich mit einem Motorsegler in ein Frankfurter Hochhaus zu stürzen, zeigt, dass geklärt werden muss, wie in einer solchen Gefahrenlage vorzugehen ist und vor allen Dingen, wer den Vollzug übernimmt. Die **Beurteilung der Gefahrenlage** muss nach meiner festen Überzeugung Aufgabe der **Polizei** bleiben, die den Vollzug im Wege der Amtshilfe auf die Bundeswehr übertragen kann. Die Durchführung der Amtshilfe durch die Bundeswehr muss aber klar und unmissverständlich bundesgesetzlich geregelt werden. Einer Änderung des Grundgesetzes bedarf es dazu nicht.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Minister, vielen herzlichen Dank für Ihre Worte. Trotzdem fühle ich mich bemüht, zu diesem Thema noch einmal hier zu reden. Herr Abgeordneter Wagner hat vorhin Ausführungen gemacht, die mich doch etwas erschreckt haben.

Änderungen des Grundgesetzes halte ich für große Überlegungen wert. Man sollte allerdings nicht je nach Lage das Grundgesetz ändern. Es ist die Grundlage dieses Staates.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das hat er überhaupt nicht gesagt!)

Sobald man anfängt, an dieser Grundlage ständig Änderungen vorzunehmen, besteht die Gefahr, dass diese Grundlage ausgehöhlt wird, sodass das, wofür wir heute alle stehen, für niemanden mehr Geltung hat.

(Beifall beim SSW)

Darüber hinaus weise ich daraufhin, dass nach **Artikel 35 Grundgesetz** - ein Blick in den Gesetzestext hilft manchmal, auch interessierten Laien - innerhalb der einzelnen Behörden des Bundes und der Länder Amtshilfe geleistet werden kann. Der Artikel ist 1968 beziehungsweise 1956 für den Fall der Katastrophen-

hilfe geändert worden, sodass die Bundeswehr tatsächlich, aber nur in den Ausnahmefällen, die ausdrücklich im Grundgesetz genannt worden sind, eingesetzt werden darf. In diesem Zusammenhang weise ich ausdrücklich auf Artikel 35 Abs. 2 Grundgesetz hin:

„Zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung kann ein Land in Fällen von besonderer Bedeutung Kräfte und Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes zur Unterstützung seiner Polizei anfordern...“.

Es steht nicht drin, dass dazu die Bundeswehr direkt herangezogen werden kann.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass es schon Regierungen in der Bundesrepublik gab, die zum Beispiel die Wahrnehmung von Grundrechten durch Bürgerinnen und Bürger als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung eingeordnet haben. Damit hätten Sie gleichzeitig einen Bundeswehreininsatz fordern können. Das halte ich für absolut falsch.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Herren Kollegen! Ich möchte einmal den Versuch unternehmen und das Risiko eingehen, Ihnen aus meiner Sicht zu spiegeln, was ich hier gerade erlebt habe. Ich möchte Sie fragen, ob Sie glauben, dass das im Sinne der Sache angemessen ist.

Ich hatte den Eindruck - wenn Sie gestatten, mir als Zivillistin und Frau das zu sagen, die nie gedient hat -, dass plötzlich das Bekenntnis, wer Kommandeur, wer Leutnant oder was weiß ich beim Militär gewesen ist, bei anderen geradezu einen Reflex auslöste, sich ebenfalls hierhin zu stellen und zu sagen: Bataillonskommandeur, sonst wie Kommandeur, Kapitänleutnant.

(Unruhe)

Das verwundert mich. Ich kenne uns so nicht. Ich kenne uns als ein ziviles Parlament, in dem es auf diese Qualitäten überhaupt nicht ankommt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

(Irene Fröhlich)

Ich finde auch, dass der Anlass überhaupt nicht gerechtfertigt ist, hier eine solche Show abzuziehen. Wir behandeln lediglich einen Antrag, der die Regierung bittet, im Bundesrat etwas zu tun. Vom Minister wussten wir vorher, dass er das wahrscheinlich in unserem Sinne entscheiden wird. Es macht also keinen Sinn, sich hier weiter dermaßen militärisch zu schmücken und darzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie doch einmal, was Sie gegen die Bundeswehr haben!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ich ziehe zurück, Frau Präsidentin! - Beifall)

Ich danke der Frau Abgeordneten. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gern noch Tagesordnungspunkt 26 aufrufen. Gibt es dagegen Widerstände? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf - aber nur, wenn ich allein reden darf -:

Strandbeparkung St. Peter-Ording

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2440

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2489

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach langem Ringen um eine Lösung des Konfliktes **Strandparken in St. Peter-Ording** wurde im Herbst 1999 der **öffentlich-rechtliche Vertrag** zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Gemeinde St. Peter-Ording geschlossen, um sowohl den Interessen des Naturschutzes als auch den Belangen des Gemeinwohls Rechnung zu tragen.

Die Gemeindevertretung hat seinerzeit einstimmig diesem Vertrag zugestimmt, in der Hoffnung, die vom Land geförderten Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen seien geeignet, Attraktivitäts- und Umsatzverluste abzufedern. Man war sich einig, der Vertrag könne bei unzumutbaren Umsatzeinbußen, bedingt durch die neuen Parkregelungen, angepasst werden. Die Gemeinde St. Peter-Ording hat im Gegenzug einen nicht unerheblichen **Beitrag zum Interessenausgleich** geleistet. So wurden Dünen und Salzwiesen dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer zugeschlagen, Maßnahmen des Naturschutzes und der Besucherlenkung durchgeführt und die Nationalpark Service GmbH erhält seither 51 Cent pro geparktem Auto am Strand. Außerdem hat die Gemeinde sämtliche Folgekosten der Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen Jahr für Jahr zu tragen.

(Unruhe)

Das schmerzlichste Opfer war jedoch die **Schließung des Südstrandes** für den PKW-Verkehr. Die zum Südstrand mit einer Asphaltdecke ausgebaute Fahrspur für den Ortsbus - etwa 4.500 Quadratmeter Fläche des Vorlandes wurden zum Preis von etwa 350.000 € versiegelt -

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Schildbürgerstreich!)

ist ein Mahnmal ideologisch verblendeter Fehlentscheidung und ein Fall für den Bund der Steuerzahler.

(Starker Beifall bei CDU und FDP)

In der Hauptsaison fährt der von der Gemeinde subventionierte Ortsbus im 30-Minuten-Takt den Südstrand an. Kaum jemand steigt aus. So kehrt der Bus an der Wendeschleife um und die Restaurantbetreiber hoffen auf den nächsten. Der Südstrand ist verwaist, neue Zielgruppen sind trotz Workshop nicht in Sicht.

Ausschlaggebend für den damaligen Vertragsabschluss waren durchgeführte **sozioökonomische Untersuchungen**. Die Gemeinde hat auf eigene Kosten weitere Untersuchungen durchführen lassen, um das Gästeverhalten bei Fortfall der Strandparkplätze in der Vor- und Nachsaison - das wird in diesem Jahr erstmals der Fall sein - zu ermitteln. Die Ergebnisse stellen die Vertragsgrundlagen infrage und sind hier stichwortartig genannt: Abwanderungspotenzial von 31,3 % der Urlaubsgäste

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist doch alles nicht repräsentativ!)

- auch Sie waren lange nicht mehr da -, mögliche Netto-Umsatzverluste in St. Peter-Ording in Höhe von 7,9 Millionen €, mögliche Einkommensverluste

(Ursula Sassen)

in St. Peter-Ording in Höhe von 4,1 Millionen €. Die Verluste der Nachbargemeinden kommen noch hinzu.

Schleswig-Holstein hat derzeit die höchste Arbeitslosenquote seit 1954.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Herr Minister Müller, Sie sind auf dem besten Wege, mit Billigung der Landesregierung mehr als 200 Arbeitsplätze in den Sand zu setzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie wollen uns zwingen, auf Einnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu verzichten, obwohl die Umwelt keinen erkennbaren Schaden nimmt. Die Gemeinde St. Peter-Ording ist bereit, angemessene Zugeständnisse zu machen. Den ständig wiederkehrenden Vorwurf, St. Peter-Ording habe Fördermittel kassiert und solle nun endlich Ruhe geben, mag ich Außenstehenden verzeihen, nicht aber den Verhandlungspartnern und Insidern und auch nicht der Ministerpräsidentin.

(Beifall bei CDU und FDP)

St. Peter-Ording hatte nicht die Wahl zwischen der Beibehaltung uneingeschränkter Parkmöglichkeiten am Strand oder Fördermitteln des Landes, sondern stand vor der Tatsache, dass diese Landesregierung keine Ausnahmegenehmigung mehr erteilen wollte, und hat daher nach dem Strohalm gegriffen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: So ist es! - Günter Neugebauer [SPD]: Pacta sunt servanda!)

Den Sinn der Kleinen Anfrage des Kollegen Dr. von Hielmcrone nach Strukturfördermitteln für Bad St. Peter-Ording seit 1988 kann man nur erahnen, hilfreich ist die Anfrage für den Wahlkreis nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was hat zum Beispiel der Zuschuss für ein Feuerwehrhaus oder eine Kläranlage mit der Strandbeparkung zu tun?

Die **Fördermittel des Landes** wurden nur einmal gezahlt, die prognostizierten Einnahmeverluste von 4,1 Millionen € entstehen dauerhaft und jährlich. Die bisherigen Vorschläge des Umweltministers sind nicht geeignet, den Knoten zu zerschlagen, wie Sie vielleicht denken.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Sie wollen ja gar nicht!)

Sie sind ein Beweis dafür, dass er den angekündigten Weg mit den Menschen vor Ort nicht gehen will.

(Heinz Maurus [CDU]: So ist es!)

Schließlich soll an Parkgebühren noch ein € mehr, für die Nationalpark Service GmbH gezahlt werden, was nicht vertretbar ist. Dieser ganze Kuddelmuddel in der Parkerei ist nicht mehr vermittelbar.

(Starker Beifall bei CDU und FDP - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin, wer soll zum Beispiel verstehen, dass man am Ostermontag am Strand parken darf, aber am Dienstag der Umwelt schadet?

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nichts sagend und trägt mit schwammigen Formulierungen nicht zur Problemlösung bei. Ich beantrage daher Abstimmung in der Sache, soweit es den letzten Absatz unseres Antrages betrifft, und zwar eine Entscheidungsfindung als Übergangsregelung, und ansonsten Überweisung federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde auf diese Rede durchaus sachlich antworten, und zwar schon in dem Interesse, dass die Mehrheitsfraktionen nicht doch noch anderer Meinung werden sollten.

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe bei der CDU: Oh, oh!)

Ich werbe nach wie vor für die Annahme unseres Antrages, aber sie können sich das anders überlegen und auch diesen noch ablehnen.

Wir begrüßen nämlich ausdrücklich die Verhandlungen des Umweltministers mit der Gemeinde St. Peter-Ording, um zu einer flexibleren Lösung hinsichtlich der Strandbefahrung zu kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

- Hören Sie einmal zu oder lesen Sie nach, wenn Sie dies können!

Bereits die Tatsache der Verhandlungen beweist, dass sowohl von der Regierung wie auch den beiden Regierungsfractionen ein gewisser Handlungsbedarf anerkannt wird. Wir möchten, dass diese Verhandlungen im Interesse der Gemeinde, Frau Sassen, zu einem guten Ende geführt werden,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar bald. Allerdings gilt nach wie vor: Erstens. **Sandbänke** sind als Biotop unter den besonderen Schutz des Landesnaturschutzes gestellt;

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

daraus resultiert das **Verbot der Befahrung**.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Zweitens. Es ist ein **Vertrag** zwischen dem **Land** und der **Gemeinde** geschlossen worden, im Interesse der Wirtschaft der Gemeinde einen Teil der Strände für eine gewisse Zeit im Jahr zu öffnen; übrigens ein Vertrag, der damals von den Regierungsfractionen unter Zurückstellung erheblicher Bedenken akzeptiert wurde.

(Günter Neugebauer [SPD]: Kann man wohl sagen!)

Beides, Gesetz und Vertrag, Frau Sassen, gelten weiterhin. Weder ist eine Gesetzesänderung beantragt oder gar beschlossen, noch ist der Vertrag gekündigt worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen wir 2005!)

Ich stelle also fest - das können Sie ja machen; Sie können ja kündigen -: Der Antragsteller akzeptiert offenbar auch Gesetz und Vertrag, sonst hätten Sie andere Anträge stellen müssen!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sieht man sich jedoch Ihren Antrag an, so wird deutlich, dass Sie in Wahrheit eigentlich beides gar nicht möchten und aushöhlen wollen. Vor allen Dingen der zweite Absatzes Ihres Antrages zeigt, dass davon nicht viel übrig bleiben würden, wenn er durchkäme.

Nun wird man den CDU-Antrag nicht der Gemeinde St. Peter-Ording insgesamt anlasten können,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

schon deshalb nicht, um nicht die Frage der Vertragstreue aufkommen zu lassen, wovon ich ausgehe, dass die Gemeinde, vertreten durch Bürgermeister und Gemeindevertretung, sie nicht infrage stellen möchte.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wollen wir hoffen!)

Wir dürfen in diesem Zusammenhang durchaus nicht vergessen, dass der Ort seit Jahren ganz erheblich Mittel zur Verfügung gestellt bekommen hat, um die negativen Folgen der Strandbefahrung ausgleichen zu können.

Das sind nämlich nicht nur die 10 Millionen €, die direkt als Ausgleich geflossen sind, sondern auch viele weitere Gelder, mit denen die gesamte **Infrastruktur** des Ortes massiv verbessert und modernisiert wurde, um den Ort trotz der Strandsperrung weiterhin attraktiv zu gestalten.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maurus?

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Nein, ich habe nicht so viel Zeit.

Diese Investitionen haben sich auch tatsächlich gelohnt. Was Sie nämlich verschweigen, Frau Sassen, ist, St. Peter-Ording hat es der Regierung in den letzten zehn Jahren erheblich mitverdanken, wenn sich das Nordseebad heute durchaus am Markt behaupten kann. Auch dies dürften Sie einmal anerkennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Gemeinde nicht im Stich gelassen.

Wenn heute die Regierungsfractionen - trotz aller Bemühungen - Verhandlungen der Regierung mit der Gemeinde unterstützen, sogar noch deutlich sagen, dass dies geschieht, um den Vertrag flexibler zu gestalten, dessen wesentlicher Inhalt aber erhalten bleiben soll, dann geschieht das, weil wir sehen, dass sich derzeit Parameter verschoben haben. Das Gästeverhalten hat sich geändert, es kommen mehr ältere Menschen und Familien mit kleinen Kindern in der Vor- und Nachsaison;

(Martin Kayenburg [CDU]: Gerade deswegen dürfen die Parkplätze nicht wegfallen!)

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

sie haben den verständlichen Wunsch, an den Stränden parken zu können.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Martin Kayenburg [CDU]: Wo bleibt Ihre Logik, Herr Doktor? - Unruhe)

Der Block der Ferienzeiten im Sommer hat sich drastisch verkürzt, die allgemeine wirtschaftliche Lage kann nicht am Tourismus vorbeigehen und schließlich wird auch die Lage im Irak dazu führen, dass es zu Verunsicherungen kommt.

Das sind natürlich Gründe, die den Vermietern und der Gastronomie am Ort Sorgen machen und den Wunsch der Gemeinde nach einer gewissen - -

(Anhaltende Unruhe)

- Wird man von Ihnen hier einmal unterstützt oder nicht? Ich kann hier ja nicht selber sagen: Seid mal ruhig!

Aber Sie wollen es ja gar nicht hören. Das ist doch der springende Punkt. Sie wollen es gar nicht hören, Sie wollen sich durchsetzen. Sie achten nicht auf Argumente!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Anhaltende Unruhe)

- Nun hören Sie mal auf!

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte! Jetzt muss doch meine Schutzfunktion einsetzen. Ich denke immer, wir können gegenseitig etwas Rücksicht nehmen. Ich bitte wirklich um etwas mehr Ruhe.

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Nein, Sie wollen weder Argumente hören, noch wollen Sie Rücksicht nehmen. Sie wollen nur Krawall.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Um es noch einmal zu sagen: Wir sind für eine flexible Auslegung des Vertrages. Wir möchten, dass es hier dazu kommt, dass es auch im Interesse des Rechtsfriedens zu einer Einigung kommt, damit wir hier dauerhaft eine verständliche Regelung bekommen. Deswegen unterstützen wir den Minister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich muss Sie trotzdem bitten, Herr Abgeordneter, zum Schluss zu kommen.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Ja, aber ich möchte die Gemeinde noch auf Folgendes hinweisen. Es liegt im Übrigen in ihrem eigenen Interesse, dass es zu einer vernünftigen Regelung kommt. Meinen Sie denn im Ernst, dass es für Sie ein gutes Aushängeschild ist, wenn sie immer nur Krawall und immer nur Streit haben?

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Nein, wir wollen eine ordentliche Lösung für die Dauer haben, damit sich St. Peter-Ording sinnvoll entwickeln kann und andere Regionen auch.

(Es ertönt ein Handyton)

Und noch ein letztes Wort! Zu meinen, dass außerhalb St. Peter-Ordings und des westlichen Eiderstedts dies überhaupt jemanden interessiert, ist auch ein Irrtum. Ich stehe hier, um für die Gemeinde St. Peter-Ording das Möglichste herauszuholen. Das haben Sie nicht verstanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich der Frau Abgeordneten Kolb das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass sich die- oder derjenige, die oder der hier im Raum ein Handy benutzt, nicht erwischen lassen darf. Es gibt sofort einen Ordnungsruf.

(Abgeordnete der CDU-Fraktion weisen auf die Regierungsbank)

Frau Abgeordnete Kolb, Sie haben das Wort.

Veronika Kolb [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir schon zweimal gehört haben: Nicht in ganz Schleswig-Holstein herrscht Strandparkverbot. In St. Peter-Ording ist parken auf 1 % des Strandes jahreszeitlich befristet erlaubt. Aber Ihnen, Herr Umweltminister, ist das nicht genug. Sie möchten, dass

(Veronika Kolb)

noch weniger auf schleswig-holsteinischen Stränden geparkt wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da nickt er auch noch! Unglaublich!)

Für Sie steht derweil der **Nationalpark Schleswig-Holstein** auf dem Spiel. Das einzige Problem dabei sind die Touristen, die auch wegen der Möglichkeit des Strandparkens nach St. Peter-Ording und in den Nationalpark kommen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Wenn das Strandparken so eingeschränkt wird, wie Sie, Herr Umweltminister, es wünschen, dann vertreiben Sie genau die Leute, die ja unter anderem den Unterhalt für die Nationalpark Service GmbH

(Beifall bei FDP und CDU)

zu einem sehr großen Teil mit bezahlen, nämlich die Touristen. Weil Sie das wissen, Herr Minister, wollen Sie auch den Anteil der Parkgebühren um 200 % erhöhen;

(Beifall bei FDP und CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

denn dieser Anteil wird ja an die Nationalpark Service GmbH abgeführt. Kommen sollen die Touristen nicht mehr so zahlreich, dafür sollen aber diejenigen, die kommen, bezahlen.

Meine Damen und Herren, was sich so anhört wie ein Lustspiel des Ohnsorg Theaters, ist für die Betroffenen in der Region bitterer Ernst. Umfragen unter den Gästen in St. Peter-Ording haben gezeigt, dass die derzeitigen Absichten der Landesregierung bis zu 31,3 % der **Urlaubsgäste** am Ort vertreiben würden und bis zu 40 % der **Tagesgäste**. Hierdurch gingen bis zu 7,9 Millionen € Umsatz verloren, bis zu 4,1 Millionen € Einkommen und bis zu 200 Arbeitsplätze.

Was das für die Betroffenen in einer **strukturschwachen Region** wie St. Peter-Ording bedeutet, muss ich hier wohl nicht näher erläutern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Kern der Diskussion steht also die Frage, ob die marginale Senkung der Belastung des Strandes der Landesregierung bis zu 7,9 Millionen € Verlust und bis zu 200 Arbeitsplätze zusätzlich wert sind.

Bis jetzt haben Sie, Herr Umweltminister, noch nicht dargelegt, ob und wie stark der Nationalpark Wattenmeer durch das **Strandparken** konkret beeinträchtigt wird.

(Zuruf von der CDU: Überhaupt nicht!)

Aber die Landesregierung hat bisher immer und überall mit Nachdruck erklärt, sie würde konkret um jeden Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein kämpfen. Soweit ich informiert bin, wurde St. Peter-Ording davon bislang nicht ausgenommen.

Es gilt noch einmal zu betonen: Einerseits geht es um **1 % Strandfläche** in St. Peter-Ording, einen kaum noch messbaren Anteil der Fläche des Nationalparks, von dem bisher offenbar noch keine messbare Beeinträchtigung der Umweltqualität im Nationalpark ausging.

(Beifall bei FDP und CDU)

Andererseits geht es um 200 Arbeitsplätze und Millionenverluste für die Tourismuswirtschaft in einem strukturschwachen Raum. Es geht nicht darum, das Strandparken räumlich auszuweiten. Angesichts dessen entscheiden wir uns für den Tourismus und für die örtliche Wirtschaft. Wir weigern uns, Millionenbeträge und Hunderte von **Arbeitsplätzen** für ein grünes Prestigeobjekt zu opfern, das der Umwelt kaum nutzt, aber die Tourismuswirtschaft in einem strukturschwachen Raum nachhaltig schwächt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wort noch zum Kollegen Dr. von Hielmcrone. Es erscheint politisch sehr geschickt, die gegenseitige Diskussion um die öffentlichen Geldbeträge anzureichern, die bereits in St. Peter-Ording ausgegeben wurden.

(Konrad Nabel [SPD]: Zu Recht!)

Aber für die gegenwärtige Diskussion ist das irrelevant. Versunkene Kosten sollten zukunftsgerichtete Entscheidungen nicht beeinflussen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bringt niemandem etwas, die in der Vergangenheit sinnvollerweise getätigten öffentlichen Investitionen jetzt mit den zu erwartenden zukünftigen Verlusten zu verrechnen. Es ist schlicht und einfach nur falsch gerechnet.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Stattdessen sollten wir uns darauf konzentrieren, welche Auswirkungen die gegenseitig diskutierten Alternativen auf die Zukunft von St. Peter-Ording haben. In diesem Sinne entscheiden wir uns dagegen, die **örtliche Tourismuswirtschaft** erheblich zu schwä-

(Veronika Kolb)

chen und dadurch bis zu 200 Arbeitsplätze für ein grüner Prestigeobjekt zu opfern.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir sind für eine Regelung der Strandbeparkung im Rahmen der sehr vernünftigen Vorschläge der Gemeinde St. Peter-Ording und der bereits getätigten Investition.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und abschließend: Ganz besonders wichtig erscheint uns, dass es jetzt unabhängig vom Ausgang dieses parlamentarischen Verfahrens schnell einen Kompromiss für die Vorsaison 2003 gefunden wird. Diese beginnt nämlich am 1. März, spätestens jedoch mit dem Beginn der Osterferien. Und wir sollten darüber nachdenken, ob deshalb nicht eine schnelle Entscheidung möglich ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Nationalpark, auch Teile davon, sind kein Großparkplatz und kilometerweit zugestellte Flächen sind weder typisch für die nordfriesische Landschaft, noch tragen sie zur Erholung bei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Soweit so gut und so einfach. Nun wurde diese Art von Nutzung seit langem ohne gesetzliche Grundlage praktiziert und das **Nationalparkgesetz** - Frau Kolb, wenn ich Sie daran erinnern darf - stammt von 1985, also aus der CDU-Zeit. Allerdings gibt es seit 1999 einen **Vertrag** zwischen der Gemeinde und dem Land, um diesen ungesetzlichen Zustand zu beenden, in dem festgeschrieben wurde, dass es eine 20-jährige Rechtsgarantie für diese eigentümliche touristische Ausstattung geben soll. Gleichzeitig erhielt die Gemeinde die nötigen Mittel, 4,5 Millionen € - ob das indiskutabel ist, Frau Kolb, frage ich dann doch einmal -, zur Verbesserung der Infrastruktur für einen autounabhängigeren Tourismus.

(Veronika Kolb [FDP]: Das zahlen wir gern zurück!)

Für die Gemeinde gab es die Auflage, sich ernsthaft um den Aufbau eines nationalparkfreundlichen touristischen Segments zu bemühen, vorzugsweise in der

Vor- und Nachsaison. Falls es der Gemeinde im Zuge der gewünschten Neuregelung der Parkzeiten jetzt wichtiger ist, mit ganzjährigen Strandparkmöglichkeiten - zum Beispiel in Ording - zu werben, könnte sie parallel zum Autostrand die anderen **Strandabschnitte** nationalparkfreundlich im **Sinne des Naturschutzes** entwickeln, zum Beispiel durch thematische Angebote in Richtung Natur-, Kunst-, Kinder- oder Nostalgiestrand.

(Unruhe)

Ein ernsthaftes, verlässliches Signal der Gemeinde in diese Richtung ist notwendig. Ein Salto rückwärts wird es mit den Grünen in der Landesregierung nicht geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die so genannte **Strandparkstudie** ist ein Horrormärchen und hat mit repräsentativer Befragung so viel zu tun wie Strandparken mit Umweltschutz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Unruhe)

- Hören Sie bitte zu!

Von 150.000 Gästen jährlich wurden 422 befragt. Schon allein das würde genügen, um jede ernsthafte Beschäftigung damit auszuschließen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Quatsch! - Unruhe)

Folgendes kommt hinzu.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, reden ist schon anstrengend genug. Ich kann nicht noch dazu Fragen beantworten.

Es kommt also Folgendes hinzu: Erstens, die befragte Gästegruppe ist nicht repräsentativ.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Und zweitens, die beiden zentralen Annahmen, auf denen die Studie basiert, sind falsch. Die Studie ist deshalb nicht repräsentativ, weil mit zunehmender Nähe zum Umsetzungszeitpunkt der Strandparkein-

(Irene Fröhlich)

schränkungen die Diskussion vor Ort und besonders bei den Vermietern immer heftiger geführt wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das hat dazu geführt, dass das Potenzial der harten Strandparker verstärkt seine Meinung zu Protokoll gegeben hat. Diese Hardliner werden allerdings mitnichten alle wegbleiben - so die zentrale These der Studie, der so genannten -, auch wenn sie das in der Befragungssituation angekreuzt haben sollten, schon gar nicht in der **Vor- und Nachsaison**, wo es gar nicht darum geht, mit Kind und Gepäck eine entfernt gelegene Badestelle zu erreichen, sondern um einen angenehmen Aufenthalt und Spaziergänge in schöner Umgebung. Oft sind in dieser Zeit die Strände sowie so nicht beparkbar beziehungsweise nur mit erhöhtem Rostrisiko.

Ein weiteres Argument dafür, dass die Stichprobe nicht als repräsentativ gelten kann, ist die Tatsache, dass Fragebögen nur an den offiziellen Strandabschnitten verteilt worden sind. Die drei inoffiziellen werden verstärkt von Eiderstedtern, aber auch sehr vielen Stammgästen benutzt, die sich auskennen und bewusst auf das Auto am Strand verzichten und die in der Befragung nicht erfasst wurden.

Auch die zweite Annahme der Studie, der so genannten, dass abwandernde Gäste nicht ersetzt werden können, ist zum Beispiel nach den Ereignissen des 11. September, die sehr kurzfristig einen Trend zum Urlaub im eigenen Land nach sich zogen, nur sehr schwer aufrechtzuerhalten.

(Unruhe)

Darüber hinaus ist es kein Zufall, dass überregionale Touristen - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen kleinen Augenblick bitte! Ich bitte nochmals um etwas mehr Ruhe! Es kann nicht angehen, dass Sie lauter sind als die Rednerin!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Darüber hinaus ist es kein Zufall, dass **überregionale Tourismusverbände** zunehmend die Anziehungskraft von Nationalparks für Erholungssuchende erkennen und nutzen. In dieser Richtung sollte die

St. Peteraner Politik und Tourismuswirtschaft aktiv werden.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Das könnte zum Beispiel durch überregionale nationalparkfreundliche Bewerbung der Vor- und Nachsaison durch starke Repräsentation der bereits vorhandenen Alternativen zum Strand zu kommen

(Zuruf der Abgeordneten Veronika Kolb [FDP])

und durch Umsetzung ihrer eigenen Ideen, Strandabschnitte thematisch unterschiedlich auszugestalten, um neue Gäste anzulocken.

Im Kompromissvertrag von 1999 zur Strandbeparkung hat sich die Gemeinde zu solchen und ähnlichen Aktivitäten verpflichtet. Diese würden auf jeden Fall mehr bringen als die derzeit geplanten rückwärts gewandten Heimsuchungen des Vertragspartners in Kiel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Strandbeparkung in St. Peter-Ording kann man eigentlich drei Fakten voranstellen, die für die zukünftige Entscheidung wichtig sind:

Erstens. Das Strandbeparken ist unschädlich. Die heutigen Fahrzeuge lecken nicht so, wie vielleicht noch in den 60er-Jahren, und hinterlassen auch keine Öllachen am Strand. Wäre dies so, müsste man in der Tat eingreifen.

(Beifall bei SSW, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Auch das Argument, dass sich der Sand aufgrund des Gewichts der Fahrzeuge verdichtet, zieht nicht so richtig.

(Beifall bei der FDP)

Der Strand unterliegt vor allem im Frühjahr und im Herbst enormen Naturgewalten, die regelmäßig das gesamte Gelände aufwühlen und somit auch die vermeintlichen Verdichtungen des Grundes wieder beseitigen. Das Wichtigste aber ist, dass wir hier von noch nicht einmal 3 % des gesamten **Außensandes** vor dem **westlichen Eiderstedt** reden. Mehr als 97 %

(Lars Harms)

bleiben von der Beparkung frei. Auch vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass die ökologischen Auswirkungen der Strandbeparkung verschwindend gering sind.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Zweitens. Der **Tourismus** auf Eiderstedt und in den angrenzenden Regionen wird leiden; er wird sogar enorm leiden. St. Peter-Ording ist der Festlandsstrand überhaupt. Wie überall lebt auch der Tourismus in St. Peter-Ording von Familien und Tagesgästen. Diese bleiben weg, wenn sie nicht mit dem Auto an den Strand fahren können.

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der CDU)

Da helfen dann auch keine Naturtourismusprojekte, die man der Gemeinde andient.

(Beifall bei der FDP)

Das eine Marktsegment, nämlich die Familien und Tagesbesucher, bricht weg und das andere Marktsegment, nämlich die Naturtouristen, kann bei weitem die Einbrüche nicht ausgleichen, weil dieses Marktsegment im Entferntesten nicht so groß ist wie das derzeit vorhandene. Sperrt man den Strand, schießt man sich selbst ins Knie.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Drittens und auch ganz wichtig: Vertrag ist Vertrag. Die Gemeinde St. Peter-Ording und das Land Schleswig-Holstein haben 1999 einen **Vertrag** geschlossen, der eine **Einschränkung der Strandbeparkung** vorsieht, bevor dann irgendwann die Strandbeparkung ganz abgeschafft wird. Dies ist – das darf man nicht vergessen – Teil des Vertrages. Mit Recht pocht der Umweltminister darauf, dass der Vertrag eingehalten wird. Schließlich fordern wir auch immer alle den Vertragsnaturschutz und dann muss man sich auch darauf verlassen können.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dass er hier also sehr vorsichtig agiert, ist zu verstehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die **Finanzmittel** erinnern, die auf Basis des Vertrages in die Gemeinde geflossen sind. Es mag manchen ärgern, aber es ist nun einmal so, dass Geld geflossen ist.

Kommen wir neben diesen drei Fakten nun aber zur Bewertung der Lage! Warum hat man eigentlich seinerzeit eine Einschränkung der Strandbeparkung gewünscht? Neben den, wie vorher schon erwähnt, nicht stichhaltigen ökologischen Argumenten wurde

immer wieder gesagt, ein Strand voller Autos passe nicht in einen Nationalpark. Auch meine Kollegin Fröhlich hat dies wiederholt. Das scheint mir auch der Hauptgrund zu sein, warum die Einschränkung der Strandbeparkung verlangt wird. Das Ganze scheint eine psychologische Komponente zu haben

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist sicherlich richtig!)

und basiert auf dem Festhalten an Prinzipien. Genau diese Prinzipientreue macht die Diskussion so gefährlich. Die Menschen vor Ort können nicht verstehen, warum etwas verboten werden soll, was nicht schadet. Sie können nicht verstehen, dass in wirtschaftlich schlechten Zeiten ein Wirtschaftszweig aus Prinzipienreiterei zerschlagen wird.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Menschen, die vom Tourismus leben, spüren schon jetzt den Gegenwind, der ihnen ins Gesicht bläst. Deshalb verstehen sie nicht, wenn man ihnen noch mehr Steine in den Weg legt.

(Beifall bei der FDP)

So menschlich es ist, dass man an einem Vertrag festhält, so wichtig ist es aber auch, dass man den Mut hat, einen Vertrag noch zu verbessern und ihn an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Eine zukünftige Regelung wurde in zwei **Varianten** durch den Umweltminister angeboten. Eine davon ist für St. Peter-Ording völlig inakzeptabel, da sie die Schließung des Strandes in **St. Peter-Böhl** vorsieht. Wer dort sein Ferienquartier oder seinen gastronomischen Betrieb hat, kann dann den Laden dicht machen. Die zweite Variante mit einer auf St. Peter-Ording und St. Peter-Böhl aufgeteilten Strandöffnungsregelung ist aber eine Basis, auf der man verhandeln kann. Das größte Problem ist aber sicherlich die vorgeschlagene Erhöhung der Parkgebühren auf dem Strand. Eine solche Regelung hätte einen ähnlichen Effekt wie die Schließung des Strandes und kann daher auch nicht akzeptiert werden.

Aber trotzdem scheint die zweite Variante der Weg zu sein, sich doch noch zu einigen. Beide Partner haben ein Interesse an der Einigung. Die Gemeinde will den Tourismus absichern und das Umweltministerium kann eines der letzten großen Konfliktfelder im Zusammenhang mit dem Nationalpark Wattenmeer aus der Welt schaffen. Das sollte für beide Motivation genug sein, sich zu einigen.

(Lars Harms)

Deshalb können wir beiden vorliegenden Anträgen nicht zustimmen, da wir der Meinung sind, dass beide Anträge nur die jeweiligen unvereinbaren Haltungen manifestieren und wir hier als Landtag ohnehin nicht in die konkreten Verhandlungen eingreifen können. Eine Vorfestlegung in diesem Verhandlungsstadium wäre hier mehr als hinderlich. Letztlich muss man aber sagen, am besten wäre es gewesen, wenn man die Strandbeparkung von vornherein so belassen hätte, wie sie jahrzehntelang war, denn so ist sie am besten gelaufen.

(Beifall bei SSW und FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Da mir bereits eine ganze Reihe von Wortmeldungen für Kurzbeiträge vorliegen, erteile ich zunächst Herrn Minister Müller das Wort.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Damit eine Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf einer sachlichen Basis stattfinden kann, ist es immer hilfreich, sich noch einmal die Geschichte ins Gedächtnis zu rufen.

Seit 1973 – das liegt weit vor der Zeit der amtierenden Landesregierung – ist das Befahren des Meeresstrandes in Schleswig-Holstein gesetzlich verboten, aus gutem Grund, und dafür gab es nicht zuletzt auch ökologische Gründe, selbst wenn das eine oder andere Automobil inzwischen etwas sauberer geworden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings darf die Gemeinde St. Peter-Ording den Strand im Rahmen von **Ausnahmeregelungen** zu Parkzwecken nutzen. Nachdem bereits jahrelang über das Ende dieser Regelung diskutiert worden ist, wies die Landesregierung ab 1989 ausdrücklich darauf hin, dass diese Sonderregelung nur noch bis zum 21. April 1997 gelten würde. In der Folge entstanden verschiedene Konzepte der St. Peteraner, unter anderem eine Basisdokumentation, in der mit einstimmigem Gemeinderatsbeschluss beschrieben wurde, dass und wie Strände bis zum Jahre 2001, also bis zum vorletzten Jahr, gänzlich für den Autoverkehr geschlossen werden sollten. Das Land stellte, wie Sie bereits wissen, erhebliche Mittel bereit, um diese endgültige Schließung durch Maßnahmen der Tourismus- und Infrastrukturförderung zu begleiten, 3,89 Millionen €. Also: Dem Land war und ist St. Peter-Ording lieb und teuer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen der Anhörung zur **Novellierung des Nationalparkgesetzes** forderte die Gemeinde St. Peter-Ording im Jahre 1999 eine Neubewertung der Situation. In weiteren Verhandlungen zwischen der Gemeinde, dem Nationalparkamt, dem Land Schleswig-Holstein und den Naturschutzverbänden wurde deshalb erneut nach einem **Interessenausgleich** gesucht. Dieser wurde in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen beiden Parteien am 13. Oktober 1999 besiegelt.

In diesem Vertrag kam der Umweltminister der Gemeinde weit entgegen. Der Interessenausgleich wurde zugunsten **wirtschaftlicher Erwägungen** bis an den Rand des umweltpolitisch Erträglichen verschoben. Die Gemeinde kann den Nationalparkstrand jetzt für weitere 20 Jahre zu Ostern und Pfingsten sowie zwischen dem 15. Juni und 15. September als Parkplatz nutzen. Seit letztem Sommer wissen wir nun, dass die Gemeinde diesen Vertrag in seinem Kernstück – das hat sie übrigens in erster Linie über die Öffentlichkeit, die Medien betrieben -, nämlich den vereinbarten Parkzeiten, verändert haben will. Grund ist eine Umfrage, zu der viele kluge Dinge bereits gesagt worden sind, nach der zahlreiche Gäste erklärt hätten, sie würden nicht wieder kommen, wenn sie nicht auch in der Vor- und Nachsaison mit dem Auto auf den Strand fahren dürften. Die Parkzeiten müssten dementsprechend wesentlich verlängert werden, um mögliche wirtschaftliche Nachteile abzuwenden.

Ich habe seitdem insgesamt sechs Gespräche geführt – ein Glück, dass wir keine Kosten-Leistungs-Rechnung haben -, um den Wunsch der Gemeinde mit dem Landrat, dem Bürgermeister, dem Gemeindevorsteher zu erörtern. Das Zwischenergebnis ist Ihnen bekannt. Wir haben der Gemeinde zwei Vertragsvarianten angeboten, die in vollem Umfang ihren Forderungen nach einer zeitlichen Ausdehnung Genüge tun würden. Ich habe aber auch gesagt, dass eine Änderung vier Kernelemente berücksichtigen muss:

Erstens die Bedeutung des **Nationalparks**. Ich weiß, offensichtlich bis heute wird auf der rechten Seite dieses Hauses ein Nationalpark nicht geschätzt, sondern immer wieder für andere Zwecke missbraucht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun unterstellen Sie doch nicht so etwas! Eine Unverfrorenheit! Sie schwindeln hier unglaublich!)

Zweitens wollen wir zu Recht den **touristischen Belangen** der Gemeinde Rechnung tragen, wo sie angemessen und relevant sind.

(Minister Klaus Müller)

Drittens. Es ist richtig – das war einer der wenigen Punkte, lieber Lars Harms, in denen ich dir zustimme -, wir wollen in diesem Land **Vertragsnaturschutz** praktizieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie reden so schnell weiter, weil Sie ein schlechtes Gewissen haben!)

Wir wollen das, weil wir andere Maßnahmen in vielen Fällen für weniger optimal halten. Aber wer Verträge nicht einhält und sich nicht als zuverlässiger Vertragspartner darstellt und gibt, der gefährdet den Vertragsnaturschutz in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Wir wollen auch Gerechtigkeit gegenüber anderen Tourismusstandorten üben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unerträglich!)

Wenn Sie das Ohr an der Ostküste unseres Landes offen haben, stellen Sie fest, dass dort teilweise ganz anders über die Situation gesprochen wird als an der Westküste.

(Thomas Stritzl [CDU]: Da geht es auch nicht um die Strandbeparkung! - Weitere Zurufe von der CDU)

Vehrte Damen und Herren, die Landesregierung hat sich intensiv Gedanken gemacht, wie wir - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Herr Minister. Wenn jemand anderer Meinung ist, so kommt er mit seiner Meinung besser durch, wenn er das nachher von hier aus macht, als wenn alle gleichzeitig gegenreden.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Dafür wäre ich sehr dankbar.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Der Herr Minister hat das Wort. Ich bitte noch einmal um etwas mehr Ruhe. - Bitte, Herr Minister.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Die Landesregierung hat sich um einen intensiven Dialog bemüht. Sie hat zügig und zeitnah zwei Alternativen auf den Tisch gelegt, die jederzeit entscheidungsfähig sind. Die eine führt dazu, dass die Zeit,

die Parkdauer vom Strand in Böhl komplett auf Ording übertragen wird - eine schlanke, unbürokratische Lösung, absolut einleuchtend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das für die Gemeinde scheinbar nicht akzeptabel ist.

(Ursula Sassen [CDU]: Ist es auch nicht!)

Wir haben uns danach gerichtet und gesagt: Für die beiden Kernmonate des Sommers bleibt auch der **Strand in Böhl** nach wie vor offen. Dafür finden wir eine sehr großzügige Regelung: Der Strand in **Ording** kann von Beginn der Osterferien bis zum Ende der Herbstferien in Deutschland weiter beparkt werden. Damit wird allen Regelungen, die die Gemeinde möchte, aus touristischen Gesichtspunkten Rechnung getragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir verschieben künftig die Herbstferien!)

Gleichzeitig gibt es eine Reihe weiterer Regelungen, die zumutbar, vernünftig und sinnvoll sind, um hier zu einem tragfähigen Gesamtpaket zusammenzukommen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Diese Lösungen sind von heute auf morgen vereinbar mit dieser Landesregierung, mit diesem Umweltminister. Wir kommen ihnen gern nach.

Ein letzter Satz zu der Frage: Gehören Autos auf den Strand? - Verehrte Damen und Herren, überlegen Sie einmal: Auch eine Pommesbude im neuen Plenarsaal des Landtages schadet nicht. Sie gehört aber definitiv nicht dahin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ich wusste bisher nicht, dass Sie eine Pommesbude fahren, Herr Minister! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält zunächst der Herr Abgeordnete Arp das Wort.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier über die Nummer 1 der schleswig-holsteinischen **Tourismusorte**. St. Peter-Ording

(Hans-Jörn Arp)

hat mit über 2 Millionen Übernachtungen so viele Übernachtungen wie kein anderer Ort in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

- Sie wissen nichts von Tourismus, deshalb sollten Sie auch nicht dazwischenrufen.

Die treffen mit ihren Entscheidungen nicht nur St. Peter-Ording, sondern sie treffen die gesamte schleswig-holsteinische Tourismusbranche. Das muss Ihnen klar sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist keine Zeit für ideologische fundamentalistische Positionen,

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Genau!)

die Sie von den Grünen hier vertreten. In so einer Zeit, wie wir sie in Schleswig-Holstein zurzeit - wer heute die Statistik gelesen hat, hat gelesen, dass wir noch nie zuvor so viele **Insolvenzen** hatten -, darf man sich solche Spiele nicht erlauben, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es geht hier um 200 **Arbeitsplätze**. Vergessen Sie das nicht. Was sagen wir dem Arbeitslosen? - Alles Müller - oder was? Das ist keine Art und Weise. So geht man mit den Schicksalen der Menschen in dieser Zeit nicht um.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie erwarten, dass jeder Parker in Zukunft 1 € mehr bezahlt. Ich sage Ihnen: Entweder geht es oder es geht nicht. Aber die Natur darf sich nicht prostituieren. Sie ist nicht mit Geld zu bezahlen. Entweder geht es oder es geht nicht. Das können Sie aber nicht über Geld regeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit das klar ist - dazu stehe ich auch -: Ich bin bekennender Strandparker. Ich bin gern dort. Ich will nicht auf den Kalender gucken, um zu sehen, ob ich dort parken darf oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit dürfen die Grenzen der Belastbarkeit nicht getestet werden. Wir sind an der Grenze der Belastbarkeit angelangt.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen. Wir brauchen jetzt eine Entscheidung. Es geht nämlich darum,

ob die **Gastronomiebetriebe** zu Ostern Mitarbeiter einstellen sollen. Vor dieser Entscheidung stehen wir.

(Beifall bei CDU und FDP)

Glauben Sie denn, dass Sie einen Mitarbeiter finden, der vier Tage über Ostern dort arbeitet, dann für viele Wochen nach Hause geht und dann über Pfingsten wiederkommt? Das ist doch nicht die Realität.

Ganz zum Schluss will ich Frau Franzen einmal herzlich danken. Die Position von Frau Franzen und meine - -

(Zurufe von der SPD)

- Ja. Ich möchte ihr von dieser Stelle aus noch einmal herzlichen Dank sagen.

Ich will nicht nur Ihre Meinung hören. Ich hätte auch gern die Meinung des Wirtschaftsministeriums gehört. Der Wirtschaftsminister hat gestern bei der TASH deutlich eine Position bekannt, die unserer entspricht. Er hätte hierzu etwas sagen müssen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Nabel das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP)

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Während Abgeordnete von der CDU und der FDP glauben, bei St. Peter handele es sich um ein kleines Dorf in der Nähe von Kleinbonum, bin ich der Meinung, dass hier alle Mittel der Demagogie eingesetzt werden, um zu vertuschen,

(Widerspruch bei der CDU)

welches eigenartiges Demokratieverständnis auf der rechten Seite des Hauses vorherrscht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Es ist bereits erwähnt, dass das Landschaftspflegegesetz von 1973 und das Nationalparkgesetz von 1987 stammt, beides Zeiten, in denen die CDU in Schleswig-Holstein regiert hat. Meine Damen und Herren von der CDU, Frau Todsens-Reese - ich sehe sie gerade nicht - hat hier einen Antrag zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes eingebracht. Darin steht

(Konrad Nabel)

kein Wort zur Änderung dieses Paragraphen im Landesnaturschutzgesetz.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da frage ich mich: Wo ist Ihre Gesetzestreue, die Sie so in den Mittelpunkt zu stellen versuchen? Nein, da wollen Sie nicht ran. Damit würden Sie sich nämlich offenbaren und sich in ganz Deutschland, in ganz Europa lächerlich machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Weltweit!)

Gleichzeitig versuchen einige Rednerinnen und Redner hier wieder deutlich das alte Spiel, dass man den **Umweltschutz** und die **Wirtschaft** gegeneinander ausspielen kann. Nein, meine Damen und Herren, die Zeit ist vorbei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt heute, vielleicht außerhalb eines kleinen Kreises - ich sage auch ganz deutlich, es ist bestimmt nicht die gesamte CDU- und FDP-Fraktion, es sind einzelne -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hier in diesem Haus eine sehr große Mehrheit von Leuten, die für die Wirtschaft in Deutschland zuständig sind und dafür verantwortlich sind, die wissen, dass eine vernünftige, intakte Umwelt ein ganz wichtiger Standortfaktor, und zwar gerade für unser Land, ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Was hat das mit der Strandbeparkung zu tun?)

Es gibt das schleswig-holsteinische Recht. Es gibt kein Eiderstädter Landrecht. Deswegen bestehen wir darauf, dass Gesetze eingehalten werden. Wenn es eine Mehrheit zur Änderung derselben gibt, stellen Sie Anträge und versuchen Sie, eine Mehrheit zu bekommen. Dann können Sie dieses Gesetz ändern.

Nun zurück zur **Vertragsfrage!** Auch Verträge sind zu erfüllen. Ich erinnere einen ganz wichtigen Satz von Franz Josef Strauß, der nach Jahren der ideologischen Bekämpfung der DDR plötzlich eine Milliarde locker gemacht hat und dann von „pacta sunt servanda“ geredet hat.

(Zurufe von der CDU)

Wie ist das eigentlich bei Ihnen? - Meine Damen und Herren, das hat mit Stammbuch gerade nichts zu tun. Ich zitiere hier eines Ihrer größten Vorbilder.

Lassen Sie mich deutlich machen: Es geht bei St. Peter, es geht bei der Frage um die Strandbeparkung nicht um ein ideologisches grünes Spielchen,

(Zuruf von der CDU: Natürlich!)

sondern es geht um die Frage, wie wir Umweltschutz in Schleswig-Holstein praktizieren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Was?)

Da kann es nicht einzelne Orte geben, für die etwas anderes gilt als für andere. Die Millionen Besucherinnen und Besucher in unserem Land sind nicht nur in St. Peter. Vielleicht wollen die anderswo auch an den Strand. Nein, wir wollen die Strandbeparkung, wie das 1997 eigentlich sein sollte, auslaufen lassen. Dazu gibt es einen Vertrag. Dieser Vertrag ist an der einen oder anderen Stelle vielleicht nicht so toll. Da hat der Umweltminister vernünftige Vorschläge gemacht. Die SPD steht dahinter.

Wir unterstützen den Umweltminister darin, eine Flexibilisierung der Strandbeparkung in St. Peter so zu erreichen, dass die Gesamtzeit des möglichen Parkens gleich bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Darauf läuft es hinaus. Es wird nichts abgezogen. Es wird etwas verlagert.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss!

Konrad Nabel [SPD]:

Ich komme zum Schluss. Nun sage ich etwas, was ich sonst nicht gesagt hätte. Als das Umweltministerium im Rahmen der Nationalpark-Novelle diesen Vertrag geschlossen hat, war ich damit nicht einverstanden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte zunächst dem Kollegen Harms für seinen

(Günther Hildebrand)

Beitrag danken. Ich denke, er hat das wirklich von der realistischen Seite betrachtet.

(Heinz Maurus [CDU]: Nur die Schlussfolgerung ist die verkehrte!)

- Seinen Schlussfolgerungen kann man wirklich hundertprozentig folgen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es wäre nur vernünftig, wenn wir zu den Regelungen der 60er- oder 70er-Jahre zurückkehren könnten.

Eines muss man in diesem Zusammenhang sagen: Das Übel hat seinerzeit mit dem Beschluss der CDU-Landesregierung seinen Anfang genommen, das Nationalparkgesetz so abzufassen, wie es jetzt ist. Insofern haben wir diese Diskussion dem damaligen Landtag oder der damaligen Landesregierung zu verdanken. Damals hatte sie, soweit ich mich erinnere, eine **Übergangszeit** von 20 Jahren vorgesehen. Dies geschah wahrscheinlich nach dem Motto: 20 Jahre haben wir erst einmal Zeit. Aber von solchen Entscheidungen wird man letztlich eingeholt. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

Das Parken am Strand - das wird meiner Ansicht nach nicht richtig bedacht - ist für Touristen - wie soll ich sagen? - eine Attraktion an sich.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] lacht - Zuruf von Renate Gröpel [SPD])

Sie reden darüber und sagen: In St. Peter können wir an den Strand fahren.

(Jutta Schümann [SPD]: Dann kann man auch im Jeep durch die Dünen fahren!)

Ob Sie das nun wollen oder nicht, aus diesem Grund kommen sehr viele Touristen nach St. Peter-Ording. Keiner käme auf die Idee beispielsweise das Holstentor in Lübeck abzureißen, um dieser Stadt einer Attraktion zu nehmen.

(Renate Gröpel [SPD]: Dort darf man auch nicht im Park Auto fahren! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Wir wissen ganz genau, dass das Parken am Strand der Umwelt nicht abträglich ist.

(Beifall bei der FDP)

Warum sollen wir es dann verbieten?

Die Crux bei dieser Angelegenheit war doch folgende: Auf der einen Seite gab es das Nationalparkgesetz, und auf der anderen Seite besteht jetzt die Notwendigkeit für die Gemeinde St. Peter-Ording,

wendigkeit für die Gemeinde St. Peter-Ording, einen Kompromiss zu suchen. Was haben sie in ihrem Dilemma gemacht? Sie haben einen faulen Kompromiss mit der Landesregierung ausgehandelt, der sich nachher als unrealistisch erwiesen hat und der jetzt wiederum dazu geführt hat, dass die vertraglichen Abmachungen wieder infrage gestellt werden. Insofern war es meines Erachtens in dieser Situation falsch, überhaupt einen Kompromiss zu suchen, sich seitens St. Peter-Ordings überhaupt auf einen Kompromiss einzulassen. In bestimmten Angelegenheiten gibt es eben nur ein Ja oder ein Nein. Damit muss man sich abfinden.

In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder von den Arbeitsplätzen geredet. Das will ich absolut akzeptieren. Aber das Wesentliche ist wirklich der Bedarf der Touristen und der Erholung Suchenden. Es ist doch auch für die Tagesgäste ein nachvollziehbarer Anspruch zu sagen: Wir möchten an die Nordsee, nach St. Peter, um uns dort für einen Tag zu erholen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die können doch nach Büsum fahren!)

Wenn wir diese Parkmöglichkeiten dort nicht schaffen, dann werden wir den Tagestouristen künftig ihre Möglichkeiten verbauen. Das wäre meines Erachtens sehr bedauerlich.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone das Wort.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie tun sich selbst keinen Gefallen, wenn Sie so laut sind. Das verlängert nur die Sitzung. Es ist jetzt bereits nach halb sieben. Es liegt an Ihnen. - Herr von Hielcrome, Sie haben das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verrate auch Ihnen, Frau Sassen, kein Geheimnis, dass ich seit Wochen und Monaten bemüht bin, gerade was St. Peter anbelangt, eine Regelung herbeizuführen, die einerseits den Wünschen der Gemeinde entgegenkommt, die sich andererseits aber auch mit der Rechtsauffassung unserer Fraktion und der Regierung deckt. Dazu habe ich unzählige Gespräche geführt, individuelle Gespräche, Gespräche zusammen mit anderen, Gespräche in Gremien. Ich sehe die Probleme durchaus, die auf den Ort zukommen, und ich möchte dazu beitragen - auch das ist meine Auf-

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

gabe als örtlicher Abgeordneter -, dass sie gelöst werden.

Ich sage es noch einmal: Ich bin für eine flexible Anwendung, dafür, dass es meinerwegen in einem vernünftigen Rahmen auch zu einer Ausdehnung kommen mag, auch im Interesse einer dauerhaften, vernünftigen und ordentlichen Regelung. Wenn ich mir die heutige Debatte ansehe, so beschleichen mich allerdings Zweifel, ob Sie das überhaupt wollen. Denn eigentlich war der Stil Ihrer Debatte und wie Sie mich hier vorn niedergebrüllt haben, nur dazu angetan, die Fronten zu verhärten. Genau das wollte ich mit meiner Rede nicht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Darüber sollten Sie sich Gedanken machen.

Im Übrigen bin ich natürlich auch über Ihren demokratischen Stil und darüber, wie man hier als Redner niedergebrüllt wird, erschrocken.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht relativ schnell. Ich will nur auf einen tourismuswirtschaftlichen Aspekt aufmerksam machen, der mir in der Debatte aufgefallen ist.

Wenn man einen Vertrag ändern will, ist es erst einmal tunlich, die Situation auf der wirtschaftlichen Seite zu dramatisieren. Das ist mit dieser Umfrage geschehen. Eine Umfrage ist das eine. Frau Fröhlich hat dazu Ausführungen gemacht. Andererseits habe ich anlässlich der Sitzung des Petitionsausschusses vor Ort in St. Peter gefragt: Liegen eigentliche Ist-Zahlen aufgrund der Praxis des bisherigen Vertrages vor? Seinerzeit war die Saison längst beendet. Selbst die Nachsaison war bereits über fünf Monate abgelaufen. Es erstaunte mich doch, dass diese Zahlen nicht zur Verfügung gestellt werden konnten.

(Ursula Sassen [CDU]: Die können Sie jederzeit haben!)

Jeder kann dies interpretieren, wie er will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Eine letzte Wortmeldung liegt mir nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. - Bitte sehr, Frau Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn kein vernünftiger Kompromiss gefunden wird, dann wird die Gemeinde demnächst wieder auf der Matte stehen, und zwar dann als Sonderbedarfsempfänger.

Ich möchte den Umweltminister fragen: Wo wird denn das Geld für Ihre ehrgeizigen Pläne im Umwelthaushalt verdient? Das geschieht doch in der Wirtschaft und nirgendwo sonst. Nehmen wir zum Beispiel das OWAG. Sie nehmen auch das Geld von den ungeliebten Kernkraftwerken und stopfen damit ein ganz großes Loch in Ihrem Haushalt.

Noch etwas: Wo sind denn die Gäste, die jetzt sagen: Jetzt kommen wir noch viel lieber nach St. Peter-Ording? Nicht ein einziger ist da. Das möchte ich noch einmal zu bedenken geben.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wie ich aus den hartnäckigen Diskussionsbeiträgen herausgehört habe - damals waren es dieselben Argumente -, scheint mir der Wille nicht ernsthaft genug ausgeprägt zu sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann schließe ich die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden, und zwar alternative Abstimmung. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den ersten Antrag, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2440, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - 27 Ja-Stimmen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2489, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte um das Handzeichen. -

(Unruhe)

Es werden 32 Jastimmen gezählt.

(Unruhe - Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die Abstimmung ist damit abgeschlossen. Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist angenommen.

Zur Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Ich möchte für das Protokoll deutlich machen, dass der SSW gegen beide Anträge gestimmt hat.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bei der alternativen Abstimmung spielt dies keine Rolle, wir nehmen es jedoch zu Protokoll.

Ich wünsche Ihnen einen schönen und erholsamen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:42 Uhr